

**Bevölkerungsbefragung
der Wirtschaftsjunioren Deutschland
2007**

Weimar, den 12. Juli 2007

Sebastian Götte

Ihr Ansprechpartner:

aproxima
Agentur für Markt- und Sozialforschung Weimar
Projektleiter: Sebastian Götte

Schillerstraße 10
99423 Weimar

Tel: 03643 850985
Fax: 03643 518444
E-Mail: goette@aproxima.de

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Ausgangssituation	2
2. Vorgehensweise	3
2.1 Erhebungsmethode	3
2.2 Auswahlverfahren	3
2.3 Feldphase	3
2.4 Befragte	3
3. Ergebnisse auf einen Blick	6
4. Einzelergebnisse	10
4.1 Wirtschaftliche Entwicklung	10
4.1.1. Bürger erwarten Wirtschaftsaufschwung	10
4.1.2 Zukunftserwartungen für die persönliche Finanzsituation	10
4.1.3 Wenig Geld für Konsum	11
4.2 Arbeitslosigkeit	26
4.2.1 Mehr Vertrauen in Arbeitsplatzsicherheit	26
4.2.2 Mobilität	26
4.2.3 Opferbereitschaft geht zurück	27
4.2.4 Bildung als Gegenmaßnahme zur Arbeitslosigkeit	28
4.3 Selbständigkeit	45
4.3.1 Unternehmergeist nur schwach ausgeprägt	45
4.3.2 Aufgabe der Selbständigkeit kommt nur selten in Frage	45
4.3.3 Leistung lohnt sich nur bedingt	46
4.4 Internationale Wettbewerbsfähigkeit	59
4.4.1 Position Deutschlands im Rahmen der Globalisierung	59
4.4.2 China als wichtigster Wettbewerber Deutschlands	59
4.4.3 Kein Vertrauen in Ausbildungsreife	60
4.4.4 Arbeitnehmerqualifikation weiter zufrieden stellend	60
4.5 Politik und Wirtschaft	76
4.5.1 Einfluss der Politik nicht weiter erwünscht	76
4.5.2 Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung	76
4.5.3 Zukunftsinvestitionen in Bildung und Umwelt erwünscht	77
4.5.4 Keine Bereitschaft zu Zugeständnissen	78
4.5.5 Bürger wollen einfacheres Steuersystem	79
5. Anhang: Fragebogen	103

1 Ausgangssituation

Frühling 2007 – Deutschland im Stimmungshoch. Sämtliche Konjunkturindikatoren zeigen nach oben, Deutschland ist wieder der Wirtschaftsmotor Europas und die Jobmaschine im Inland beginnt spürbar anzuspriegen. Die Politik wird bestimmt von der Europäischen Ratspräsidentschaft und dem frischem Reüssieren von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem internationalen Parkett. Und auch die Laune in der Bevölkerung verharrt auf weltmeisterschaftsverdächtigem Niveau.

Das ist der Kontext, vor dem die diesjährige Bevölkerungsbefragung der Wirtschaftsjunioren Deutschland durchgeführt wurde. Wieder waren im Mai zahlreiche Juniorenkreise in der ganzen Republik auf die Straße gegangen, um die Meinung der Bürger zu wichtigen Themen rund um Politik, Wirtschaft und Regionales zu erfragen. Und wieder haben sie dabei eine beachtliche Anzahl interessanter Antworten erhalten.

Nachdem im letzten Jahr einige Fragen neu in das Programm aufgenommen wurden, standen die Zeichen diesmal auf Kontinuität. So gab es kaum Veränderungen im Fragebogen und die in 2006 gewonnenen Meinungsbilder konnten einer ersten Überprüfung unterzogen werden. Gleich vorweg gesagt: Vieles hat sich bestätigt, es gibt jedoch auch einige sehr interessante neue Trends, welche – sollten sie von Dauer sein – die Entwicklung in Deutschland positiv beeinflussen könnten.

2 Vorgehensweise

2.1 Erhebungsmethode

Die Bevölkerungsbefragung wurde als mündlich-persönliche Befragung mittels Papierfragebögen konstruiert. Gleichzeitig wurde jedoch beim Fragebogendesign darauf geachtet, dass die Befragten auch als Selbstausfüller antworten konnten. Der Fragebogen bestand aus einem Hauptteil sowie bis zu drei Fragen, die von den teilnehmenden Kreisverbänden der Wirtschaftsjunioren selbst bestimmt werden konnten.

Die Feldarbeit wurde durch die Kreisverbände vor Ort geleistet. Insgesamt haben 59 Kreisverbände an der Befragung teilgenommen.

2.2 Auswahlverfahren

Die Fragebögen wurden bei verschiedenen Aktionen der Juniorenkreise vor Ort ausgeteilt bzw. von diesen in mündlich-persönlichen Interviews ausgefüllt. Um eine annähernd repräsentative Verteilung der Stichprobe zu erreichen, wurde den Kreisen ein Quotenraster zur Verfügung gestellt, das die Verteilung von Alter und Geschlecht in der Grundgesamtheit darstellte. Die Interviewer wurden gebeten, die Auswahl der Befragten an diesem Quotenraster auszurichten.

2.3 Feldphase

Die Befragung wurde im Verlauf des Monats Mai 2007 durchgeführt. Die Mehrzahl der Interviews erfolgte dabei an einem zentralen Aktionswochenende der Wirtschaftsjunioren am 05. und 06. Mai 2007.

2.4 Befragte

Insgesamt wurden 11.313 Personen ab 16 Jahren befragt. Die Struktur der Stichprobe nach Alter und Geschlecht ist in den Abbildungen 2.1 und 2.2 dargestellt. Dort ist neben den ungewichteten und gewichteten Strukturdaten auch die Verteilung in der Grundgesamtheit der deutschen Wohnbevölkerung ab dem 16. Lebensjahr zu sehen. Wie sich zeigt, sind in der ungewichteten Stichprobe Männer etwas und jüngere Befragte deutlich überrepräsentiert. Dies wurde durch eine Gewichtung nach Alter und Geschlecht ausgeglichen, so dass die Stichprobe und die Ergebnisse hinsichtlich Alter und Geschlecht repräsentativ für die deutsche Bevölkerung ab dem 16. Lebensjahr sind.

Eine ebenfalls von der Grundgesamtheit abweichende Verteilung zeigt sich hinsichtlich der Bildungsstruktur in der Stichprobe. Wie bei vielen anderen empirischen Erhebungen sind niedrigere Schulabschlüsse stark unterrepräsentiert, während höhere Bildungsgrade überdurchschnittlich stark vertreten sind. Aufgrund der Höhe der Abweichungen ist eine

Gewichtung hinsichtlich dieses Merkmals nicht mehr sinnvoll. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist dies jedoch zu berücksichtigen, wenngleich es aufgrund des in der empirischen Sozialforschung allgemeinen Auftretens dieses Effektes die Vergleichbarkeit der Ergebnisse nicht beeinflusst. Die Verteilungen der Befragten hinsichtlich Bildungsabschluss und beruflicher Stellung sind in den Abbildungen 2.3 und 2.4 zu sehen.

Abb. 2.1: Geschlecht der Auskunftsperson

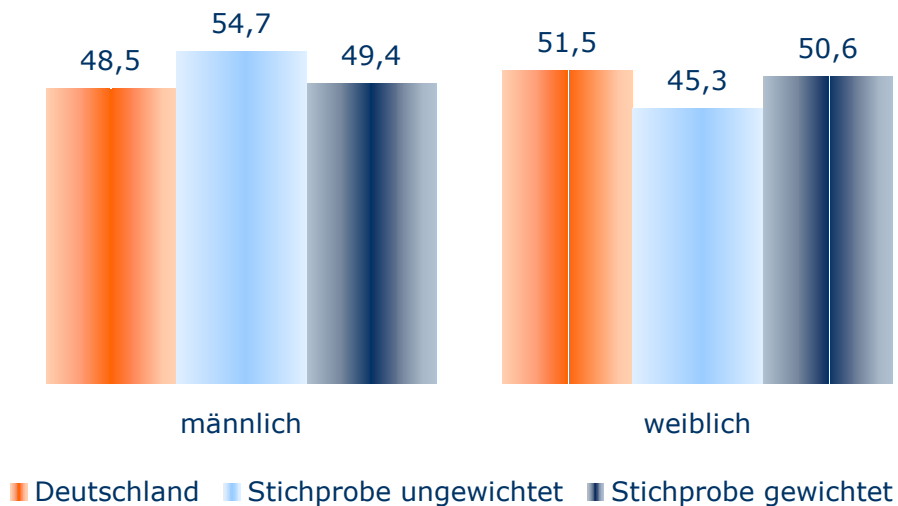


Abb. 2.2: Altersverteilung der Auskunftsperson

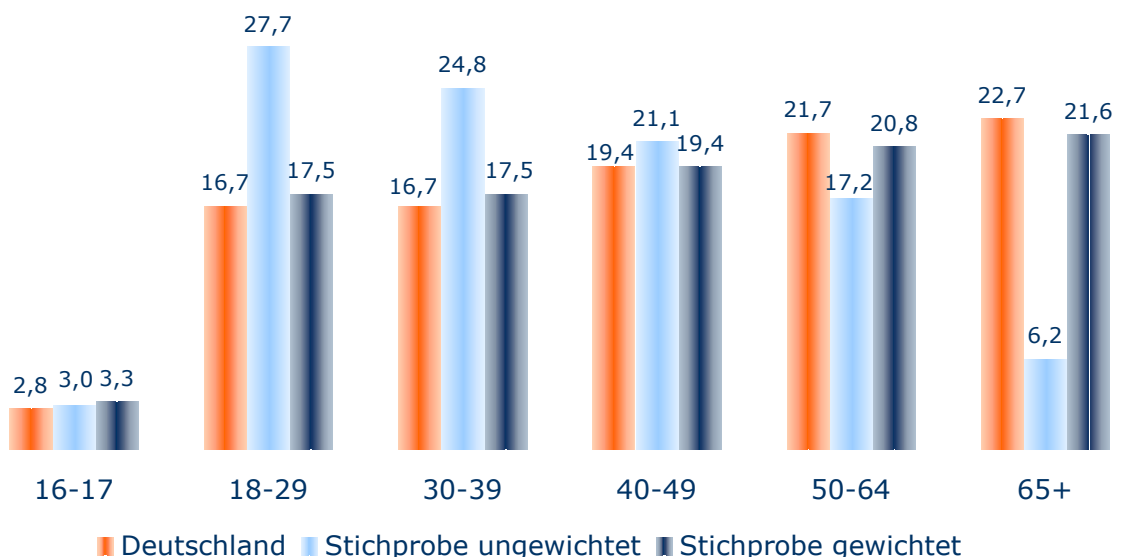


Abb. 2.3: Verteilung der Auskunftspersonen nach beruflicher Stellung

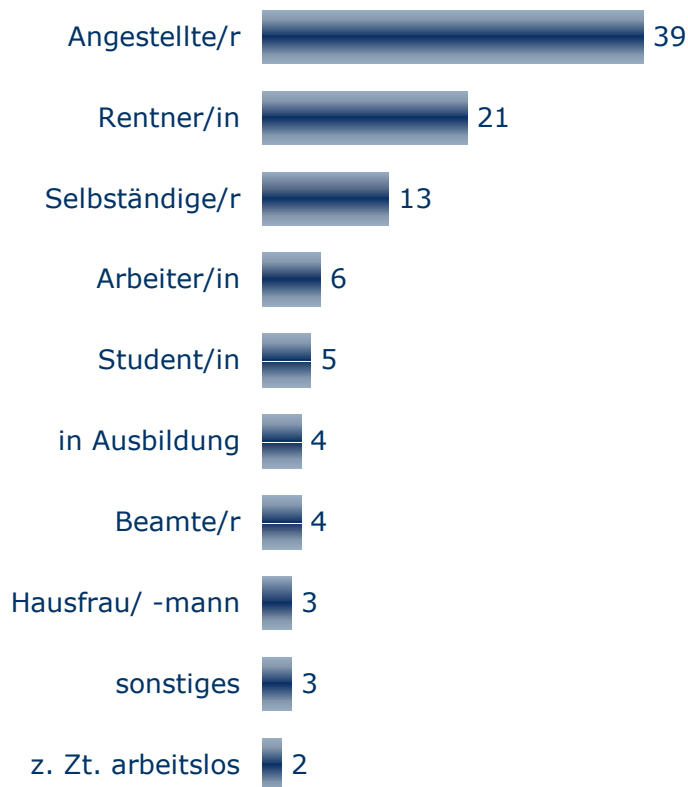
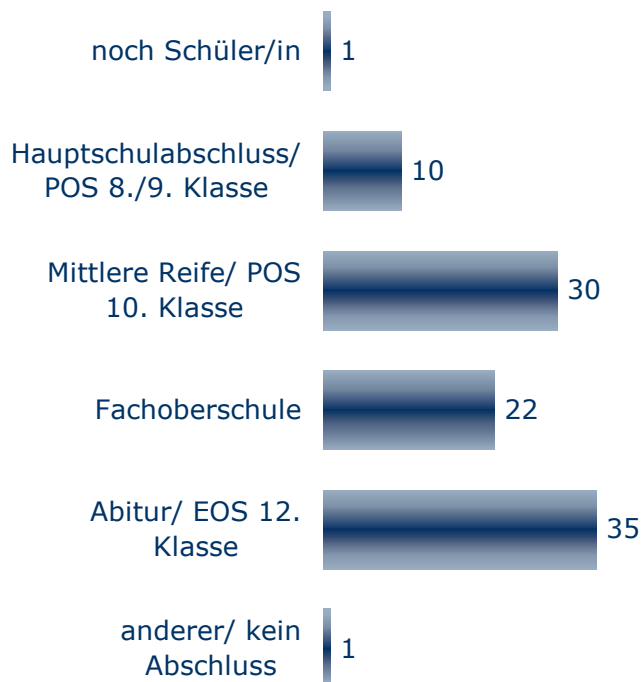


Abb. 2.4: Verteilung der Auskunftspersonen nach Bildungsabschluss



3 Ergebnisse auf einen Blick

Bürger erwarten Wirtschaftsaufschwung

Der Optimismus der Deutschen in Bezug auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung steigt im Jahr 2007 in vorher ungekannte Höhen. 65 Prozent der Befragten erwarten, dass es der deutschen Wirtschaft in den nächsten 12 Monaten immer besser geht, nur noch sechs Prozent erwarten eine Verschlechterung. Selbst im Boomjahr 2000 lag dieses Verhältnis „nur“ bei 50 zu 13 Prozent. Seit der ersten Erfassung dieser Frage durch die Wirtschaftsunioren im Jahre 1995 wurde die Lage also noch nie so positiv gesehen wie heute.

Finanzsituation der Bürger erholt sich langsam

Langsam schlägt sich dieser gefühlte Aufschwung auch auf die Geldbörsen der Bürger nieder. Der Anteil derjenigen, die in Zukunft weniger verfügbares Einkommen erwarten, sinkt gegenüber dem Vorjahr um 14 Prozentpunkte auf 24 Prozent. Er liegt damit gleichauf mit denjenigen, welche mit einer Verbesserung ihrer Finanzsituation rechnen. Dies könnte der Beginn einer Kehrtwende in dieser Frage sein.

Fixkosten schmälern weiterhin das Budget

Eine stärkere Konsumorientierung stellt sich in diesem Jahr trotz allem nur verhalten ein. Bei der Frage nach den geplanten Mehrausgaben sind zwar die Budgets für kurzfristigen Konsum, Urlaub und Freizeit um je zwei Prozentpunkte angestiegen (2007: 17 / 18 / 14 Prozent). Weiterhin werden diese jedoch durch gesteigerte Ausgaben für die eigene Gesundheit (38 Prozent) sowie die Wohnung bzw. das Haus (29 Prozent) verdrängt.

Arbeitsplatzsicherheit erreicht Rekordwert ...

Der Trend zum sicheren Arbeitsplatz ist auch in diesem Jahr ungebrochen. Wohl einhergehend mit der guten wirtschaftlichen Lage beurteilen mittlerweile 79 Prozent der Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz als sicher. Das ist ein Anstieg von noch einmal 11 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr und damit wiederum der höchste seit 1997 gemessene Wert. Allein in den vergangenen drei Jahren ist das Vertrauen der Menschen in ihren Arbeitsplatz damit um 35 Prozentpunkte gestiegen.

... und Bereitschaft zu Jobeinbußen sinkt

Bedingt durch die hohe subjektive Arbeitsplatzsicherheit sowie die überaus positive Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung sinkt die Bereitschaft der Beschäftigten, Einbußen für den Erhalt Ihres Jobs hinzunehmen. Zu Mehrarbeit sind in diesem Zusammenhang nur noch 50 Prozent bereit, auch unregelmäßige Arbeitszeiten (43 Prozent) oder gar Lohneinbußen (17 Prozent) wollen immer weniger Befragte hinnehmen.

Mobilität der Bürger steigt langsam aber sicher

Die Bereitschaft der Deutschen, Ihren Lebensmittelpunkt für einen Arbeitsplatz zu verlagern, steigt langsam aber stetig. Während der Anteil derjenigen, die höchstens in einem 50-Kilometer-Umkreis mobil wären, sinkt kontinuierlich auf jetzt 38 Prozent. Demgegenüber steigt der Anteil derjenigen, die weltweit verfügbar wären, wenn auch noch auf niedrigem Niveau (2007: 14 Prozent). Alle dazwischen liegenden Optionen unterliegen keinen nennenswerten Veränderungen. Es wird abzuwarten sein, inwiefern dieser Trend sich in den nächsten Jahren verstetigt.

Bildung bleibt Mittel Nummer Eins gegen Arbeitslosigkeit

Die Verbesserung der Bildung ist und bleibt für die meisten Befragten das Mittel zur Senkung der Arbeitslosigkeit. Mit einem Anteil von 61 Prozent gewinnt sie sogar weiter an Bedeutung. Auf den weiteren Rängen folgen die Senkung der Lohnzusatzkosten (49 Prozent), die Verpflichtung Arbeitsloser zur Gegenleistung (47 Prozent) sowie eine effektivere Familienpolitik (39 Prozent). Nur wenig Zuspruch erhalten naturgemäß die Instrumente, welche direkte negative Auswirkungen auf die Situation der Beschäftigten – also der meisten Befragten selbst – haben: die Lockerung des Kündigungsschutzes (25 Prozent), eine Senkung des Arbeitslosengeldes (19 Prozent) sowie die Lockerung des Flächentarifs (16 Prozent). Am wenigsten überzeugt sind die Befragten jedoch von einer Idee, die nach wie vor in der aktuellen politischen Debatte kreist: der Schaffung eines Niedriglohnsektors (9 Prozent).

Unternehmergeist treibt zarte Blüten

Seit 2005 sinkt die Zahl derjenigen Befragten leicht, die noch nie über eine Selbständigkeit nachgedacht haben (2007: 45 Prozent) – und im Gegenzug steigt der Anteil derjenigen, die zumindest manchmal damit liebäugeln (2007: 32 Prozent). Zwar ist der „engere Kreis“ derjenigen, die sehr häufig über den Schritt in die Selbständigkeit nachdenken, stabil bei 11 Prozent. Sollte sich diese Entwicklung in den nächsten Jahren fortsetzen, könnte dies durchaus positive Auswirkungen auf die Zahl der Selbständigen in Deutschland haben.

Aufgeben ist für Selbständige keine Option

Wer einmal ein eigenes Gewerbe aufgebaut hat, der gibt dies mit zunehmender Tendenz nicht wieder her. Seit 2004 steigt der Anteil derjenigen Freiberufler deutlich, die noch nie über eine Aufgabe ihrer Selbständigkeit nachgedacht haben. Momentan liegt er bei stolzen 60 Prozent. Die Quote derjenigen, die sehr oft an einen Rückzug gedacht haben, liegt stabil bei niedrigen sieben Prozent.

Leistung in Deutschland lohnt sich meist

Wie auch im letzten Jahr ist eine relative Mehrheit von 45 Prozent der Befragten der Ansicht, dass Leistung in Deutschland angemessen belohnt wird. Auf diesem Niveau verharrt der Wert nun schon seit 2005. 38 Prozent der Deutschen sind der gegenteiligen Meinung, 15 Prozent können dies nicht einschätzen.

Globalisierung wird zur Chance

Die Globalisierung wird aus Sicht der Deutschen von der Bedrohung zur Chance. Waren 2006 noch 57 Prozent der Befragten der Meinung, Deutschland sei ein Verlierer bei der Globalisierung, so schrumpft diese Bevölkerungsgruppe im Jahr 2007 auf 38 Prozent! Genau so viele Befragte sehen in Deutschland in diesem Jahr einen Gewinner der Globalisierung. Setzt sich dieser eindrucksvolle Meinungsumschwung fort, wären im nächsten Jahr erstmals die Optimisten in der Mehrheit.

China weiter härtester Konkurrent

Unter den mutmaßlich härtesten Wettbewerbern Deutschlands nimmt China nach Ansicht der Befragten weiterhin den Spitzenplatz ein. 77 Prozent aller Befragten sehen die deutsche Wirtschaft in deutlicher Konkurrenz zu Waren aus dem Land der Mitte. Die neuen EU-Länder konnten den Abwärtstrend der letzten zwei Jahre nicht brechen und sinken in 2007 auf den stagnierenden Wert der sonstigen asiatischen Staaten (beide 30 Prozent). Auf den „hinteren Plätzen“ sind so gut wie keine Veränderungen wahrzunehmen. Japan, die USA, Russland und erst recht die alten EU-Länder scheinen aus Sicht der Befragten keine große Gefahr für die deutsche Wirtschaft darzustellen.

Kein Vertrauen in die Bildungsqualität ...

Keine Veränderungen zeigen sich bei der Beurteilung der Schulqualität in Deutschland. Deutsche Schüler sind nach Ansicht der Befragten gerade einmal befriedigend bis ausreichend für die Ausbildung bzw. Hochschule gerüstet (Mittelwert 3,5 auf einer 5-stufigen Notenskala). Nur ein Prozent aller Befragten urteilt hier mit „sehr gut“, weitere 13 Prozent geben den Schulabgängern gute, 43 Prozent nur noch befriedigende Noten. Fast die Hälfte der Deutschen (44 Prozent) bewertet die Ausbildungsreife hingegen nur noch mit „ausreichend“ bzw. „mangelhaft“.

... aber weiter Zufriedenheit mit Arbeitnehmerqualifikation

Deutlich positiver als die Beurteilung der Ausbildungsreife deutscher Schulabgänger fällt auch in diesem Jahr die Bewertung der deutschen Arbeitnehmer aus. Stabile 60 Prozent der Befragten urteilen hier mit „sehr gut“ oder „gut“. Ein knappes Drittel befindet die Qualifikation der Arbeitnehmer im Land für „befriedigend“. Schlechter werten noch 10 Prozent der Befragten. Auf einer Skala von 1 = sehr gut bis 5 = mangelhaft erhalten die deutschen Arbeitnehmer damit im Schnitt eine zufrieden stellende 2,4.

Eingriffe des Staates weiterhin unerwünscht

52 Prozent aller Befragten wünschen sich einen geringeren Einfluss des Staates auf die Wirtschaft. Mehr Eingriffe befürworteten hingegen nur 26 Prozent. Damit hat sich das Meinungsbild nach einem Ausschlag im Jahr 2004 wieder beruhigt und spiegelt die langjährigen Mittelwerte der beiden Gruppen wider.

Leistung der Bundesregierung nur Durchschnitt

Trotz der positiven Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung wird die Arbeit der Bundesregierung von den Befragten nicht besser bewertet als im letzten Jahr. Weiterhin erhält diese zum größten Teil die Note „befriedigend“ (46 Prozent). 21 Prozent vergeben die Note „ausreichend“ und 14 Prozent die Note „mangelhaft“. Nur 18 Prozent beurteilen die Bundesregierung mit „gut“ oder „sehr gut“. Insgesamt erreicht sie damit eine Durchschnittsnote von 3,3 (2006: 3,4).

Investitionen in Umweltpolitik gewinnen an Bedeutung

Könnten die Befragten die Ausgabenpolitik der Bundesregierung bestimmen, so würden die Bereiche Bildung und Forschung sowie Familienpolitik – wie auch im letzten Jahr – in den meisten Fällen ein erhöhtes Budget erhalten (87 bzw. 69 Prozent). Dieses Jahr jedoch hatte ein anderes Thema Karriere: die Umwelt. Beflügelt durch den Weltklimabericht und die sich darum entspinnde Debatte möchte der dritthöchste Anteil der Befragten mehr Geld aus dem Bundeshaushalt auf Umweltfragen verwenden (56 Prozent).

Kein Verzicht für Sanierung des Staatshaushalts

Weiterhin ist die Kraft zu mehr Eigenverantwortung für den Staatshaushalt noch kaum in der Bevölkerung vorhanden. Vielmehr hat sich der Anteil derjenigen, die keinerlei Zugeständnisse erbringen wollten, um 8 Prozentpunkte erhöht (2007: 41 Prozent). Die „populärste“ Maßnahme zur Sanierung des Staatshaushaltes ist in diesem Jahr der Verzicht auf Urlaubs- und Feiertage (27 Prozent), gefolgt vom Verzicht auf eine Lohnerhöhung (22 Prozent).

Starker Drang zur Vereinfachung des Steuersystems

Die drängendste steuerpolitische Maßnahme in Deutschland ist nach wie vor die „Vereinfachung des Steuersystems“ (87 Prozent). Sie konnte sogar in diesem Jahr noch neun Prozentpunkte zulegen. Auf Rang zwei liegt unverändert der Subventionsabbau (52 Prozent). Mit deutlichem Abstand folgen die Senkung der Einkommenssteuer (31 Prozent), die Ausgabenkürzung über alle Ressorts (21 Prozent) sowie Steuererhöhungen (7 Prozent).

4 Einzelergebnisse

4.1 Wirtschaftliche Entwicklung

4.1.1 Bürger erwarten Wirtschaftsaufschwung

Der Optimismus der Deutschen in Bezug auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung steigt im Jahr 2007 in vorher ungekannte Höhen. Seit der ersten Erfassung dieser Frage durch die Wirtschaftsjunioren im Jahre 1995 wurde die Lage noch nie so positiv gesehen wie heute. 65 Prozent der Befragten erwarten, dass es der deutschen Wirtschaft in den nächsten 12 Monaten immer besser geht, nur noch sechs Prozent erwarten eine Verschlechterung. Selbst im Boomjahr 2000 lag dieses Verhältnis „nur“ bei 50 zu 13 Prozent. Weitere 29 Prozent erwarten keine Veränderung, womit dieser Anteil weiter gesunken ist. Damit setzt sich der Trend aus dem letzten Jahr auf deutliche Weise fort.

Weiterhin blicken die männlichen Befragten etwas zuversichtlicher in die Zukunft als die weiblichen (Aufschwung: 68 Prozent zu 62 Prozent, vgl. Tab. 4.1). Ebenfalls überdurchschnittlich optimistisch zeigt sich die Altersgruppe zwischen 30 und 40 Jahren, deutlich weniger zukunftsfröhlich als der Durchschnitt sind die 16-18-Jährigen, wobei hier die relativ geringe Fallzahl beachtet werden muss (vgl. Tab. 4.2). Wie auch im letzten Jahr, beurteilen Personen mit einem höheren Schulabschluss die Wirtschaftsentwicklung darüber hinaus deutlich positiver als solche mit einem niedrigeren Bildungsniveau.

Die hoffnungsvollsten Landesverbände sind in diesem Jahr Rheinland-Pfalz (70 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (69 Prozent, vgl. Tab. 4.4). Deutlich unter dem Durchschnitt liegen die Erwartungen in den ostdeutschen Landesverbänden Thüringen (52 Prozent), Sachsen-Anhalt (55 Prozent) und Berlin-Brandenburg (60 Prozent). Eine Ausnahme bildet hier Sachsen, das mit 76 Prozent sogar den höchsten Anteil an Optimisten besitzt. Jedoch ist hier die Zahl der Befragten mit 42 äußerst gering, so dass die Validität der Daten nicht sicher gestellt werden kann. Insgesamt muss also resümiert werden, dass in den Neuen Bundesländern der Wirtschaftsaufschwung noch nicht so deutlich spürbar wird wie im Westteil der Republik.

4.1.2 Zukunftserwartungen für die persönliche Finanzsituation

Die Erwartungen im Hinblick auf die persönliche Finanzsituation hinken dieser positiven Grundstimmung etwas hinterher. Zwar deutet sich hier ebenfalls ein Trend zur Verbesserung an, nachdem im letzten Jahr noch der Anteil der Pessimisten gestiegen war. Momentan liegen jedoch diejenigen, die in einem Jahr eine Verbesserung ihrer finanziellen Situation erwarten, immer noch gleich auf mit denjenigen, die eher mit einer Verschlechterung rechnen (beide 24 Prozent). Weitere 52 Prozent gehen von keiner Veränderung aus. Abbildung 4.3 macht noch einmal den Unterschied zwischen der Einschätzung der allgemeinen und der eigenen Lage deutlich. Soll sich also die Einschätzung der persönli-

chen finanziellen Situation aus Sicht der Befragten wirklich deutlich verbessern, so ist ein länger anhaltender Aufschwung notwendig.

Erneut sind hier die Männer optimistischer als die Frauen (Verbesserung: 28 zu 20 Prozent). Ein deutlicher Effekt ist darüber hinaus – wie auch im letzten Jahr – beim Alter zu spüren: Mit zunehmenden Lebensjahren steigt die pessimistische Sicht auf die eigene finanzielle Zukunft. Während zum Beispiel 40 Prozent der 18-29-Jährigen eine positive Entwicklung erwarten, liegt dieser Anteil bei den über 64-Jährigen nur noch bei 9 Prozent (vgl. Tab. 4.6). Damit ist der Anteil der Optimisten in dieser Altersgruppe gegenüber dem Vorjahr kaum gestiegen (+2 Prozentpunkte). Für die älteren Mitbürger hält die positive Wirtschaftsentwicklung bisher also kaum Versprechungen bereit. Höher Gebildete beurteilen ihre persönliche Lage – wie auch schon die Wirtschaftsentwicklung – positiver als niedriger Gebildete (vgl. Tab. 4.7).

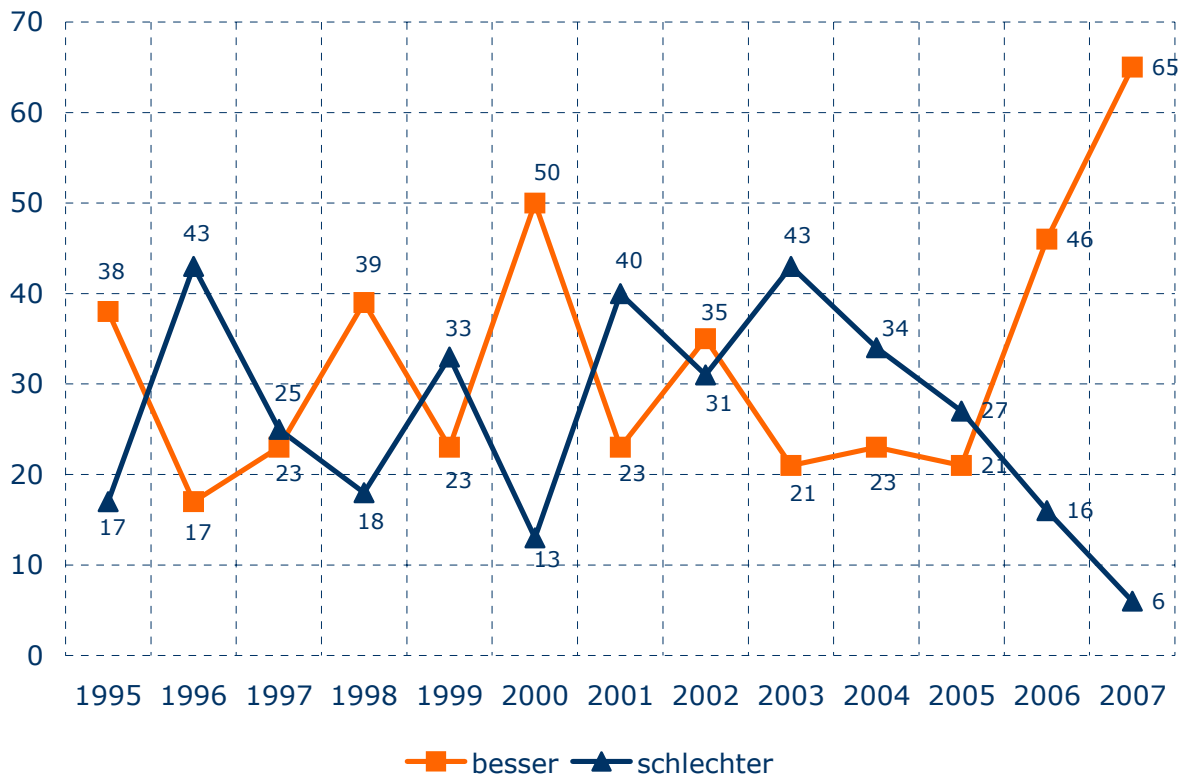
Unter den Landesverbänden ist der saarländische derjenige mit dem höchsten Anteil an Optimisten (32 Prozent, vgl. Tab. 4.8), gefolgt von Nordrhein-Westfalen (27 Prozent). Landesverbände mit mehr Pessimisten als Optimisten sind dagegen Berlin-Brandenburg (29 zu 22 Prozent), der Hanseraum (28 zu 22 Prozent), Hessen (27 zu 19 Prozent) und Sachsen-Anhalt (28 zu 23 Prozent).

4.1.3 Wenig Geld für Konsum

Bei den geplanten Mehrausgaben im kommenden Jahr ergaben sich kaum nennenswerte Veränderungen im Vergleich zu 2006. Das bedeutet, dass eine stärkere Konsumorientierung bisher nur verhalten zu registrieren ist. Zwar sind die Budgets für kurzfristigen Konsum, Urlaub und Freizeit um je zwei Prozentpunkte angestiegen. Weiterhin stehen diese jedoch eher im Hintergrund. Die meisten Mehrausgaben werden für die eigene Gesundheit (38 Prozent) sowie die Wohnung bzw. das Haus (29 Prozent) eingeplant (vgl. Abb. 4.4). Eine stärkere Eigenverantwortung für die eigene Gesunderhaltung sowie die ständige Erhöhung der Wohnnebenkosten nehmen also einen guten Teil der verfügbaren Finanzen in Anspruch. Die persönliche Mobilität, die Altersvorsorge sowie andere Sparformen liegen – wie auch im letzten Jahr – im Mittelfeld der Budgethöhen (23 bzw. 22 Prozent). Das persönliche Vergnügen – Urlaub, Konsum, Freizeit – folgt, wie bereits geschildert, auf den letzten drei Rängen.

Mit zunehmendem Alter werden die Befragten finanziell vorsichtiger und möchten allgemein weniger Geld ausgeben. Eine Ausnahme davon bildet naturgemäß das Thema Gesundheit: hier steigt der Anteil derjenigen, die Mehrausgaben planen, mit zunehmendem Alter deutlich (vgl. Tab. 4.10). In allen anderen Kategorien sind die jungen und jüngeren Altersgruppen deutlich ausgabebereiter als ihre älteren Mitbürger. Ein umgekehrter Trend zeigt sich beim Bildungsgrad: Je höher er ist, desto größer ist der Anteil derjenigen, die Mehrausgaben geplant haben (vgl. Abb. 4.11). Eine Ausnahme bildet auch hier wieder das Thema Gesundheit.

Abb. 4.1: Erwartete Entwicklung der deutschen Wirtschaft
(N=10.298)



Tab. 4.1: Erwartete Entwicklung der deutschen Wirtschaft nach Geschlecht
(N=10.298)

	Geschlecht		Gesamt
	männlich	weiblich	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Konjunkturaufschwung	68,3%	61,6%	65,0%
Konjunkturrückgang	5,0%	7,3%	6,1%
keine Veränderung	26,7%	31,0%	28,9%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.2: Erwartete Entwicklung der deutschen Wirtschaft nach Alter
(N=10.298)

	Alter						Gesamt
	16 bis 18 Jahre	18 bis 29 Jahre	30 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 bis 64 Jahre	über 64 Jahre	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Konjunkturaufschwung	55,9%	66,4%	68,8%	64,0%	65,3%	62,2%	65,0%
Konjunkturrückgang	15,7%	8,6%	5,3%	5,0%	5,3%	5,7%	6,1%
keine Veränderung	28,4%	24,9%	25,9%	31,0%	29,3%	32,1%	28,9%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.3: Erwartete Entwicklung der deutschen Wirtschaft nach höchstem allgemeinbildendem Schulabschluss
(N=10.298)

	höchster allgemeinbildender Schulabschluss						Gesamt
	noch Schüler/in	Hauptschul- abschluss/ POS 8./9. Klasse	Mittlere Reife/POS 10.Klasse	Fachhoch- schulreife	Abitur/EOS 12. Klasse	anderer/kein Schul- abschluss	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Konjunkturaufschwung	55,5%	62,6%	60,4%	69,2%	69,9%	52,3%	65,0%
Konjunkturrückgang	14,7%	7,6%	7,0%	3,9%	5,1%	6,9%	6,1%
keine Veränderung	29,8%	29,8%	32,7%	26,9%	25,0%	40,7%	28,9%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.4: Erwartete Entwicklung der deutschen Wirtschaft nach Landesverband

(N=10.298)

	Landesverband						Gesamt
	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin- Brandenburg	Hanseraum	Hessen	Nordrhein- Westfalen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Konjunkturaufschwung	65,8%	64,9%	59,9%	63,8%	61,6%	69,0%	65,0%
Konjunkturrückgang	6,2%	5,6%	8,2%	6,4%	6,8%	5,7%	6,1%
keine Veränderung	28,0%	29,6%	32,0%	29,7%	31,6%	25,3%	28,9%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

	Landesverband					Gesamt
	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Konjunkturaufschwung	70,2%	66,0%	76,1%	55,1%	51,7%	65,0%
Konjunkturrückgang	4,4%	5,2%	2,7%	5,7%	10,8%	6,1%
keine Veränderung	25,4%	28,8%	21,2%	39,2%	37,6%	28,9%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Abb. 4.2: Erwartete Entwicklung der persönlichen finanziellen Situation
(N=10.329)

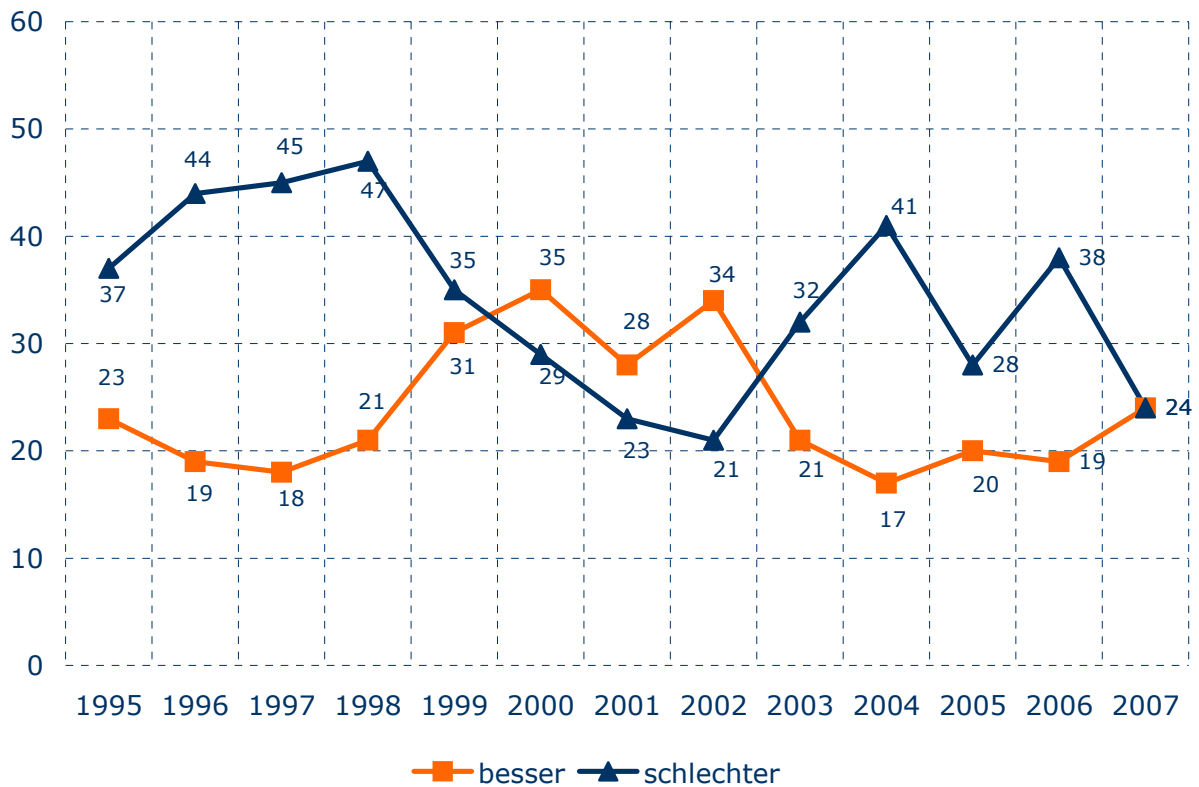
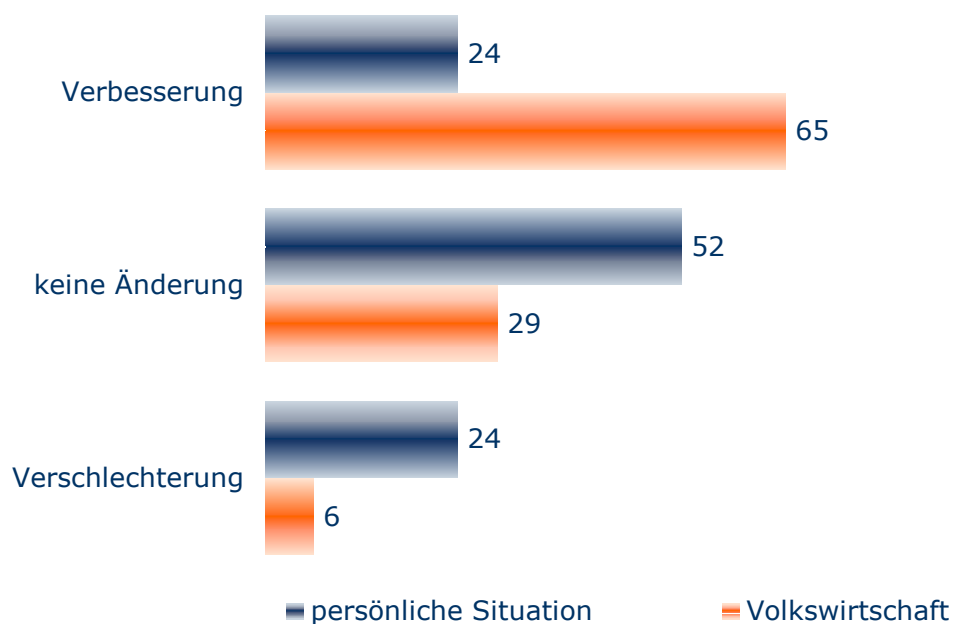


Abb. 4.3: Erwartete wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten 12 Monaten - Vergleich der persönlichen Situation mit der Volkswirtschaft -



Tab. 4.5: Erwartete Entwicklung der eigenen finanziellen Situation nach Geschlecht

(N=10.329)

	Geschlecht		Gesamt
	männlich	weiblich	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%
besser	27,9%	20,4%	24,1%
schlechter	21,6%	26,7%	24,1%
gleich	50,5%	53,0%	51,7%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.6: Erwartete Entwicklung der eigenen finanziellen Situation nach Alter

(N=10.329)

	Alter						Gesamt
	16 bis 18 Jahre	18 bis 29 Jahre	30 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 bis 64 Jahre	über 64 Jahre	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
besser	37,0%	40,3%	34,5%	22,7%	16,7%	9,1%	24,1%
schlechter	20,9%	16,5%	17,4%	24,6%	25,9%	34,0%	24,1%
gleich	42,1%	43,2%	48,1%	52,7%	57,4%	56,9%	51,7%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.7: Erwartete Entwicklung der eigenen finanziellen Situation nach Bildungsabschluss

(N=10.329)

Zeilen	höchster allgemeinbildender Schulabschluss						Gesamt
	noch Schüler/in	Hauptschulabschluss/ POS 8./9. Klasse	Mittlere Reife/POS 10.Klasse	Fachhochschulreife	Abitur/EOS 12. Klasse	anderer/kein Schulabschluss	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
besser	30,0%	13,5%	21,0%	28,5%	31,0%	14,3%	24,1%
schlechter	21,8%	34,6%	28,3%	19,7%	16,0%	25,7%	24,1%
gleich	48,3%	51,8%	50,7%	51,7%	53,0%	60,0%	51,7%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.8: Erwartete Entwicklung der eigenen finanziellen Situation nach Landesverband

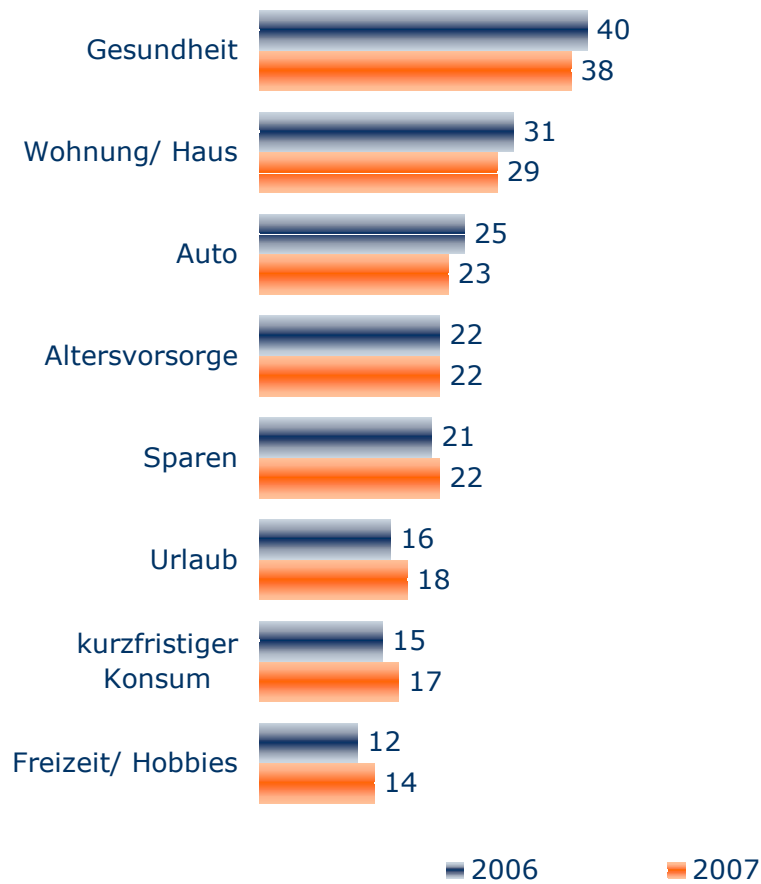
(N=10.329)

	Landesverband						Gesamt
	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin- Brandenburg	Hanseraum	Hessen	Nordrhein- Westfalen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	
besser	25,0%	23,0%	22,2%	21,5%	19,0%	26,9%	24,1%
schlechter	25,2%	22,1%	28,6%	27,7%	27,2%	19,6%	24,1%
gleich	49,8%	54,9%	49,2%	50,8%	53,8%	53,5%	51,7%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

	Landesverband					Gesamt
	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	
besser	24,0%	32,4%	21,5%	23,1%	25,4%	24,1%
schlechter	23,2%	22,3%	20,7%	27,7%	23,6%	24,1%
gleich	52,8%	45,3%	57,9%	49,2%	50,9%	51,7%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Abb. 4.4: Geplante Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr

(Mehrfachnennungen möglich, N in Reihenfolge der Items = 9.864 / 10.030 / 9.360 / 9.266 / 9.764 / 10.210 / 9.973 / 10.134)



Tab. 4.9: Geplante Mehrausgaben bzw. Einsparungen in den nächsten 12 Monaten nach Geschlecht

(N in Reihenfolge der Nennungen: 10.210 / 10.134 / 10.030 / 9.973 / 9.864 / 9.360 / 9.764 / 9.266)

		Geschlecht		Gesamt
		männlich	weiblich	
		Spalten%	Spalten%	Spalten%
Urlaub	mehr	17,9%	18,9%	18,4%
	weniger	24,8%	28,4%	26,7%
Freizeit/Hobbies	mehr	15,3%	13,3%	14,4%
	weniger	18,9%	22,0%	20,5%
Wohnung/Haus	mehr	29,2%	29,4%	29,4%
	weniger	15,3%	15,7%	15,4%
kurzfristiger Konsum	mehr	17,0%	17,6%	17,2%
	weniger	22,0%	24,4%	23,3%
Gesundheit	mehr	35,8%	39,8%	37,9%
	weniger	7,7%	7,1%	7,4%
Auto	mehr	21,4%	23,8%	22,6%
	weniger	24,3%	21,5%	23,0%
Sparen	mehr	23,8%	20,4%	22,1%
	weniger	24,6%	28,5%	26,5%
Altersvorsorge	mehr	22,6%	21,0%	21,9%
	weniger	11,3%	12,7%	11,9%
Gesamt		100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.10: Geplante Mehrausgaben bzw. Einsparungen in den nächsten 12 Monaten nach Alter

(N in Reihenfolge der Nennungen: 10.210 / 10.134 / 10.030 / 9.973 / 9.864 / 9.360 / 9.764 / 9.266)

		Alter						Gesamt
		16 bis 18 Jahre	18 bis 29 Jahre	30 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 bis 64 Jahre	über 64 Jahre	
		Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Urlaub	mehr	38,0%	30,6%	21,3%	16,7%	11,4%	11,4%	18,4%
	weniger	21,4%	24,2%	26,1%	28,8%	27,5%	27,2%	26,7%
Freizeit/Hobbies	mehr	39,5%	23,8%	16,3%	10,3%	10,0%	8,2%	14,4%
	weniger	13,0%	15,8%	19,8%	20,6%	23,1%	23,5%	20,5%
Wohnung/Haus	mehr	22,5%	36,2%	37,4%	29,5%	25,3%	21,5%	29,4%
	weniger	17,5%	13,2%	14,8%	17,4%	16,3%	15,0%	15,4%
kurzfristiger Konsum	mehr	43,6%	27,1%	18,3%	13,7%	10,9%	13,4%	17,2%
	weniger	12,8%	16,8%	20,5%	26,0%	26,8%	26,7%	23,3%
Gesundheit	mehr	26,0%	27,8%	32,6%	37,8%	41,2%	49,4%	37,9%
	weniger	11,9%	9,2%	6,7%	6,6%	5,8%	8,1%	7,4%
Auto	mehr	46,9%	29,7%	22,0%	23,1%	18,5%	17,6%	22,6%
	weniger	21,5%	19,9%	21,8%	23,0%	24,8%	25,0%	23,0%
Sparen	mehr	49,1%	42,3%	26,8%	16,9%	13,4%	9,6%	22,1%
	weniger	16,2%	16,4%	20,2%	28,4%	31,8%	35,7%	26,5%
Altersvorsorge	mehr	33,7%	32,7%	27,3%	21,7%	16,0%	10,8%	21,9%
	weniger	15,5%	7,6%	7,3%	8,6%	12,8%	23,6%	11,9%
Gesamt		100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.11: Geplante Mehrausgaben bzw. Einsparungen in den nächsten 12 Monaten nach Bildungsabschluss

(N in Reihenfolge der Nennungen: 10.210 / 10.134 / 10.030 / 9.973 / 9.864 / 9.360 / 9.764 / 9.266)

		höchster allgemeinbildender Schulabschluss						Gesamt
		noch Schüler/in	Hauptschul- abschluss/ POS 8./9. Klasse	Mittlere Reife/POS 10.Klasse	Fachhoch- schulreife	Abitur/EOS 12. Klasse	anderer/kein Schul- abschluss	
		Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Urlaub	mehr	40,3%	11,0%	17,0%	18,0%	22,8%	16,3%	18,4%
	weniger	23,7%	36,2%	29,9%	21,8%	21,5%	20,8%	26,7%
Freizeit/Hobbies	mehr	30,7%	9,0%	13,3%	15,9%	16,2%	10,0%	14,4%
	weniger	14,0%	30,3%	23,0%	18,5%	14,6%	19,8%	20,5%
Wohnung/Haus	mehr	24,9%	21,8%	28,7%	32,2%	33,0%	21,0%	29,4%
	weniger	14,2%	20,5%	16,2%	13,9%	12,9%	15,9%	15,4%
kurzfristiger Konsum	mehr	42,1%	12,6%	17,1%	17,4%	18,2%	12,6%	17,2%
	weniger	15,7%	30,1%	26,5%	21,2%	18,0%	21,8%	23,3%
Gesundheit	mehr	29,8%	46,7%	38,0%	38,7%	32,8%	35,2%	37,9%
	weniger	15,6%	9,8%	7,1%	5,8%	6,2%	14,7%	7,4%
Auto	mehr	36,8%	19,0%	25,0%	22,7%	21,7%	20,8%	22,6%
	weniger	25,6%	29,2%	23,4%	21,4%	19,6%	18,5%	23,0%
Sparen	mehr	51,9%	14,3%	19,5%	21,8%	27,5%	23,5%	22,1%
	weniger	17,2%	38,0%	29,5%	24,2%	19,2%	24,0%	26,5%
Altersvorsorge	mehr	33,9%	17,3%	19,8%	23,8%	25,2%	16,9%	21,9%
	weniger	22,5%	18,2%	13,3%	10,3%	7,2%	17,6%	11,9%
Gesamt		100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.12: Geplante Mehrausgaben bzw. Einsparungen in den nächsten 12 Monaten nach Landesverband - Teil I

(N in Reihenfolge der Nennungen: 10.210 / 10.134 / 10.030 / 9.973 / 9.864 / 9.360 / 9.764 / 9.266)

		Landesverband						Gesamt
		Baden- Württemberg	Bayern	Berlin- Brandenburg	Hanseraum	Hessen	Nordrhein- Westfalen	
		Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Urlaub	mehr	18,2%	19,3%	20,7%	20,6%	13,0%	17,2%	18,4%
	weniger	26,1%	23,3%	31,9%	27,4%	28,3%	26,8%	26,7%
Freizeit/Hobbies	mehr	14,9%	12,8%	18,3%	12,0%	14,2%	14,2%	14,4%
	weniger	20,1%	18,8%	24,7%	18,6%	19,8%	19,9%	20,5%
Wohnung/Haus	mehr	30,0%	27,5%	29,1%	31,2%	36,3%	30,2%	29,4%
	weniger	16,1%	16,8%	17,3%	12,0%	12,9%	13,1%	15,4%
kurzfristiger Konsum	mehr	17,3%	17,7%	18,6%	16,8%	15,1%	17,8%	17,2%
	weniger	24,8%	19,2%	28,5%	21,0%	26,5%	21,0%	23,3%
Gesundheit	mehr	36,9%	37,0%	37,0%	37,7%	40,4%	34,9%	37,9%
	weniger	6,4%	7,3%	9,3%	4,8%	8,0%	7,4%	7,4%
Auto	mehr	20,5%	21,8%	27,1%	20,4%	23,6%	21,0%	22,6%
	weniger	24,7%	22,9%	21,9%	16,9%	20,8%	24,1%	23,0%
Sparen	mehr	23,9%	21,4%	20,9%	18,6%	17,3%	23,2%	22,1%
	weniger	25,7%	23,3%	37,5%	23,1%	31,9%	23,0%	26,5%
Altersvorsorge	mehr	23,3%	20,7%	19,3%	18,2%	17,7%	23,9%	21,9%
	weniger	12,2%	11,8%	17,6%	10,9%	11,6%	8,6%	11,9%
Gesamt		100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.13: Geplante Mehrausgaben bzw. Einsparungen in den nächsten 12 Monaten nach Landesverband - Teil II

(N in Reihenfolge der Nennungen: 10.210 / 10.134 / 10.030 / 9.973 / 9.864 / 9.360 / 9.764 / 9.266)

		Landesverband					Gesamt
		Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	
		Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Urlaub	mehr	18,5%	16,4%	27,0%	15,7%	23,5%	18,4%
	weniger	26,8%	20,1%	17,7%	33,8%	32,4%	26,7%
Freizeit/Hobbies	mehr	15,1%	14,3%	13,5%	12,3%	12,1%	14,4%
	weniger	20,4%	12,5%	12,3%	27,3%	31,1%	20,5%
Wohnung/Haus	mehr	26,4%	27,0%	21,8%	28,5%	22,8%	29,4%
	weniger	14,3%	10,2%	7,7%	18,7%	22,3%	15,4%
kurzfristiger Konsum	mehr	14,4%	21,1%	12,8%	14,6%	19,8%	17,2%
	weniger	20,6%	20,8%	28,2%	32,1%	21,4%	23,3%
Gesundheit	mehr	45,8%	41,0%	67,6%	44,8%	38,4%	37,9%
	weniger	9,2%	3,6%		10,5%	13,4%	7,4%
Auto	mehr	23,6%	21,9%	41,4%	35,9%	29,3%	22,6%
	weniger	23,8%	17,7%	16,7%	22,2%	23,2%	23,0%
Sparen	mehr	20,3%	22,5%	13,6%	21,4%	30,7%	22,1%
	weniger	25,9%	24,9%	29,1%	39,5%	23,5%	26,5%
Altersvorsorge	mehr	22,3%	24,9%	6,3%	19,4%	36,2%	21,9%
	weniger	12,3%	8,7%	17,3%	13,9%	7,7%	11,9%
Gesamt		100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

4.2 Arbeitslosigkeit

4.2.1 Mehr Vertrauen in Arbeitsplatzsicherheit

Der Trend zum sicheren Arbeitsplatz ist auch in diesem Jahr ungebrochen. Wohl einhergehend mit der guten wirtschaftlichen Lage beurteilen mittlerweile 79 Prozent der Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz als sicher. Das ist ein Anstieg von noch einmal 11 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr und damit wiederum der höchste seit 1997 gemessene Wert. Allein in den vergangenen drei Jahren ist das Vertrauen der Menschen in ihren Arbeitsplatz damit um 35 Prozentpunkte gestiegen. Der Anteil derjenigen, die ihren Arbeitsplatz als nicht sicher einschätzen, sinkt demgegenüber nicht sondern verharrt auf dem Vorjahreswert von 21 Prozent. Ob dies einen vorübergehenden Stillstand oder eine tatsächliche Sättigung darstellt, muss die Messung im nächsten Jahr zeigen.

Männliche Erwerbstätige schätzen ihren Arbeitsplatz etwas häufiger als gesichert ein als weibliche (82 zu 77 Prozent, vgl. Tab. 4.14). Hinsichtlich der Altersgruppen herrscht eine überdurchschnittliche Unsicherheit bei Befragten ab dem 40. Lebensjahr, wobei diese mit zunehmendem Alter weiter steigt (vgl. Tab. 4.15). Auch ist die Unsicherheit bei den niedrigeren Bildungsgraden höher als bei Personen mit (Fach-)Hochschulreife (vgl. Tab. 4.16).

Mit Blick auf die Landesverbände fühlen sich – wie auch im Vorjahr – die Rheinland-Pfälzer und Baden-Württemberger auf ihrem Arbeitsplatz am sichersten (86 bzw. 83 Prozent), während in den ostdeutschen Verbänden Thüringen (43 Prozent unsicher), Berlin-Brandenburg und Sachsen-Anhalt (beide 35 Prozent) die Unsicherheit am größten ist (vgl. Tab. 4.17).

4.2.2 Mobilität

Ein interessanter Trend ist bei der Frage zu beobachten, bis wohin die Befragten ihren Lebensschwerpunkt verlagern würden, wenn sie dort eine Arbeitsstelle bekämen. Der Anteil derjenigen, der bis zu 50 Kilometer entfernt vom Wohnort mobil wäre, sinkt seit einigen Jahren langsam aber stetig (2007: 38 Prozent). Demgegenüber steigt jedoch der Anteil derjenigen, die weltweit verfügbar wären, wenn auch noch auf niedrigem Niveau (2007: 14 Prozent). Alle dazwischen liegenden Optionen (51-200 km und deutschlandweit: 18 Prozent, europaweit: 12 Prozent) unterliegen keinen nennenswerten Veränderungen. Aus diesen Ergebnissen ließe sich durchaus ein Trend hin zu einer höheren Mobilität in Arbeitsplatzfragen ableiten. Es wird abzuwarten sein, inwiefern er sich in den nächsten Jahren verstetigt.

Frauen sind nach wie vor weniger mobil als Männer (vgl. Tab. 4.18). Von Ihnen würde knapp die Hälfte nicht weiter als 50 Kilometer vom Wohnort entfernt auf Arbeitssuche gehen. Noch immer stellen sie damit wohl den stabilisierenden Teil der meisten Familien dar. Darüber hinaus sinkt die Mobilität auch mit steigendem Alter (vgl. Tab. 4.19). Be-

sonders deutlich wird dies bei den ausländischen Destinationen: 13 Prozent der 16-17-Jährigen würden in Europa auf Jobsuche gehen, weitere 22 Prozent weltweit. Zusammen mit den 18-29-Jährigen (weltweit: 21 Prozent) stellen sie damit die mobilste Altersgruppe dar. Überdurchschnittlich mobil innerhalb Deutschlands zeigen sich auch die über 64-Jährigen. Immerhin 24 Prozent der Erwerbstätigen unter ihnen würden bei Arbeitslosigkeit deutschlandweit auf Jobsuche gehen, der höchste Wert in dieser Kategorie. Wer also in diesem Alter noch arbeitet, ist bestrebt, dies auch weiterhin zu tun und durchaus flexibel genug, dieses Ziel konsequent zu verfolgen.

Personen mit höherem Schulabschluss sind erwartungsgemäß mobiler als solche mit niedrigerem (vgl. Tab. 4.20). Dies hängt sicherlich zum großen Teil mit den Anforderungen bei der Arbeitssuche sowie im Arbeitsleben zusammen, die in Berufen mit akademischem Anforderungsprofil herrschen. Daneben zeigen sich natürlich auch Schüler aufgrund fehlender Zwänge und Bindungen überdurchschnittlich flexibel bei der regionalen Verortung ihres Arbeitsplatzes.

Keine Veränderungen gegenüber dem Vorjahr herrscht auch bei den Landesverbänden: Relativ regionalverbunden bei der Arbeitsplatzsuche zeigen sich die Befragten aus den wirtschaftlich relativ gut gestellten Landesverbänden Baden-Württemberg, Bayern und Hessen. Hier wollen zwischen 39 und 40 Prozent der Befragten den 50-Kilometer-Radius um ihren Wohnort nicht verlassen. Dennoch sind diese Werte – dem allgemeinen Trend entsprechend – gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken. Spitzenreiter in dieser Kategorie ist jedoch nach wie vor Sachsen mit 45 Prozent. Große Teile der Bevölkerung dort haben offensichtlich weder große Lust noch Veranlassung, ihr Heimatgebiet für einen Job zu verlassen. Dies korrespondiert mit Angaben aus sächsischen Statistiken, nach denen der Bevölkerungsschwund in diesem ostdeutschen Freistaat eingedämmt werden konnte.

4.2.3 Opferbereitschaft geht zurück

Etwas zurückgegangen ist die Bereitschaft der befragten Arbeitnehmer, für die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes Einbußen hinzunehmen (vgl. Abb. 4.7). Dies dürfte mit der weiter steigenden subjektiven Arbeitsplatzsicherheit sowie der überaus positiven Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung zusammenhängen. Anders als dies in den Aufsehen erregenden Fällen à la Telekom in den letzten Monaten von den Arbeitgebern eingefordert wurde, möchten weniger Befragte als in den letzten zwei Jahren Mehrarbeit gegen Arbeitsplatzsicherheit tauschen (2007: 50 Prozent). Ebenso mit sinkender Tendenz werden unregelmäßige Arbeitszeiten (43 Prozent) oder gar Lohneinbußen (17 Prozent) akzeptiert. Zwischen den Geschlechtern bestehen in diesem Jahr nur sehr geringe Unterschiede in Bezug auf diese Frage. Einzig sichtbar: Männer lehnen mit 19 Prozent deutlich häufiger jegliche Einbußen ab als Frauen (14 Prozent).

Am häufigsten würden befragte Arbeitnehmer zwischen dem 18. und dem 40. Lebensjahr – also im besten Arbeitsalter – Opfer für ihren Arbeitsplatz bringen. Danach nimmt die

Bereitschaft immer mehr ab, mit 65 und mehr Jahren sind 29 Prozent der Befragten zu keinerlei Einbußen mehr bereit. Dies ist insofern nachvollziehbar, als hier das Rentenalter zumindest fast erreicht ist. In den Altersstufen zwischen 40 und 65 Jahren hingegen kollidiert die abnehmende Opferbereitschaft etwas mit der schwierigeren Vermittelbarkeit in einen Job.

Die Opferbereitschaft nimmt allgemein mit steigendem Schulabschluss zu. Das bedeutet, dass Arbeitnehmer in Berufen, die schon aufgrund ihrer Anlage eine teilweise hohe Flexibilität erfordern, dazu auch in noch höherem Maße bereit werden. Personen in Berufen, die weniger Qualifikation erfordern, können sich eine Veränderung in Bezug auf Arbeitszeiten oder Einkommen demgegenüber weniger vorstellen.

Nach wie vor ist die Bereitschaft zu Lohneinbußen in den Neuen Bundesländern geringer ausgeprägt als im Westteil der Republik (vgl. Tab. 4.25). Wahrscheinlichster Grund dafür dürfte das allgemein niedrigere Lohnniveau im Osten sein. Die mit Abstand höchsten Ablehnungsquoten für jegliches Opfer finden sich in Sachsen (24 Prozent) und in Berlin-Brandenburg (21 Prozent).

4.2.4 Bildung als Gegenmaßnahme zur Arbeitslosigkeit

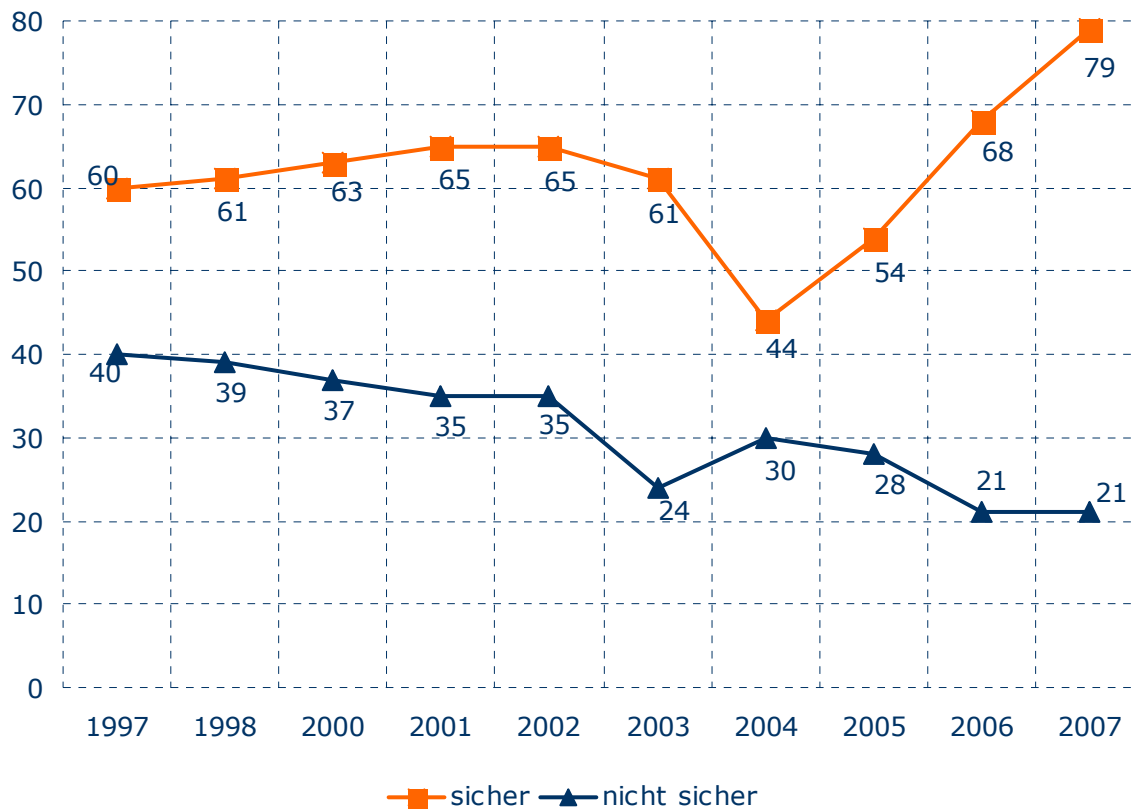
Neben den eigenen Anstrengungen zum Erhalt des Arbeitsplatzes war auch gefragt, was der Staat aus Sicht der Befragten für die Senkung der Arbeitslosigkeit tun könnte. Dazu wurden – analog dem Vorgehen im letzten Jahr – häufig diskutierte Maßnahmen zur Auswahl gestellt. Hinsichtlich der Präferenzrangfolge der Instrumente hat sich dabei nichts geändert (vgl. Abb. 4.8): die Verbesserung der Bildung ist für die meisten Befragten ein probates Mittel zur Senkung der Arbeitslosigkeit. Ihr Anteil stieg sogar um vier Prozentpunkte (61 Prozent) und gewinnt in der Bewertung der Menschen damit weiter an Bedeutung. Auf den weiteren Rängen folgen die Senkung der Lohnzusatzkosten (49 Prozent), die Verpflichtung Arbeitsloser zur Gegenleistung (47 Prozent) sowie eine effektivere Familienpolitik (39 Prozent). Alle drei Instrumente haben kleinere Verluste hinnehmen müssen. Nur wenig Zuspruch erhalten naturgemäß die Instrumente, welche direkte negative Auswirkungen auf die Situation der Beschäftigten – also der meisten Befragten selbst – haben: die Lockerung des Kündigungsschutzes (25 Prozent), eine Senkung des Arbeitslosengeldes (19 Prozent) sowie die Lockerung des Flächentarifs (16 Prozent). Am wenigsten überzeugt sind die Befragten jedoch von einer Idee, die nach wie vor in der aktuellen politischen Debatte kreist: der Schaffung eines Niedriglohnsektors (9 Prozent). Zwischen den Geschlechtern gibt es hinsichtlich der Bewertung dieser Maßnahmen zum Teil deutliche Unterschiede, die denen aus dem letzten Jahr gleichen. So fordern zwar 55 Prozent der Männer eine Senkung der Lohnzusatzkosten, aber nur 45 Prozent der Frauen. Auch die Schaffung eines Niedriglohnsektors sowie die Lockerung des Flächentarifs und des Kündigungsschutzes sehen mehr Männer als Frauen für geeignet, die Arbeitslosigkeit zu senken. Demgegenüber plädieren Frauen häufiger für eine effektivere Familienpolitik

(43 zu 35 Prozent). Da die Männer damit insgesamt mehr Maßnahmen zustimmen als Frauen, kann man vermuten, dass diese generell für ein rigoroseres Vorgehen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einstehen.

Auch im Hinblick auf das Alter zeigt sich ein sehr differenziertes Bild. So wird zum Beispiel die Senkung des Arbeitslosengeldes mit zunehmendem Alter immer weniger befürwortet (vgl. Tab. 4.27). Dies ist sicherlich darin begründet, dass vor allem Langzeitarbeitslose eher in den älteren Altersgruppen zu finden sind. Je älter die Befragten sind, desto häufiger befürworten sie darüber hinaus die Senkung der Lohnzusatzkosten sowie die Lockerung des Flächentarifs. Interessant ist, dass hingegen die Verpflichtung von Arbeitslosen zu Gegenleistungen mit zunehmendem Alter stärker befürwortet wird. Möglicherweise wird dies als Alternativstrategie von Personen mit Arbeitslosigkeitserfahrungen gegenüber der Leistungskürzung präferiert.

Hinsichtlich des Bildungsgrades besteht bei den meisten Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit der Trend, dass sie mit steigendem Schulabschluss häufiger befürwortet werden (vgl. Tab. 4.28). Dies weist auf eine höhere Bereitschaft zu Einschnitten in den Gruppen der Akademiker hin. Sie kann zum einen darauf zurückzuführen sein, dass diese sich stärker mit der Problematik beschäftigen. Möglicherweise hindert jedoch auch die wahrscheinlichere oder stärkere Betroffenheit von solchen Maßnahmen die niedrigeren Bildungsgruppen daran, diese zu propagieren.

Abb. 4.5: Einschätzung der Arbeitsplatzsicherheit
(nur Erwerbstätige, N=5.311)



Tab. 4.14: Einschätzung der Arbeitsplatzsicherheit nach Geschlecht (N=5.311)

	Geschlecht		Gesamt
	männlich	weiblich	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%
ja, sicher	81,8%	76,5%	79,0%
nein, nicht sicher	18,2%	23,5%	21,0%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.15: Einschätzung der Arbeitsplatzsicherheit nach Alter (N=5.311)

	Alter						Gesamt
	16 bis 18 Jahre	18 bis 29 Jahre	30 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 bis 64 Jahre	über 64 Jahre	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
ja, sicher	87,0%	80,6%	82,3%	76,7%	76,2%	72,5%	79,0%
nein, nicht sicher	13,0%	19,4%	17,7%	23,3%	23,8%	27,5%	21,0%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.16: Einschätzung der Arbeitsplatzsicherheit nach Schulabschluss (N=5.311)

	höchster allgemeinbildender Schulabschluss						Gesamt
	noch Schüler/in	Hauptschul- abschluss/ POS 8./9. Klasse	Mittlere Reife/POS 10.Klasse	Fachhoch- schulreife	Abitur/EOS 12. Klasse	anderer/kein Schul- abschluss	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
ja, sicher	82,1%	76,7%	76,8%	79,4%	83,0%	62,2%	79,0%
nein, nicht sicher	17,9%	23,3%	23,2%	20,6%	17,0%	37,8%	21,0%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

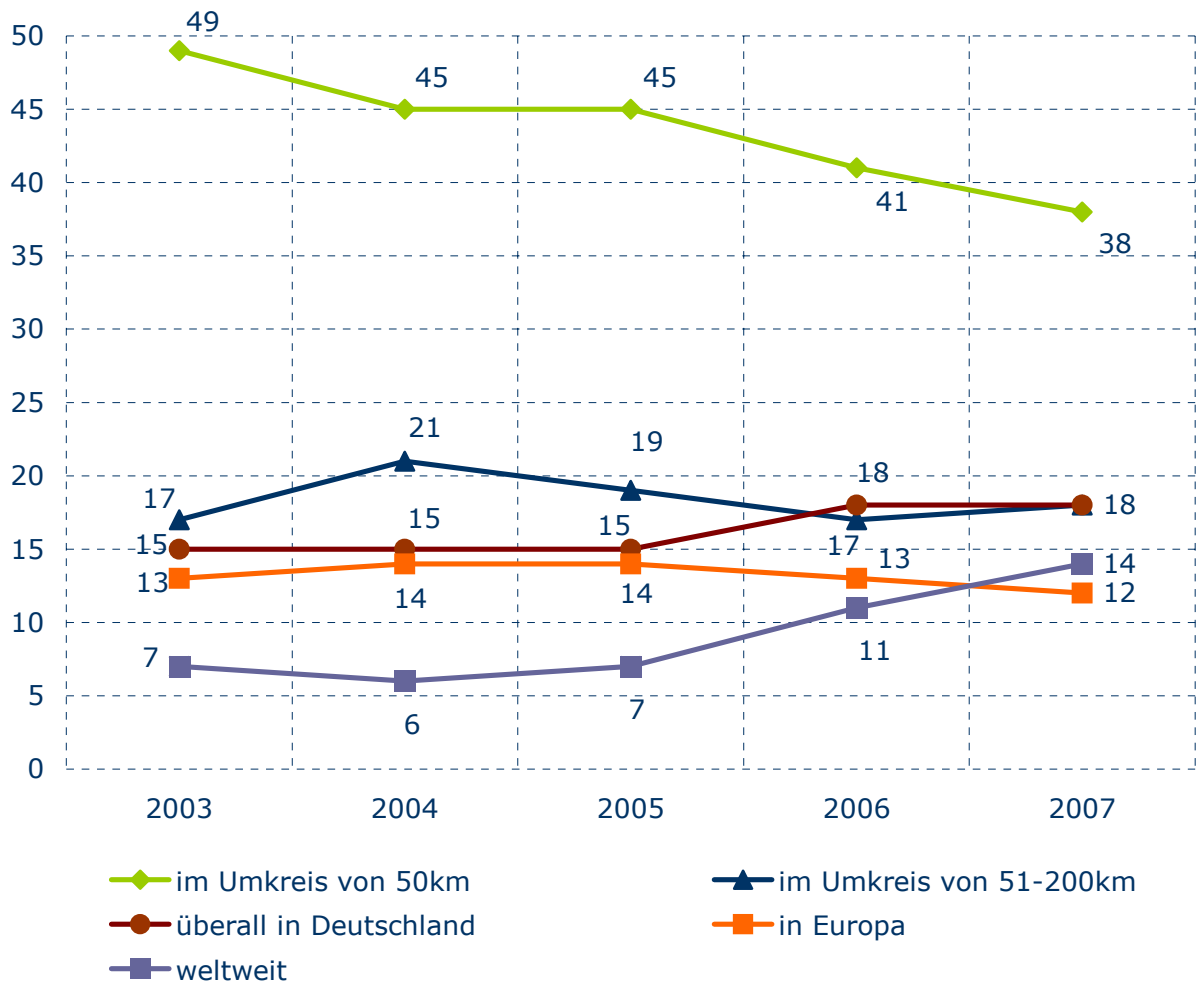
Tab. 4.17: Einschätzung der Arbeitsplatzsicherheit nach Landesverband

(N=5.311)

	Landesverband						Gesamt
	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin- Brandenburg	Hanseraum	Hessen	Nordrhein- Westfalen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
ja, sicher	82,2%	80,8%	65,0%	80,3%	77,7%	81,1%	79,0%
nein, nicht sicher	17,8%	19,2%	35,0%	19,7%	22,3%	18,9%	21,0%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

	Landesverband					Gesamt
	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
ja, sicher	86,0%	74,5%	75,8%	65,3%	57,5%	79,0%
nein, nicht sicher	14,0%	25,5%	24,2%	34,7%	42,5%	21,0%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Abb. 4.6: Bereitschaft, bei Arbeitslosigkeit eine Stelle außerhalb des Wohnortes anzunehmen (N=7.937)



Tab. 4.18: Bereitschaft, bei Arbeitslosigkeit eine Stelle außerhalb des Wohnortes anzunehmen nach Geschlecht
(N=7.937)

	Geschlecht		Gesamt
	männlich	weiblich	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%
im Umkreis von 50 km	30,6%	45,1%	38,1%
im Umkreis von 51-200 km	19,6%	16,6%	18,0%
überall in Deutschland	19,7%	16,4%	18,0%
in Europa	13,4%	10,1%	11,7%
weltweit	16,8%	11,9%	14,3%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.19: Bereitschaft, bei Arbeitslosigkeit eine Stelle außerhalb des Wohnortes anzunehmen nach Alter
(N=7.937)

	Alter						Gesamt
	16 bis 18 Jahre	18 bis 29 Jahre	30 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 bis 64 Jahre	über 64 Jahre	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
im Umkreis von 50 km	27,8%	26,8%	35,5%	44,0%	48,6%	30,1%	38,1%
im Umkreis von 51-200 km	14,9%	19,1%	20,3%	19,5%	14,7%	12,5%	18,0%
überall in Deutschland	21,8%	20,9%	17,1%	16,0%	16,3%	24,4%	18,0%
in Europa	13,2%	12,6%	11,3%	9,9%	11,5%	19,0%	11,7%
weltweit	22,3%	20,6%	15,8%	10,6%	9,0%	14,1%	14,3%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.20: Bereitschaft, bei Arbeitslosigkeit eine Stelle außerhalb des Wohnortes anzunehmen nach Bildungsabschluss
 (N=7.937)

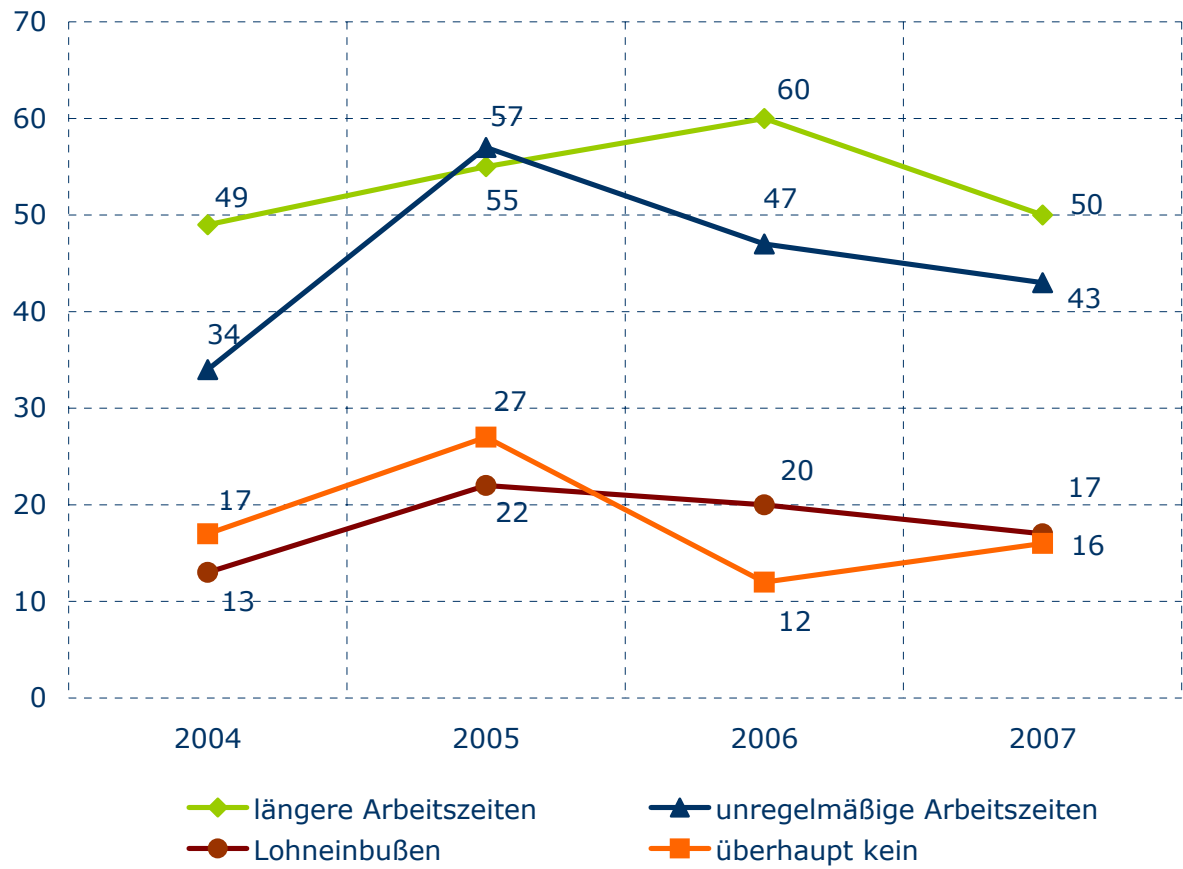
	höchster allgemeinbildender Schulabschluss						Gesamt
	noch Schüler/in	Hauptschul- abschluss/ POS 8./9. Klasse	Mittlere Reife/POS 10.Klasse	Fachhoch- schulreife	Abitur/EOS 12. Klasse	anderer/kein Schul- abschluss	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
im Umkreis von 50 km	25,3%	56,7%	48,8%	31,6%	26,3%	35,0%	38,1%
im Umkreis von 51-200 km	13,1%	15,0%	19,1%	18,8%	17,8%	16,7%	18,0%
überall in Deutschland	23,0%	14,7%	14,8%	20,1%	20,3%	25,3%	18,0%
in Europa	14,3%	6,9%	8,6%	14,0%	14,7%	12,9%	11,7%
weltweit	24,3%	6,7%	8,7%	15,5%	20,8%	10,0%	14,3%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.21: Bereitschaft, bei Arbeitslosigkeit eine Stelle außerhalb des Wohnortes anzunehmen nach Landesverband
 (N=7.937)

	Landesverband						Gesamt
	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin- Brandenburg	Hanseraum	Hessen	Nordrhein- Westfalen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
im Umkreis von 50 km	39,7%	38,9%	36,6%	37,9%	41,5%	37,1%	38,1%
im Umkreis von 51-200km	19,0%	18,1%	15,6%	16,3%	13,7%	18,4%	18,0%
überall in Deutschland	14,6%	18,1%	17,6%	19,4%	21,0%	20,7%	18,0%
in Europa	12,4%	10,9%	14,3%	12,1%	9,4%	10,0%	11,7%
weltweit	14,3%	14,0%	15,9%	14,3%	14,4%	13,9%	14,3%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

	Landesverband					Gesamt
	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
im Umkreis von 50 km	34,1%	25,3%	44,6%	35,0%	36,9%	38,1%
im Umkreis von 51-200km	19,7%	17,6%	11,7%	20,5%	13,8%	18,0%
überall in Deutschland	20,6%	23,7%	17,9%	21,0%	24,2%	18,0%
in Europa	10,9%	15,2%	12,5%	11,9%	12,8%	11,7%
weltweit	14,8%	18,2%	13,3%	11,7%	12,4%	14,3%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Abb. 4.7: Opferbereitschaft für die Arbeitsplatzsicherheit
(Mehrfachnennungen möglich, N=7.347)



Tab. 4.22: Opferbereitschaft für die Arbeitsplatzsicherheit nach Geschlecht
(N=7.347)

	Geschlecht		Gesamt
	männlich	weiblich	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Lohneinbußen	16,2%	17,7%	17,1%
längere Arbeitszeiten	51,8%	47,8%	49,5%
unregelmäßige Arbeitszeiten	42,3%	44,4%	43,3%
überhaupt keine	18,5%	13,7%	15,8%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.23: Opferbereitschaft für die Arbeitsplatzsicherheit nach Alter
(N=7.347)

	Alter						Gesamt
	16 bis 18 Jahre	18 bis 29 Jahre	30 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 bis 64 Jahre	über 64 Jahre	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Lohneinbußen	11,2%	16,1%	19,4%	18,6%	16,6%	12,9%	17,1%
längere Arbeitszeiten	41,7%	55,0%	55,0%	49,9%	44,0%	24,0%	49,5%
unregelmäßige Arbeitszeiten	33,9%	51,8%	45,0%	43,0%	40,1%	15,4%	43,3%
überhaupt keine	10,9%	11,2%	14,2%	16,7%	20,3%	28,7%	15,8%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.24: Opferbereitschaft für die Arbeitsplatzsicherheit nach Schulabschluss

(N=7.347)

	höchster allgemeinbildender Schulabschluss						Gesamt
	noch Schüler/in	Hauptschul- abschluss/ POS 8./9. Klasse	Mittlere Reife/POS 10.Klasse	Fachhoch- schulreife	Abitur/EOS 12. Klasse	anderer/kein Schul- abschluss	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Lohneinbußen	8,3%	14,9%	14,9%	18,5%	20,4%	13,4%	17,1%
längere Arbeitszeiten	35,0%	40,1%	49,7%	50,3%	54,2%	42,3%	49,5%
unregelmäßige Arbeitszeiten	35,9%	29,2%	42,2%	46,7%	49,0%	42,2%	43,3%
überhaupt keine	12,0%	23,2%	14,8%	14,9%	14,2%	27,6%	15,8%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

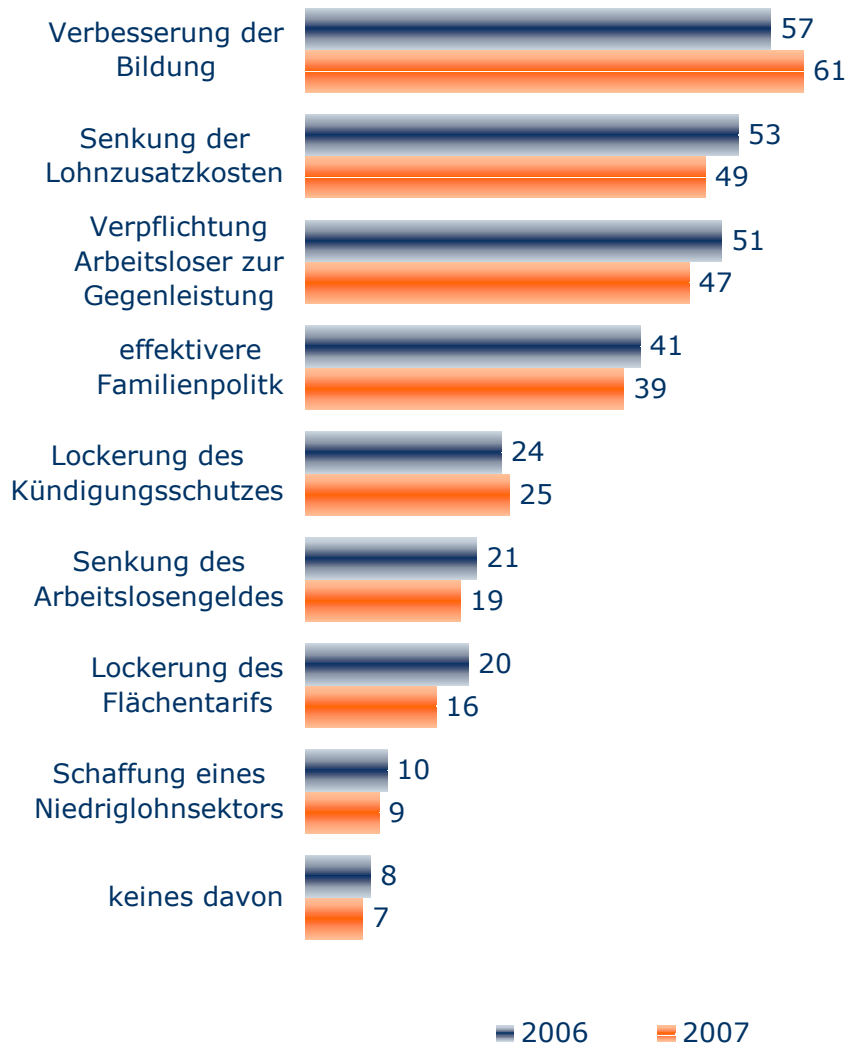
Tab. 4.25: Opferbereitschaft für die Arbeitsplatzsicherheit nach Landesverband

(N=7.347)

	Landesverband						Gesamt
	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin- Brandenburg	Hanseraum	Hessen	Nordrhein- Westfalen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Lohneinbußen	17,0%	16,7%	13,8%	20,5%	18,6%	20,1%	17,1%
längere Arbeitszeiten	49,5%	49,9%	41,0%	52,0%	54,5%	53,6%	49,5%
unregelmäßige Arbeitszeiten	41,6%	41,7%	46,9%	47,1%	41,6%	44,5%	43,3%
überhaupt keine	15,3%	17,0%	20,4%	14,4%	14,5%	14,4%	15,8%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

	Landesverband					Gesamt
	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Lohneinbußen	11,9%	19,3%	15,6%	18,3%	10,4%	17,1%
längere Arbeitszeiten	51,5%	46,4%	45,2%	46,3%	41,4%	49,5%
unregelmäßige Arbeitszeiten	43,2%	59,4%	41,8%	45,3%	39,8%	43,3%
überhaupt keine	14,0%	13,6%	23,9%	14,8%	12,8%	15,8%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Abb. 4.8: Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit
(Mehrfachnennungen möglich, N=10.894)



Tab. 4.26: Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit nach Geschlecht (N=10.894)

	Geschlecht		Gesamt
	männlich	weiblich	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Senkung der Lohnzusatzkosten	54,7%	44,5%	49,4%
Schaffung eines Niedriglohnsektors	10,0%	7,3%	8,7%
Lockerung des Flächentarifs	22,8%	9,4%	16,0%
Lockerung des Kündigungsschutzes	31,3%	18,3%	24,7%
Senkung des Arbeitslosengeldes	19,6%	17,4%	18,5%
Verbesserung der Bildung	60,6%	61,2%	60,9%
Verpflichtung Arbeitsloser zur Gegenleistung	46,5%	48,1%	47,3%
effektivere Familienpolitik	34,5%	42,7%	38,7%
keines davon	7,3%	6,9%	7,1%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.27: Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit nach Alter (N=10.894)

	Alter						Gesamt
	16 bis 18 Jahre	18 bis 29 Jahre	30 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 bis 64 Jahre	über 64 Jahre	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Senkung der Lohnzusatzkosten	14,7%	43,5%	59,6%	57,1%	52,3%	41,6%	49,4%
Schaffung eines Niedriglohnsektors	8,4%	7,0%	8,1%	8,6%	10,7%	8,6%	8,7%
Lockerung des Flächentarifs	5,2%	9,6%	19,8%	15,6%	17,3%	19,0%	16,0%
Lockerung des Kündigungsschutzes	7,7%	18,4%	31,1%	24,3%	24,9%	27,5%	24,7%
Senkung des Arbeitslosengeldes	30,5%	27,9%	22,2%	14,5%	14,0%	14,1%	18,5%
Verbesserung der Bildung	56,1%	61,1%	62,2%	63,5%	62,1%	57,5%	60,9%
Verpflichtung Arbeitsloser zur Gegenleistung	34,3%	47,5%	49,8%	47,7%	48,6%	46,4%	47,3%
effektivere Familienpolitik	32,0%	41,2%	46,9%	41,9%	37,6%	29,3%	38,7%
keines davon	9,4%	5,7%	4,7%	6,3%	8,3%	9,5%	7,1%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.28: Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit nach Bildungsabschluss

(N=10.894)

	höchster allgemeinbildender Schulabschluss						Gesamt
	noch Schüler/in	Hauptschul- abschluss/ POS 8./9. Klasse	Mittlere Reife/POS 10.Klasse	Fachhoch- schulreife	Abitur/EOS 12. Klasse	anderer/kein Schul- abschluss	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	
Senkung der Lohnzusatzkosten	16,2%	42,8%	48,3%	56,2%	54,4%	25,0%	49,4%
Schaffung eines Niedriglohnsektors	6,2%	5,9%	7,7%	10,1%	10,5%	9,5%	8,7%
Lockerung des Flächentarifs	6,7%	9,0%	11,9%	20,7%	22,8%	7,5%	16,0%
Lockerung des Kündigungsschutzes	8,5%	16,0%	20,6%	31,8%	31,1%	16,4%	24,7%
Senkung des Arbeitslosengeldes	25,0%	15,6%	17,1%	18,7%	20,3%	29,4%	18,5%
Verbesserung der Bildung	56,2%	51,0%	57,9%	63,8%	70,3%	43,8%	60,9%
Verpflichtung Arbeitsloser zur Gegenleistung	29,2%	43,1%	48,4%	50,8%	47,7%	50,5%	47,3%
effektivere Familienpolitik	37,1%	28,7%	38,4%	39,3%	46,2%	26,6%	38,7%
keines davon	15,6%	10,5%	7,8%	5,3%	4,7%	15,1%	7,1%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.29: Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit nach Landesverband

(N=10.894)

	Landesverband						Gesamt
	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin-Brandenburg	Hanseraum	Hessen	Nordrhein-Westfalen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	
Senkung der Lohnzusatzkosten	50,2%	47,0%	45,8%	53,0%	49,5%	51,1%	49,4%
Schaffung eines Niedriglohnsektors	8,7%	7,9%	6,5%	7,7%	8,4%	8,0%	8,7%
Lockerung des Flächentarifs	16,8%	15,2%	12,7%	16,7%	16,1%	17,6%	16,0%
Lockerung des Kündigungsschutzes	25,0%	24,9%	19,3%	31,0%	25,4%	26,2%	24,7%
Senkung des Arbeitslosengeldes	19,6%	21,8%	16,7%	14,9%	13,2%	16,9%	18,5%
Verbesserung der Bildung	60,6%	56,4%	62,1%	65,2%	62,2%	64,7%	60,9%
Verpflichtung Arbeitsloser zur Gegenleistung	49,3%	46,0%	43,0%	45,5%	43,2%	51,9%	47,3%
effektivere Familienpolitik	39,6%	35,1%	42,2%	37,7%	41,3%	37,4%	38,7%
keines davon	6,2%	8,5%	10,4%	5,3%	8,4%	4,9%	7,1%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

	Landesverband					Gesamt
	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	
Senkung der Lohnzusatzkosten	47,7%	42,2%	40,8%	59,9%	46,1%	49,4%
Schaffung eines Niedriglohnsektors	12,0%	16,7%	1,2%	14,7%	4,9%	8,7%
Lockerung des Flächentarifs	16,8%	14,7%	10,7%	15,4%	12,6%	16,0%
Lockerung des Kündigungsschutzes	25,3%	19,5%	26,4%	21,1%	18,3%	24,7%
Senkung des Arbeitslosengeldes	21,0%	16,4%	3,3%	15,7%	9,5%	18,5%
Verbesserung der Bildung	61,9%	67,9%	57,7%	62,1%	46,7%	60,9%
Verpflichtung Arbeitsloser zur Gegenleistung	49,4%	42,1%	23,3%	44,0%	36,7%	47,3%
effektivere Familienpolitik	33,2%	46,6%	36,0%	50,0%	37,3%	38,7%
keines davon	7,5%	7,3%	11,6%	6,0%	11,7%	7,1%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

4.3 Selbständigkeit

4.3.1 Unternehmergeist nur schwach ausgeprägt

Auch im Jahr 2007 bleibt die Neigung der Deutschen, sich selbständig zu machen, auf einem niedrigen Niveau. Stabile 11 Prozent der befragten Nicht-Selbständigen denken sehr oft über diesen Schritt nach und können deshalb zum engeren Kreis der potenziellen „Neuzugänge“ gezählt werden (vgl. Abb. 4.9). Interessant ist jedoch der folgende Trend: Seit 2005 sinkt die Zahl derjenigen Befragten leicht, die noch nie über eine Selbständigkeit nachgedacht haben – und im Gegenzug steigt der Anteil derjenigen, die zumindest manchmal damit liebäugeln. Momentan ist dieses Verhältnis 45 zu 32 Prozent. Sollte sich diese Entwicklung in den nächsten Jahren fortsetzen, könnte dies durchaus positive Auswirkungen auf die Zahl der Selbständigen in Deutschland haben.

Nach wie vor planen Männer eher eine Selbständigkeit als Frauen (vgl. Tab. 4.30). 13 Prozent von ihnen haben schon sehr oft darüber nachgedacht, hingegen nur 10 Prozent der Frauen. Die Neigung zur Firmengründung sinkt verständlicherweise mit steigendem Alter, da mit dem Näherrücken der Verrentung eine solche Unternehmung immer weniger lohnenswert erscheint (vgl. Abb. 4.31). Personen mit (Fach-)Hochschulreife denken tendenziell häufiger über die Selbständigkeit nach als solche mit Mittlerer Reife oder Volks- bzw. Hauptschulabschluss.

4.3.2 Aufgabe der Selbständigkeit kommt nur selten in Frage

Erfreuliches zeigt der Blick auf die Einstellung der Selbständigen zu ihrer Arbeit: Wer einmal ein eigenes Gewerbe aufgebaut hat, der gibt dies mit zunehmender Tendenz nicht wieder her. Seit 2004 steigt der Anteil derjenigen Freiberufler deutlich, die noch nie über eine Aufgabe ihrer Selbständigkeit nachgedacht haben. Momentan liegt er bei stolzen 60 Prozent (vgl. Abb. 4.10). Die Quote derjenigen, die sehr oft an einen Rückzug gedacht haben, liegt stabil bei niedrigen sieben Prozent.

Frauen ziehen die Rückkehr aus der Selbständigkeit dabei etwas häufiger in Betracht als Männer (vgl. Tab. 4.34). Interessant ist, dass Personen, die älter als 64 Jahre sind, deutlich seltener daran denken als die anderen Altersgruppen (noch nie: 74 Prozent). Eine Ursache hierfür könnte die größere Erfahrung sein, vielleicht aber auch die Tatsache, dass eine Aufgabe der Selbständigkeit für diesen Personenkreis ein Ende des Arbeitslebens bedeuten würde, das diese noch nicht wünschen.

Selbständige mit einem niedrigeren Bildungsabschluss denken häufiger ans Aufgeben als solche mit einem höheren (vgl. Tab. 4.36). 17 Prozent der Selbständigen mit Volks- oder Hauptschulabschluss (POS 8. Klasse) haben z.B. sehr oft ans Aufhören gedacht, während dieser Anteil unter den Abiturienten nur bei vier Prozent liegt. Dies liegt möglicherweise an den fehlenden Sekundärfähigkeiten – vor allem im betriebswirtschaftlichen Bereich –, die sich diese Personengruppe nicht angeeignet hat.

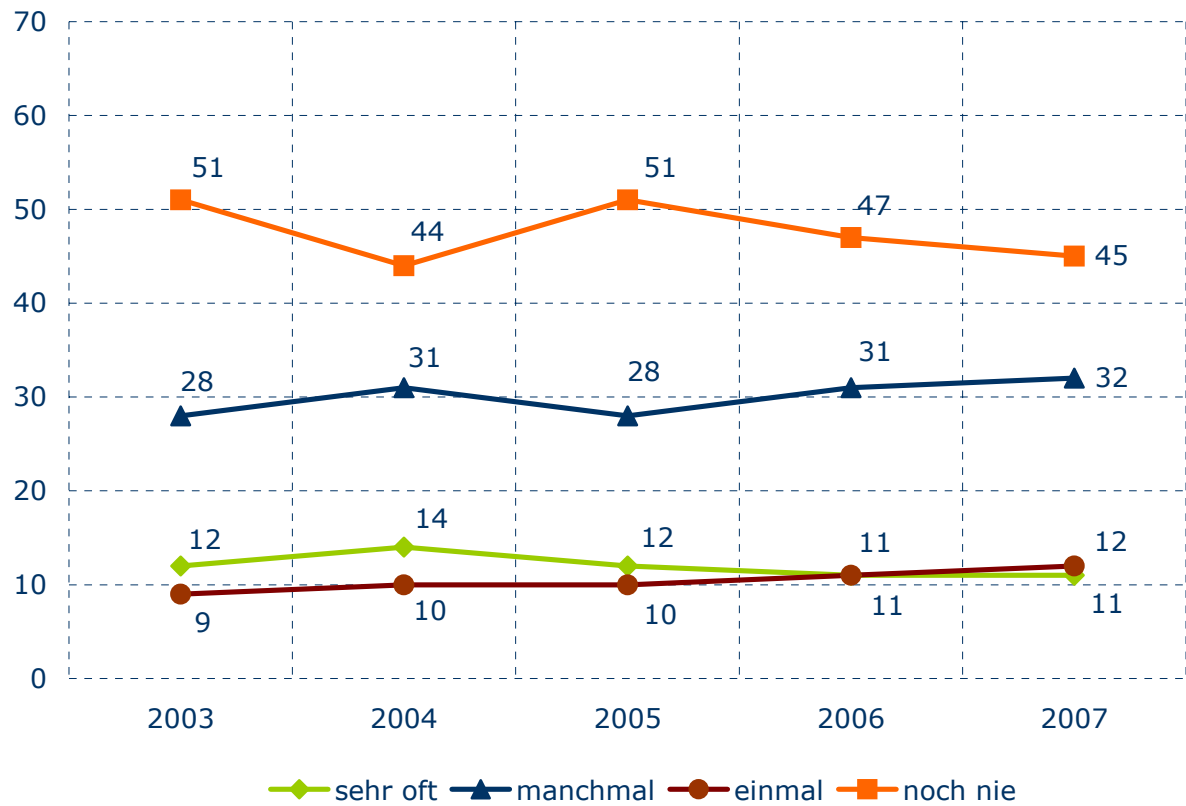
4.3.3 Leistung lohnt sich nur bedingt

Wie auch im letzten Jahr ist nur eine knappe Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass Leistung in Deutschland angemessen belohnt wird (45 Prozent, vgl. Abb. 4.11). Auf diesem Niveau verharrt der Wert nun schon seit 2005. 38 Prozent der Deutschen sind der gegenteiligen Meinung, 15 Prozent können dies nicht einschätzen.

Männer sind weiterhin häufiger der Ansicht, dass sich Leistung lohnen würde als Frauen (vgl. Tab. 4.38). Dies könnte zum Teil daran liegen, dass Männer diese Belohnung für ihre Leistungen immer noch stärker erhalten als das weibliche Geschlecht. Je älter die Befragten sind, desto stärker bejahen sie dieses Leistungsprinzip, was allerdings vor allem damit zusammen hängt, dass jüngere Befragte häufiger keine Einschätzung dazu abgeben konnten – also noch weniger Erfahrungen damit besitzen (weiß nicht bei den 18- bis 29-Jährigen 24 Prozent, bei den über 64-Jährigen 10 Prozent). Interessant ist, dass der Trend der Bejahung des Leistungsprinzips bei den 40- bis 49-Jährigen durchbrochen wird (ja: 41 Prozent zu nein: 44 Prozent).

Deutliche Unterschiede gibt es bei dieser Frage nach wie vor zwischen den Alten und den Neuen Bundesländern. Während in der „alten“ Bundesrepublik ein leicht bis deutlich überwiegender Teil der Befragten seine Leistung gerecht entlohnt sieht, ist in den Landesverbänden Berlin-Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen das genaue Gegenteil der Fall (vgl. Tab. 4.41).

Abb. 4.9: Überlegungen zur Selbständigkeit angestellt
(außer Selbständige, Rentner, N=7.058)



Tab. 4.30: Überlegungen zur Selbständigkeit angestellt nach Geschlecht
(N=7.058)

	Geschlecht		Gesamt
	männlich	weiblich	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%
schon sehr oft	13,1%	9,8%	11,3%
manchmal	38,4%	26,3%	31,6%
einmal	12,2%	11,6%	11,9%
noch nie	36,3%	52,3%	45,2%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.31: Überlegungen zur Selbständigkeit angestellt nach Alter
(N=7.058)

	Alter						Gesamt
	16 bis 18 Jahre	18 bis 29 Jahre	30 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 bis 64 Jahre	über 64 Jahre	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
schon sehr oft	9,2%	12,9%	13,8%	11,2%	7,3%	11,7%	11,3%
manchmal	28,0%	30,9%	36,5%	33,8%	27,0%	28,1%	31,6%
einmal	10,1%	10,5%	11,9%	13,0%	13,2%	5,3%	11,9%
noch nie	52,7%	45,7%	37,7%	42,0%	52,5%	54,9%	45,2%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.32: Überlegungen zur Selbständigkeit angestellt nach Schulabschluss

(N=7.058)

	höchster allgemeinbildender Schulabschluss						Gesamt
	noch Schüler/in	Hauptschul- abschluss/ POS 8./9. Klasse	Mittlere Reife/POS 10.Klasse	Fachhoch- schulreife	Abitur/EOS 12. Klasse	anderer/kein Schul- abschluss	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
schon sehr oft	9,3%	9,3%	9,5%	13,4%	12,8%	9,7%	11,3%
manchmal	29,0%	25,4%	28,0%	37,3%	34,7%	22,2%	31,6%
einmal	11,5%	10,6%	12,1%	12,1%	12,1%	8,6%	11,9%
noch nie	50,2%	54,7%	50,4%	37,2%	40,4%	59,6%	45,2%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

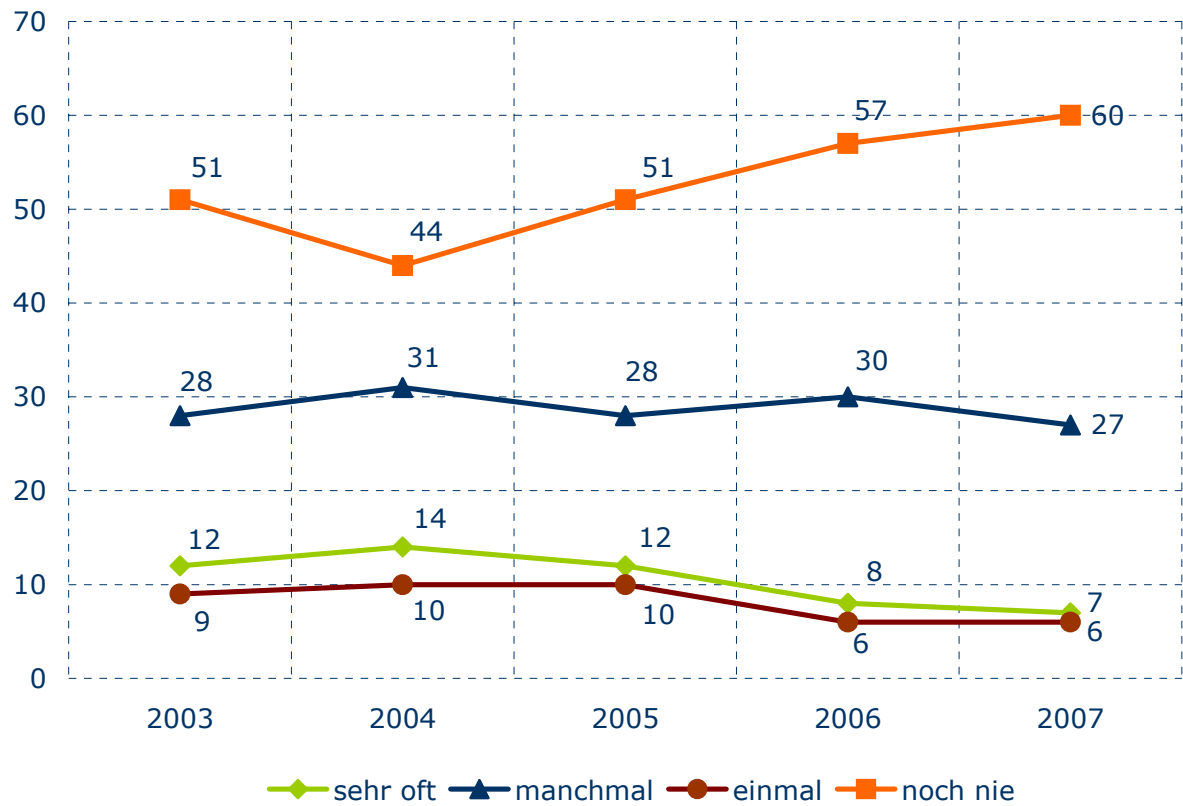
Tab. 4.33: Überlegungen zur Selbständigkeit angestellt nach Landesverband

(N=7.058)

	Landesverband						Gesamt
	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin- Brandenburg	Hanseraum	Hessen	Nordrhein- Westfalen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
schon sehr oft	10,1%	13,0%	12,3%	11,0%	11,0%	11,2%	11,3%
manchmal	33,0%	29,8%	29,0%	33,1%	32,9%	33,5%	31,6%
einmal	11,2%	11,5%	13,1%	12,8%	12,4%	11,7%	11,9%
noch nie	45,7%	45,6%	45,6%	43,1%	43,8%	43,6%	45,2%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

	Landesverband					Gesamt
	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
schon sehr oft	13,0%	14,5%	17,6%	9,7%	9,3%	11,3%
manchmal	32,0%	23,4%	28,9%	27,9%	31,7%	31,6%
einmal	11,0%	12,2%	13,5%	15,0%	12,0%	11,9%
noch nie	43,9%	50,0%	40,0%	47,4%	47,1%	45,2%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Abb. 4.10: Überlegung zur Aufgabe der Selbständigkeit angestellt
(nur Selbständige, N=1.291)



Tab. 4.34: Überlegung zur Aufgabe der Selbständigkeit nach Geschlecht
(nur Selbständige, N=1.291)

	Geschlecht		Gesamt
	männlich	weiblich	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%
schon sehr oft	6,8%	6,6%	6,9%
manchmal	25,1%	30,6%	26,8%
einmal	6,3%	7,0%	6,4%
noch nie	61,8%	55,8%	59,9%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.35: Überlegung zur Aufgabe der Selbständigkeit nach Alter
(nur Selbständige, N=1.291)

	Alter						Gesamt
	16 bis 18 Jahre	18 bis 29 Jahre	30 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 bis 64 Jahre	über 64 Jahre	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
schon sehr oft		8,6%	4,9%	6,3%	7,7%	9,1%	6,9%
manchmal		22,0%	27,4%	29,9%	29,8%	12,2%	26,8%
einmal	100,0%	7,6%	7,7%	7,5%	4,5%	4,6%	6,4%
noch nie		61,7%	60,0%	56,3%	58,0%	74,1%	59,9%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.36: Überlegung zur Aufgabe der Selbständigkeit nach Schulabschluss

(nur Selbständige, N=1.291)

	höchster allgemeinbildender Schulabschluss						Gesamt
	noch Schüler/in	Hauptschul- abschluss/ POS 8./9. Klasse	Mittlere Reife/POS 10.Klasse	Fachhoch- schulreife	Abitur/EOS 12. Klasse	anderer/kein Schul- abschluss	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
schon sehr oft		17,0%	8,6%	6,2%	4,0%	14,4%	6,9%
manchmal	100,0%	36,9%	24,8%	26,2%	26,8%	29,7%	26,8%
einmal		2,2%	8,0%	6,3%	6,3%	17,7%	6,4%
noch nie		43,9%	58,7%	61,2%	62,9%	38,1%	59,9%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

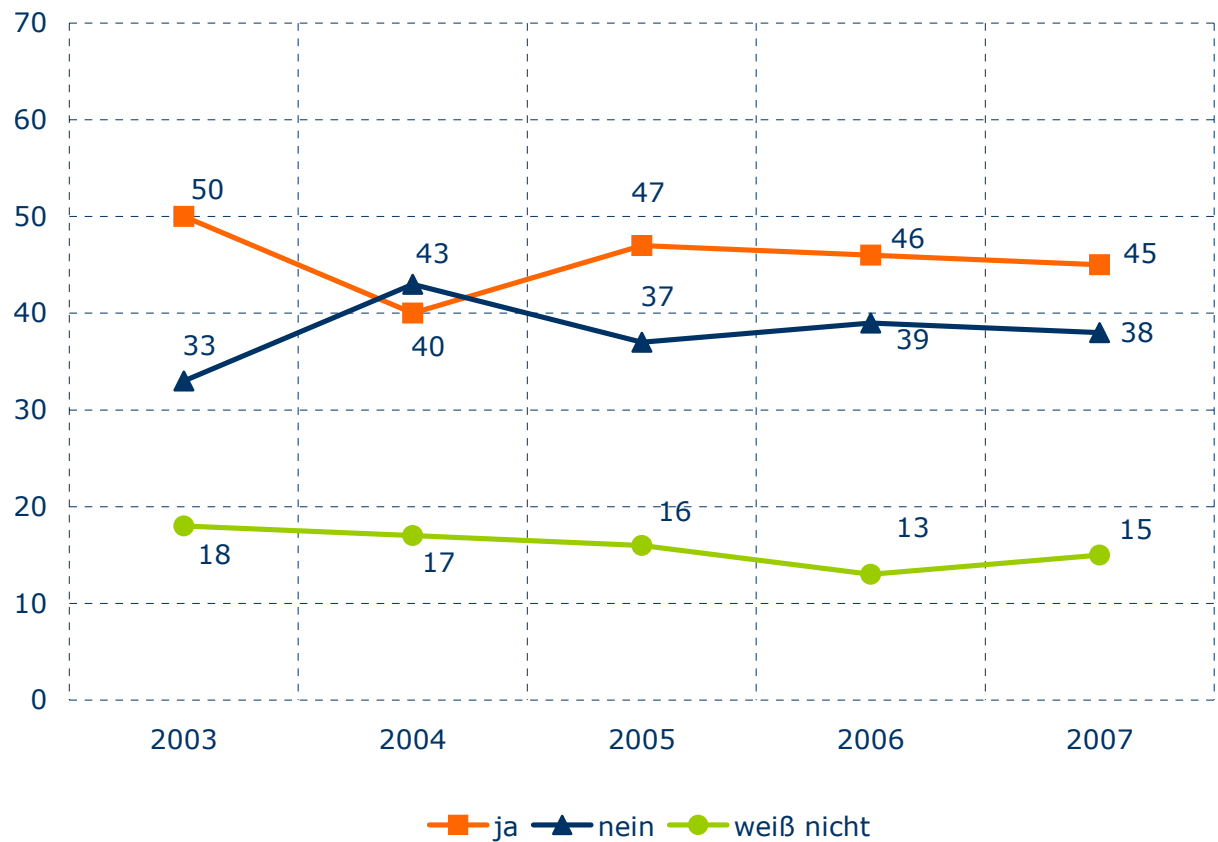
Tab. 4.37: Überlegung zur Aufgabe der Selbständigkeit nach Landesverband

(nur Selbständige, N=1.291)

	Landesverband						Gesamt
	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin- Brandenburg	Hanseraum	Hessen	Nordrhein- Westfalen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
schon sehr oft	4,5%	8,9%	5,7%	7,0%	11,4%	8,2%	6,9%
manchmal	24,9%	26,5%	21,6%	25,1%	29,8%	28,5%	26,8%
einmal	8,0%	4,6%	7,2%	7,3%	5,0%	7,4%	6,4%
noch nie	62,7%	60,0%	65,5%	60,6%	53,8%	55,9%	59,9%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

	Landesverband					Gesamt
	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
schon sehr oft	5,2%	10,2%	6,6%	8,2%		6,9%
manchmal	31,6%	11,2%	18,0%	36,2%	32,7%	26,8%
einmal	3,8%		7,7%	5,3%	12,3%	6,4%
noch nie	59,4%	78,6%	67,8%	50,3%	54,9%	59,9%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Abb. 4.11: Leistung lohnt sich in Deutschland
(N=10.621)



Tab. 4.38: Leistungsgerechtigkeit nach Geschlecht

(N=10.621)

	Geschlecht		Gesamt
	männlich	weiblich	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%
ja	49,3%	42,5%	45,9%
nein	38,8%	38,4%	38,6%
weiß nicht	11,9%	19,1%	15,5%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.39: Leistungsgerechtigkeit nach Alter

(N=10.621)

	Alter						Gesamt
	16 bis 18 Jahre	18 bis 29 Jahre	30 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 bis 64 Jahre	über 64 Jahre	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
ja	39,9%	39,8%	43,0%	40,9%	45,0%	59,6%	45,9%
nein	32,1%	36,4%	39,9%	44,0%	43,8%	30,5%	38,6%
weiß nicht	28,0%	23,8%	17,0%	15,1%	11,2%	9,9%	15,5%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.40: Leistungsgerechtigkeit nach Schulabschluss

(N=10.621)

	höchster allgemeinbildender Schulabschluss						Gesamt
	noch Schüler/in	Hauptschul- abschluss/ POS 8./9. Klasse	Mittlere Reife/POS 10.Klasse	Fachhoch- schulreife	Abitur/EOS 12. Klasse	anderer/kein Schul- abschluss	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
ja	36,2%	48,2%	44,7%	47,8%	45,7%	43,5%	45,9%
nein	29,7%	37,1%	39,7%	39,9%	37,5%	39,6%	38,6%
weiß nicht	34,1%	14,7%	15,6%	12,4%	16,8%	16,9%	15,5%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.41: Leistungsgerechtigkeit nach Landesverband

(N=10.621)

	Landesverband						Gesamt
	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin- Brandenburg	Hanseraum	Hessen	Nordrhein- Westfalen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	
ja	47,5%	48,7%	36,9%	48,9%	43,9%	44,7%	45,9%
nein	37,9%	36,4%	45,0%	37,0%	38,4%	39,1%	38,6%
weiß nicht	14,6%	14,8%	18,0%	14,1%	17,7%	16,2%	15,5%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

	Landesverband					Gesamt
	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	
ja	53,2%	46,6%	42,7%	31,2%	40,8%	45,9%
nein	31,7%	35,5%	47,8%	50,0%	46,0%	38,6%
weiß nicht	15,1%	17,8%	9,5%	18,8%	13,1%	15,5%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

4.4 Internationale Wettbewerbsfähigkeit

4.4.1 Position Deutschlands im Rahmen der Globalisierung

Erstaunliches zeigt sich in diesem Jahr, wenn man die Deutschen nach der Rolle ihres Landes im Rahmen der Globalisierung fragt. Die Globalisierung wird aus Sicht der Deutschen von der Bedrohung zur Chance. Waren 2006 noch 57 Prozent der Befragten der Meinung, Deutschland sei ein Verlierer bei der Globalisierung, so schrumpft diese Bevölkerungsgruppe im Jahr 2007 auf 38 Prozent – und liegt damit gleich auf mit denjenigen, die in Deutschland einen Gewinner der Globalisierung sehen (vgl. Abb. 4.12). Dieser Trend hatte sich in den letzten beiden Jahren schon etwas angedeutet. Dennoch ist der Meinungsumschwung in diesem Jahr recht eindrucksvoll. Setzt sich diese Entwicklung im nächsten Jahr fort, so würden erstmals seit Messung dieser Frage die Optimisten die Pessimisten überwiegen.

Männer sehen Deutschland deutlich häufiger als Sieger der Globalisierung als Frauen (47 zu 32 Prozent). Während bei ersteren die Optimisten bereits in der Mehrheit sind, sind die weiblichen Befragten noch überwiegend vorsichtig.

Differenziert nach dem Alter überwiegen die Optimisten in den jungen Gruppen bis 39 Jahre. Ab diesem Alter sind noch die Pessimisten in der Mehrheit. Interessant ist auch in diesem Jahr wieder die Umkehr dieses Verhältnisses bei den über 64-Jährigen (vgl. Abb. 4.43). Mit steigendem Schulabschluss der Befragten wird die Rolle Deutschlands zunehmend positiver bewertet.

4.4.2 China als wichtigster Wettbewerber Deutschlands

Unter den mutmaßlich härtesten Wettbewerbern Deutschlands nimmt China nach Ansicht der Befragten weiterhin den Spitzenplatz ein. 77 Prozent aller Befragten sehen die deutsche Wirtschaft in deutlicher Konkurrenz zu Waren aus dem Land der Mitte. Damit stagniert dessen rasanter Aufstieg auf hohem Niveau (2006: 76 Prozent, vgl. Abb. 4.13).

Die neuen EU-Länder konnten den Abwärtstrend der letzten zwei Jahre nicht brechen und sinken in 2007 auf den stagnierenden Wert der sonstigen asiatischen Staaten (beide 30 Prozent). Auf den „hinteren Plätzen“ sind so gut wie keine Veränderungen wahrzunehmen. Japan, die USA, Russland und erst recht die alten EU-Länder scheinen aus Sicht der Befragten keine große Gefahr für die deutsche Wirtschaft darzustellen.

Die gesamte Konzentration im Hinblick auf den Wettbewerb der Globalisierung scheint sich also zunehmend auf China zu konzentrieren. Alle anderen potenziellen Mitbewerber sind für den Großteil der Befragten wenig interessant.

Was die Rangfolge der härtesten drei Wettbewerber Deutschlands betrifft, gibt es keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen, wenngleich die Frauen – wie auch im letzten

Jahr – Japan deutlich stärker, China und die neuen EU-Länder hingegen deutlich schwächer einschätzen als die Männer.

Ebenfalls ein leicht divergierendes Antwortverhalten findet sich bei den unter 18-Jährigen. Hier werden Japan und die USA deutlich stärker gewichtet als bei älteren Jahrgängen, das sonstige Asien sowie die neuen EU-Länder dagegen deutlich geringer (vgl. Tab. 4.47). Die Konkurrenz aus China und den EU-Beitrittskandidaten befürchten am stärksten Personen mit höheren Schulabschlüssen.

4.4.3 Kein Vertrauen in Ausbildungsreife

Keine Veränderungen zeigen sich bei der Beurteilung der Schulqualität in Deutschland. Deutsche Schüler sind nach Ansicht der Befragten gerade einmal befriedigend bis ausreichend für die Ausbildung bzw. Hochschule gerüstet. Gerade einmal ein Prozent aller Befragten urteilt hier mit „sehr gut“. Weitere 13 Prozent geben den Schulabgängern gute, 43 Prozent nur noch befriedigende Noten. Fast die Hälfte der Deutschen (44 Prozent) bewertet die Ausbildungsreife hingegen nur noch mit „ausreichend“ bzw. „mangelhaft“ (vgl. Abb. 4.15).

Die Altersgruppe der 16-18-Jährigen, die sich selbst noch mehrheitlich in der schulischen oder beruflichen Ausbildung befindet, urteilt über sich weiterhin etwas positiver als ihre älteren Mitbürger (vgl. Tab. 4.51). Hinsichtlich des Bildungsgrades besteht der Trend, dass Personen mit höheren Schulabschlüssen die Ausbildungsreife deutscher Schüler am kritischsten bewerten. Zwischen den Geschlechtern treten keine signifikanten Unterschiede auf.

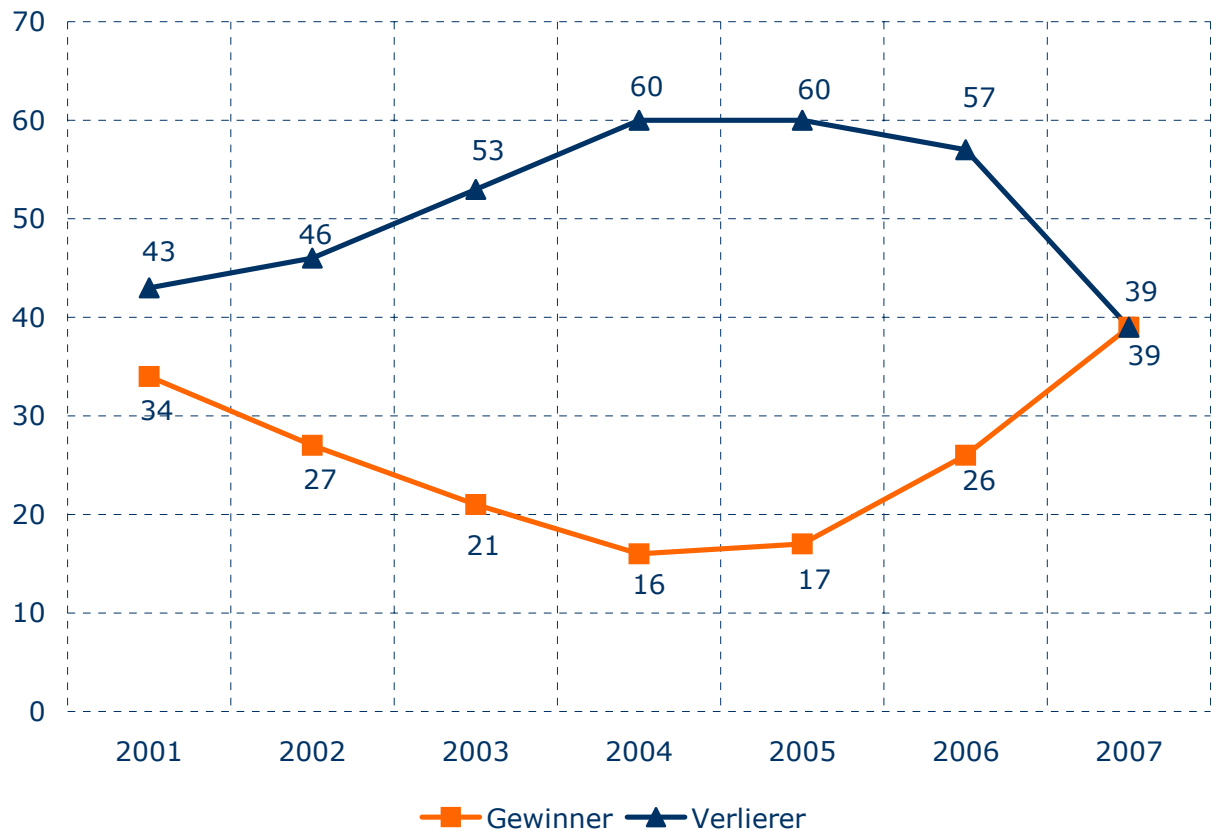
Insgesamt erhalten die deutschen Schulabgänger auf einer Skala von 1 = sehr gut bis 5 = mangelhaft wieder nur eine 3,5. Die Zeitreihe in Abb. 4.15 zeigt, dass die Politik nach Ansicht der Deutschen der Bildungsmisere auch im Jahre 2007 nicht Herr geworden ist.

4.4.4 Arbeitnehmerqualifikation weiter zufrieden stellend

Deutlich positiver als die Beurteilung der Ausbildungsreife deutscher Schulabgänger fällt auch in diesem Jahr die Bewertung der deutschen Arbeitnehmer aus. Stabile 60 Prozent der Befragten urteilen hier mit „sehr gut“ oder „gut“. Ein knappes Drittel befindet die Qualifikation der Arbeitnehmer im Land für „befriedigend“. Schlechter werten noch 10 Prozent der Befragten (siehe Abb. 4.16). Auf einer Skala von 1 = sehr gut bis 5 = mangelhaft erhalten die deutschen Arbeitnehmer damit im Schnitt eine zufrieden stellende 2,4.

Frauen geben – wie auch im letzten Jahr – deutlich schlechtere Wertungen ab als die Männer (vgl. Tab. 4.54). Im Vergleich der Altersgruppen erweisen sich vor allem die unter 18-Jährigen als besonders kritisch in ihrem Urteil über die deutschen Arbeitnehmer (vgl. Tab. 4.55).

Abb. 4.12: Deutschlands Rolle im Rahmen der Globalisierung
(N=10.644)



Tab. 4.42: Deutschlands Rolle im Rahmen der Globalisierung nach Geschlecht
(N=10.644)

	Geschlecht		Gesamt
	männlich	weiblich	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%
eher zu den Gewinnern	46,5%	31,5%	39,0%
eher zu den Verlierern	38,0%	39,6%	38,8%
weiß nicht	15,5%	28,9%	22,2%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.43: Deutschlands Rolle im Rahmen der Globalisierung nach Alter
(N=10.644)

	Alter						Gesamt
	16 bis 18 Jahre	18 bis 29 Jahre	30 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 bis 64 Jahre	über 64 Jahre	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
eher zu den Gewinnern	36,5%	40,2%	40,1%	36,1%	38,1%	41,0%	39,0%
eher zu den Verlierern	32,2%	32,8%	36,3%	43,2%	42,1%	39,9%	38,8%
weiß nicht	31,3%	27,0%	23,6%	20,6%	19,8%	19,1%	22,2%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.44: Deutschlands Rolle im Rahmen der Globalisierung nach Schulabschluss (N=10.644)

	höchster allgemeinbildender Schulabschluss						Gesamt
	noch Schüler/in	Hauptschulabschluss/ POS 8./9. Klasse	Mittlere Reife/POS 10.Klasse	Fachhochschulreife	Abitur/EOS 12. Klasse	anderer/kein Schulabschluss	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
eher zu den Gewinnern	36,0%	33,4%	31,5%	44,4%	48,8%	18,4%	39,0%
eher zu den Verlierern	30,7%	44,3%	43,5%	37,0%	31,7%	44,7%	38,8%
weiß nicht	33,3%	22,3%	25,0%	18,6%	19,5%	36,9%	22,2%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.45: Deutschlands Rolle im Rahmen der Globalisierung nach Landesverband (N=10.644)

	Landesverband						Gesamt
	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin-Brandenburg	Hanseraum	Hessen	Nordrhein-Westfalen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
eher zu den Gewinnern	39,0%	36,3%	36,5%	42,1%	42,0%	42,3%	39,0%
eher zu den Verlierern	40,0%	40,6%	39,3%	37,8%	37,6%	36,6%	38,8%
weiß nicht	21,1%	23,2%	24,2%	20,1%	20,4%	21,1%	22,2%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

	Landesverband					Gesamt
	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
eher zu den Gewinnern	40,2%	50,5%	50,4%	30,2%	37,5%	39,0%
eher zu den Verlierern	36,6%	26,1%	19,3%	44,1%	33,7%	38,8%
weiß nicht	23,1%	23,5%	30,4%	25,7%	28,9%	22,2%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Abb. 4.13: Herkunft der in Zukunft härtesten drei Wettbewerber – Teil I
(Mehrfachnennungen möglich, N=10.894)

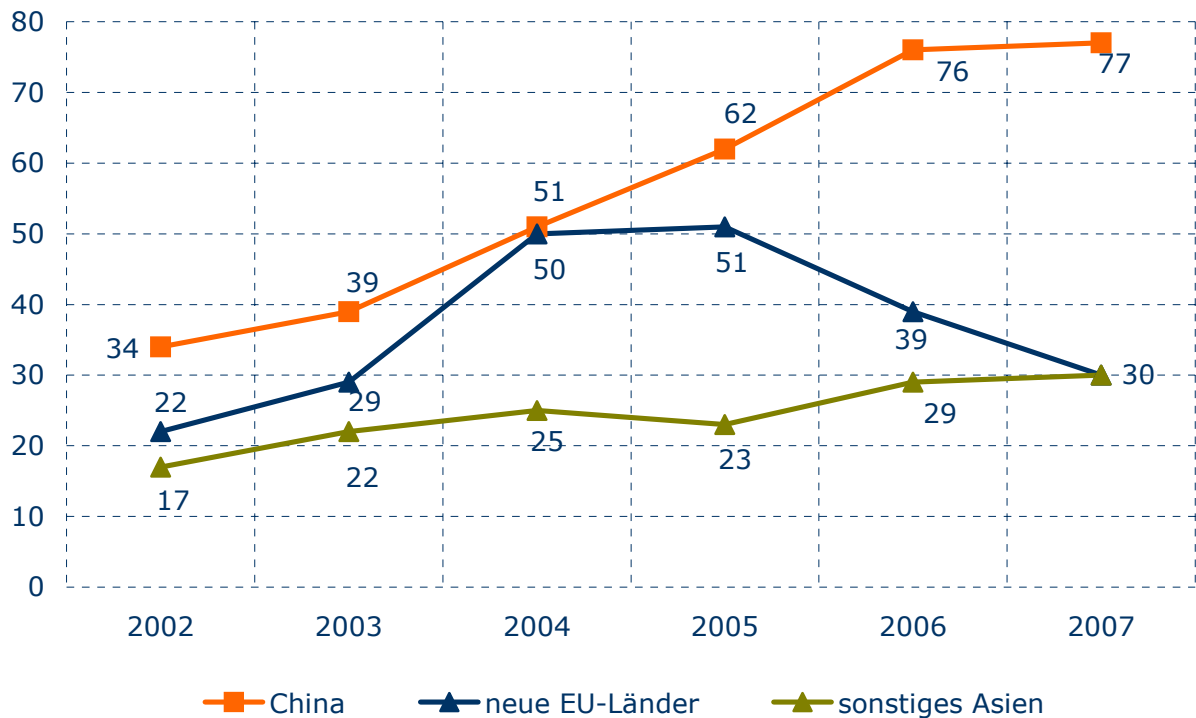
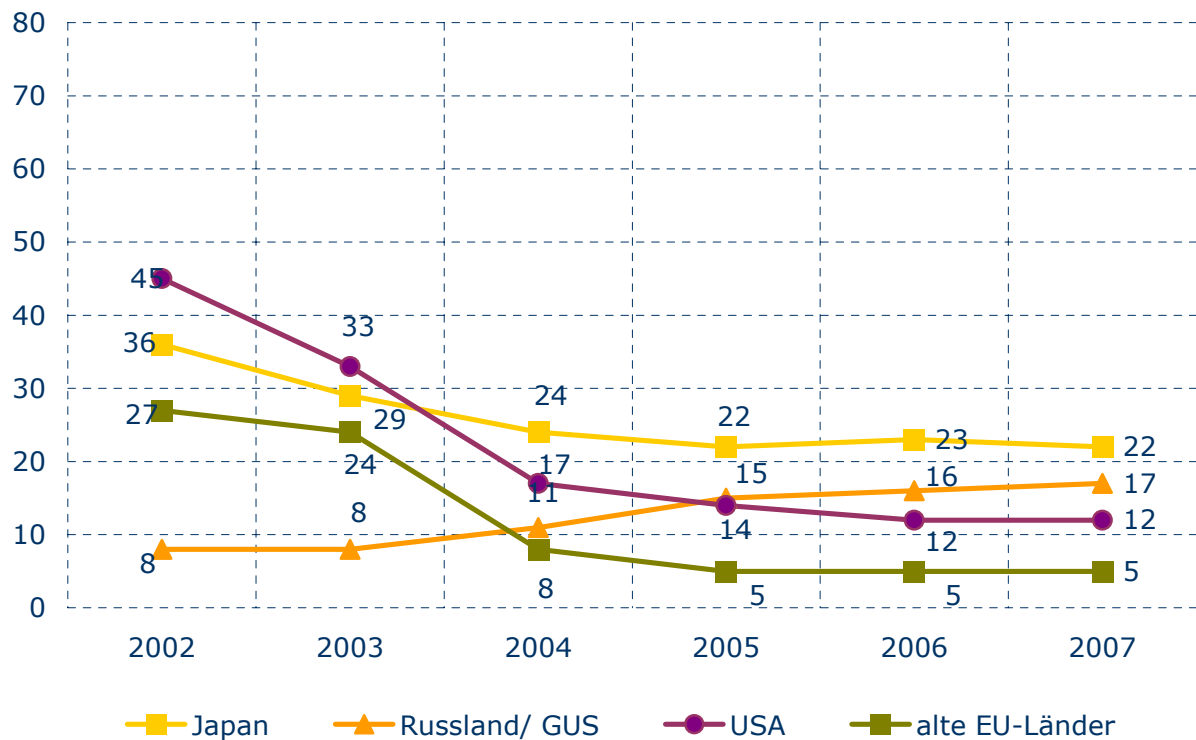


Abb. 4.14: Herkunft der in Zukunft härtesten Wettbewerber – Teil 2
(Mehrfachnennungen möglich, N=10.894)



Tab. 4.46: Herkunft der in Zukunft härtesten Wettbewerber nach Geschlecht
 (N=10.894)

	Geschlecht		Gesamt
	männlich	weiblich	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%
USA	11,2%	12,4%	11,7%
Japan	17,1%	27,4%	22,3%
China	82,7%	72,4%	77,3%
sonstiges Asien	35,9%	24,4%	30,0%
Russland/GUS	17,7%	16,5%	17,0%
alte EU-Länder	5,3%	4,4%	4,8%
neue EU-Länder	32,5%	28,6%	30,4%
weiß nicht	2,5%	6,2%	4,4%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.47: Herkunft der in Zukunft härtesten Wettbewerber nach Alter
 (N=10.894)

	Alter						Gesamt
	16 bis 18 Jahre	18 bis 29 Jahre	30 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 bis 64 Jahre	über 64 Jahre	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
USA	33,2%	21,7%	12,1%	9,9%	7,4%	5,9%	11,7%
Japan	40,0%	33,8%	19,2%	21,6%	16,4%	19,4%	22,3%
China	58,0%	72,6%	79,2%	79,6%	81,2%	77,7%	77,3%
sonstiges Asien	17,1%	25,5%	33,3%	33,2%	33,1%	27,5%	30,0%
Russland/GUS	12,0%	17,1%	19,3%	18,8%	17,3%	14,2%	17,0%
alte EU-Länder	4,6%	5,4%	5,9%	4,3%	4,0%	4,8%	4,8%
neue EU-Länder	16,6%	29,0%	35,6%	33,9%	32,0%	25,0%	30,4%
weiß nicht	11,4%	6,1%	3,9%	4,2%	3,3%	3,5%	4,4%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.48: Herkunft der in Zukunft härtesten Wettbewerber nach Schulabschluss

(N=10.894)

	höchster allgemeinbildender Schulabschluss						Gesamt
	noch Schüler/in	Hauptschul- abschluss/ POS 8./9. Klasse	Mittlere Reife/POS 10.Klasse	Fachhoch- schulreife	Abitur/EOS 12. Klasse	anderer/kein Schul- abschluss	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
USA	33,7%	9,0%	11,6%	11,8%	12,3%	10,9%	11,7%
Japan	41,8%	25,2%	25,0%	19,5%	18,6%	16,5%	22,3%
China	58,6%	70,6%	74,9%	82,0%	83,1%	75,3%	77,3%
sonstiges Asien	19,0%	24,6%	26,0%	34,0%	37,6%	18,5%	30,0%
Russland/GUS	12,2%	15,2%	17,1%	18,4%	18,0%	12,8%	17,0%
alte EU-Länder	6,4%	4,6%	4,8%	4,7%	4,9%	3,2%	4,8%
neue EU-Länder	13,7%	28,1%	29,3%	32,5%	33,9%	20,8%	30,4%
weiß nicht	9,9%	5,1%	5,2%	2,7%	3,1%	11,3%	4,4%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

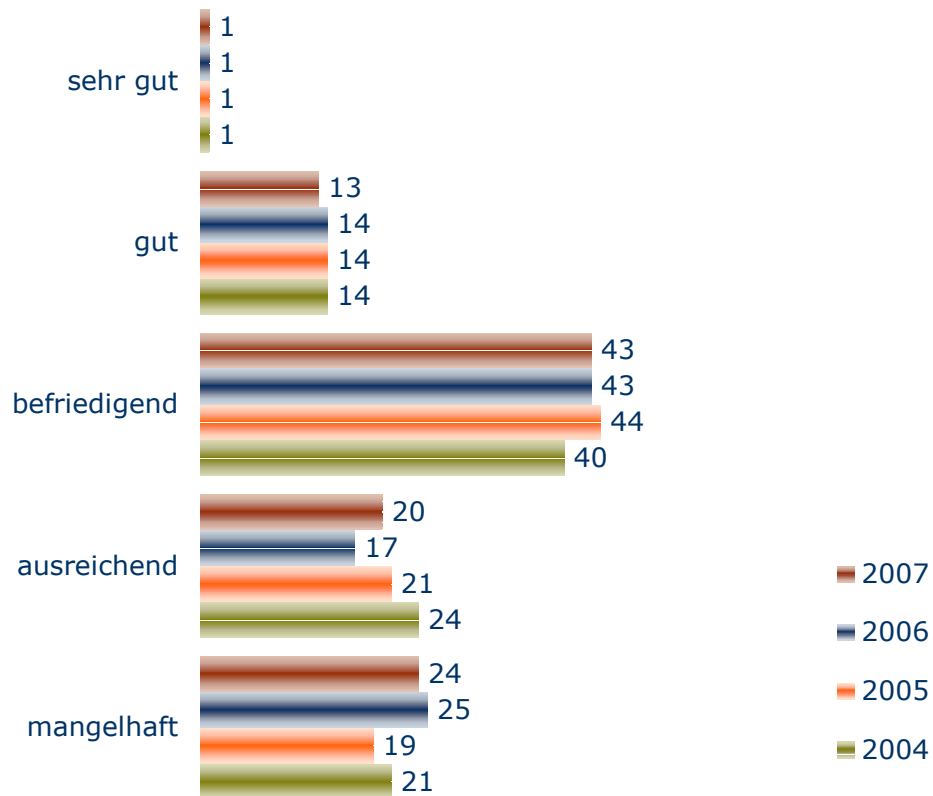
Tab. 4.49: Herkunft der in Zukunft härtesten Wettbewerber nach Landesverband

(N=10.894)

	Landesverband						Gesamt
	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin- Brandenburg	Hanseraum	Hessen	Nordrhein- Westfalen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
USA	12,0%	10,4%	15,9%	13,6%	9,8%	10,4%	11,7%
Japan	24,7%	20,4%	23,8%	21,9%	21,3%	19,8%	22,3%
China	78,3%	79,8%	71,7%	77,5%	78,3%	75,8%	77,3%
sonstiges Asien	31,7%	28,6%	27,5%	30,4%	28,0%	32,6%	30,0%
Russland/GUS	16,5%	16,7%	18,6%	19,5%	13,7%	17,5%	17,0%
alte EU-Länder	4,6%	3,6%	7,5%	3,9%	5,4%	4,4%	4,8%
neue EU-Länder	31,1%	27,4%	32,0%	35,7%	32,0%	30,2%	30,4%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

	Landesverband					Gesamt
	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
USA	10,1%	11,9%	2,4%	16,5%	7,4%	11,7%
Japan	18,9%	24,6%	15,0%	23,2%	29,7%	22,3%
China	78,3%	83,0%	93,5%	72,3%	66,5%	77,3%
sonstiges Asien	28,8%	36,6%	25,6%	24,7%	20,5%	30,0%
Russland/GUS	19,2%	15,7%	14,2%	17,4%	12,4%	17,0%
alte EU-Länder	5,3%	7,0%	1,8%	7,0%	4,6%	4,8%
neue EU-Länder	27,7%	28,7%	25,6%	34,6%	26,1%	30,4%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Abb. 4.15: Beurteilung der Ausbildungsreife deutscher Schulabgänger
(N=10.102)



Tab. 4.50: Beurteilung der Ausbildungsreife deutscher Schulabgänger nach Geschlecht
(N=10.102)

	Geschlecht		Gesamt
	männlich	weiblich	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%
sehr gut	1,3%	,7%	1,0%
gut	13,2%	12,3%	12,8%
befriedigend	41,4%	43,9%	42,6%
ausreichend	20,5%	19,0%	19,7%
mangelhaft	23,6%	24,1%	23,9%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.51: Beurteilung der Ausbildungsreife deutscher Schulabgänger nach Alter
(N=10.102)

	Alter						Gesamt
	16 bis 18 Jahre	18 bis 29 Jahre	30 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 bis 64 Jahre	über 64 Jahre	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
sehr gut	5,2%	1,2%	,6%	,7%	,5%	1,3%	1,0%
gut	22,6%	12,9%	11,4%	12,2%	11,6%	14,1%	12,8%
befriedigend	42,3%	44,4%	44,2%	44,3%	41,2%	39,5%	42,6%
ausreichend	14,0%	22,5%	21,2%	20,8%	19,5%	16,1%	19,7%
mangelhaft	15,8%	18,9%	22,6%	22,0%	27,1%	29,0%	23,9%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.52: Beurteilung der Ausbildungsreife deutscher Schulabgänger nach Schulabschluss

(N=10.102)

	höchster allgemeinbildender Schulabschluss						Gesamt
	noch Schüler/in	Hauptschul- abschluss/ POS 8./9. Klasse	Mittlere Reife/POS 10.Klasse	Fachhoch- schulreife	Abitur/EOS 12. Klasse	anderer/kein Schul- abschluss	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
sehr gut	5,0%	1,3%	,6%	,9%	,8%	6,2%	1,0%
gut	22,7%	18,3%	11,8%	11,4%	11,4%	12,8%	12,8%
befriedigend	39,3%	42,0%	45,4%	43,4%	40,5%	32,9%	42,6%
ausreichend	18,9%	15,8%	19,0%	20,7%	22,1%	20,0%	19,7%
mangelhaft	14,1%	22,5%	23,2%	23,6%	25,2%	28,0%	23,9%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

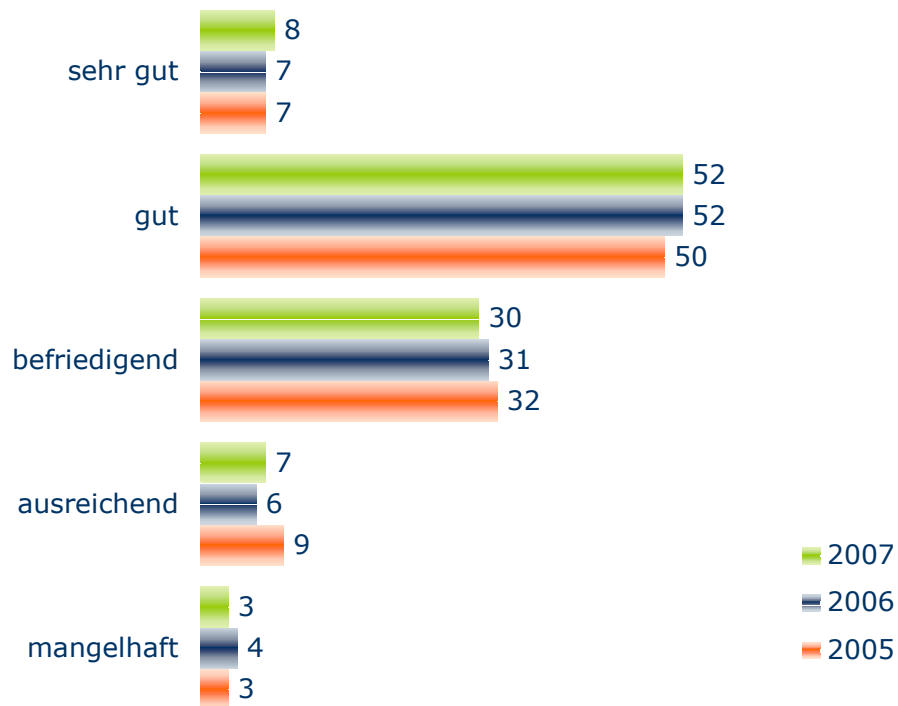
Tab. 4.53: Beurteilung der Ausbildungsreife deutscher Schulabgänger nach Landesverband

(N=10.102)

	Landesverband						Gesamt
	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin- Brandenburg	Hanseraum	Hessen	Nordrhein- Westfalen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	
sehr gut	1,5%	1,4%	,8%	,1%	,5%	,1%	1,0%
gut	14,1%	17,2%	12,3%	7,1%	10,6%	7,4%	12,8%
befriedigend	48,1%	41,0%	37,8%	43,6%	38,1%	42,0%	42,6%
ausreichend	16,7%	17,6%	18,4%	23,3%	25,6%	26,2%	19,7%
mangelhaft	19,6%	22,8%	30,7%	25,8%	25,1%	24,2%	23,9%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

	Landesverband					Gesamt
	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	
sehr gut	,8%	3,9%		,3%	2,3%	1,0%
gut	14,5%	8,9%	9,3%	9,4%	20,6%	12,8%
befriedigend	35,2%	32,0%	34,1%	44,0%	33,2%	42,6%
ausreichend	21,2%	32,2%	17,7%	13,1%	18,6%	19,7%
mangelhaft	28,3%	23,0%	38,9%	33,1%	25,4%	23,9%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Abb. 4.16: Beurteilung der Qualifikation von deutschen Arbeitnehmern
(N=10.147)



Tab. 4.54: Beurteilung der Qualifikation von deutschen Arbeitnehmern nach Geschlecht
(N=10.147)

	Geschlecht		Gesamt
	männlich	weiblich	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%
sehr gut	10,7%	5,8%	8,3%
gut	56,4%	48,2%	52,4%
befriedigend	25,2%	34,9%	29,9%
ausreichend	5,8%	7,9%	6,8%
mangelhaft	1,9%	3,3%	2,6%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.55: Beurteilung der Qualifikation von deutschen Arbeitnehmern nach Alter
(N=10.147)

	Alter						Gesamt
	16 bis 18 Jahre	18 bis 29 Jahre	30 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 bis 64 Jahre	über 64 Jahre	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
sehr gut	8,7%	7,5%	7,1%	7,5%	7,5%	11,5%	8,3%
gut	40,5%	51,0%	52,3%	52,3%	54,4%	53,5%	52,4%
befriedigend	38,2%	31,4%	32,2%	31,1%	27,9%	26,5%	29,9%
ausreichend	8,1%	7,9%	6,0%	6,6%	7,4%	6,0%	6,8%
mangelhaft	4,5%	2,1%	2,4%	2,5%	2,8%	2,7%	2,6%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.56: Beurteilung der Qualifikation von deutschen Arbeitnehmern nach Schulabschluss

(N=10.147)

	höchster allgemeinbildender Schulabschluss						Gesamt
	noch Schüler/in	Hauptschulabschluss/ POS 8./9. Klasse	Mittlere Reife/POS 10.Klasse	Fachhochschulreife	Abitur/EOS 12. Klasse	anderer/kein Schulabschluss	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
sehr gut	9,0%	9,7%	7,5%	8,6%	8,0%	8,2%	8,3%
gut	38,3%	53,0%	54,2%	52,3%	51,6%	39,6%	52,4%
befriedigend	36,2%	28,3%	30,8%	29,0%	30,3%	37,9%	29,9%
ausreichend	13,5%	6,7%	5,8%	7,5%	7,1%	8,6%	6,8%
mangelhaft	3,0%	2,3%	1,8%	2,7%	3,0%	5,8%	2,6%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.57: Beurteilung der Qualifikation von deutschen Arbeitnehmern nach Berufsstatus

(N=10.147)

	Welchen Beruf üben Sie aus?										Gesamt
	Arbeiter	Angestellte	Beamte	Selbständige	Rentner	in Ausbildung	Hausfrau/-mann	z. Zt. arbeitslos	Studenten	Sonstiges	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
sehr gut	10,2%	7,2%	8,7%	6,7%	10,9%	6,6%	4,5%	6,7%	7,7%	8,9%	8,3%
gut	52,4%	53,7%	54,2%	49,8%	54,2%	48,5%	57,7%	45,1%	53,0%	40,1%	52,4%
befriedigend	28,4%	30,7%	27,3%	31,3%	26,9%	35,5%	27,5%	30,1%	29,0%	38,0%	29,9%
ausreichend	5,4%	6,4%	6,5%	8,7%	5,6%	7,3%	8,2%	9,6%	8,6%	9,4%	6,8%
mangelhaft	3,6%	1,9%	3,4%	3,5%	2,5%	2,1%	2,0%	8,5%	1,7%	3,7%	2,6%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.58: Beurteilung der Qualifikation von deutschen Arbeitnehmern nach Landesverband

(N=10.147)

	Landesverband						Gesamt
	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin-Brandenburg	Hanseraum	Hessen	Nordrhein-Westfalen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
sehr gut	9,4%	10,0%	5,4%	5,8%	7,4%	5,7%	8,3%
gut	54,4%	52,8%	54,1%	46,5%	50,7%	47,8%	52,4%
befriedigend	29,4%	27,3%	30,3%	36,4%	31,4%	34,0%	29,9%
ausreichend	4,8%	7,4%	6,6%	8,0%	7,0%	10,2%	6,8%
mangelhaft	2,0%	2,5%	3,6%	3,3%	3,5%	2,3%	2,6%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

	Landesverband					Gesamt
	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
sehr gut	10,3%	9,2%	11,0%	7,0%	9,4%	8,3%
gut	54,4%	56,4%	54,4%	54,0%	51,9%	52,4%
befriedigend	26,1%	19,7%	27,7%	30,2%	30,0%	29,9%
ausreichend	6,1%	13,2%	3,7%	4,0%	7,2%	6,8%
mangelhaft	3,1%	1,5%	3,2%	4,8%	1,6%	2,6%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

4.5 Politik und Wirtschaft

4.5.1 Einfluss der Politik weiter nicht erwünscht

Der Anteil der Befragten, die sich einen stärkeren Einfluss der Politik auf die Wirtschaft wünschen, ist gegenüber dem letzten Jahr stabil geblieben und liegt somit weiterhin bei 26 Prozent (vgl. Abb. 4.17). Auch die Zahl der Befürworter eines geringeren Staatseinflusses verharrt knapp über der 50-Prozent-Marke (52 Prozent, minus 4 Prozentpunkte). Damit hat sich das Meinungsbild nach einem Ausschlag im Jahr 2004 wieder beruhigt und spiegelt die langjährigen Mittelwerte der beiden Gruppen wider.

Auch in den Subgruppen ist das Bild kein neues: Bei den Frauen wünscht sich ein leicht höherer Anteil einen stärkeren Einfluss der Politik als bei den Männern (30 zu 23 Prozent, vgl. Tab. 4.59). Demgegenüber wünschen sich mehr Männer geringere Eingriffe der Politik in die Wirtschaft (54 zu 50 Prozent). Nach Altersgruppen betrachtet, zeigt sich eine gemischte Tendenz: In der Gruppe der 18- bis 39-Jährigen wünschen sich weniger Befragte einen stärkeren Einfluss der Politik, danach kehrt sich dieser Trend wieder um.

Deutlicher ist die Tendenz beim Bildungsabschluss: Je höher dieser ist, desto weniger Befragte wünschen sich einen stärkeren Einfluss der Politik auf die Wirtschaft und desto mehr wünschen sich einen geringeren (vgl. Abb. 4.61). Wie auch bei allen anderen demographischen Variablen bleibt dabei die letztere Gruppe immer die größte.

Ein sehr deutlicher Unterschied ist mit Blick auf die Landesverbände zu erkennen. In den Neuen Bundesländern sprechen sich weitaus mehr Befragte für einen größeren Einfluss der Politik auf die Wirtschaft aus als in Westdeutschland. In Sachsen überwiegt die Gruppe der Befürworter staatlicher Eingriffe sogar deutlich diejenige der Gegner (59 zu 29 Prozent). Die bekannten Unterschiede in den wirtschaftspolitischen Einstellungen zwischen den Neuen und den Alten Bundesländern sind also auch im Jahr 2007 wieder zu erkennen.

4.5.2 Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung

Trotz der positiven Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung wird die Arbeit der Bundesregierung von den Befragten nicht besser bewertet als im letzten Jahr. Weiterhin erhält diese zum größten Teil die Note „befriedigend“ (46 Prozent, vgl. Abb. 4.18), von 21 Prozent die Note „ausreichend“ und von 14 Prozent die Note „mangelhaft“. Nur 18 Prozent vergeben ein „gut“ oder „sehr gut“. Insgesamt erreicht die Bundesregierung damit eine Durchschnittsnote von 3,3 (2006: 3,4). Zwar ist sie damit weiterhin nicht der Hoffnungsbringer, als der sie nach der letzten Wahl gehandelt wurde. Sie wird auch nicht für die positive Entwicklung der deutschen Wirtschaft „belohnt“. Sie muss aber auch keinen Einbruch ihrer Bewertung hinnehmen.

Sowohl hinsichtlich Geschlecht als auch hinsichtlich Alter sind die Bewertungen relativ homogen (vgl. Tab. 4.63 und 4.64). Im Hinblick auf den Bildungsabschluss ist der Trend eindeutiger: Je höher dieser ist, desto zufriedener sind die Befragten mit der Arbeit der Bundesregierung. Während diese von Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss (POS 8. Klasse) mit einer 3,4 bewertet wird, vergeben Abiturienten insgesamt eine 3,2. Die Bewertung der Großen Koalition nach Landesverbänden sieht in diesem Jahr etwas anders aus als in 2006 (vgl. Tab. 4.66). Überdurchschnittlich unzufrieden sind die Befragten aus Berlin-Brandenburg, dem Hanseraum, Hessen und Sachsen-Anhalt (alle 3,4). Etwas zufriedener als der Durchschnitt sind demgegenüber die Thüringer, Sachsen und Rheinland-Pfälzer (alle 3,2).

4.5.3 Zukunftsinvestitionen in Bildung und Umwelt erwünscht

Könnten die Befragten die Ausgabenpolitik der Bundesregierung bestimmen, so würde der Bereich Bildung und Forschung – wie auch im letzten Jahr – in den meisten Fällen ein erhöhtes Budget erhalten (87 Prozent, vgl. Abb. 4.19). Hier ist wiederum ein leichter Anstieg gegenüber dem Vorjahreswert zu verzeichnen (plus 3 Prozentpunkte). Damit stieg dieser Wert gegenüber dem Vorjahr um neun Prozentpunkte. An zweiter Stelle steht unverändert die Familienpolitik mit 69 Prozent, nachdem sie im letzten Jahr einen deutlichen Bedeutungszuwachs erleben konnte. Dieses Jahr jedoch hatte ein anderes Thema Karriere: die Umwelt. Beflügelt durch den Weltklimabericht und die sich darum entspinnde Debatte, möchte der dritthöchste Anteil der Befragten mehr Geld aus dem Bundeshaushalt auf Umweltfragen verwenden (56 Prozent). Der neu aufgenommene Bereich Gesundheit kam dahinter auf 52 Prozent. Gelder für die wirtschaftliche Entwicklung wollten nur noch 49 Prozent der Befragten erhöhen (minus 7 Prozentpunkte). Am Ende der Rangliste steht erneut das Thema Entwicklungshilfe. 15 Prozent der Befragten befürworten hier Mehrausgaben (plus drei Prozentpunkte), 43 Prozent möchten hier jedoch Finanzmittel streichen.

Frauen plädieren – wie auch im letzten Jahr – häufiger als Männer für Ausgabenerhöhungen in der Familienpolitik (72 zu 66 Prozent). Noch viel deutlicher ist jedoch der Unterschied zwischen den Geschlechtern beim Thema Gesundheit: Während 61 Prozent der Frauen hier mehr Finanzmittel fordern, tun dies nur 42 Prozent der Männer.

Während sich beim Thema Bildungspolitik zwischen den Altersgruppen wenig Unterschiede zeigen, erkennt man lebenslagenspezifische Differenzen bei der Familienpolitik (vgl. Tab. 4.68). Die 18- bis 39-Jährigen – Jahrgänge also, die mitten in der Familienplanung bzw. im Familienleben stehen – verlangen hier überdurchschnittlich oft Ausgabensteigerungen. Am niedrigsten ist dieses Interesse dagegen bei den über 64-Jährigen. Diese wiederum fordern – zusammen mit den 50- bis 64-Jährigen – deutlich häufiger steigende Ausgaben bei der Gesundheit (55 und 59 Prozent). Ein klarer Trend zeigt sich auch bei der Entwicklungshilfe. Jüngere Befragte plädieren hier deutlich häufiger für eine Aufsto-

ckung des Etats als ältere. So fordern in der Altersgruppe der 16- bis 17-Jährigen 42 Prozent eine Aufstockung der Entwicklungshilfe (über 64-Jährige: 12 Prozent).

Auch differenziert nach Bildungsabschlüssen gibt es wieder klare Meinungsunterschiede: Während mit steigender Bildung naturgemäß häufiger eine höhere Finanzausstattung in der Bildungspolitik (Volks-/ Hauptschüler: 84 Prozent, Abiturienten: 91 Prozent), aber auch in der Familienpolitik (66 zu 73 Prozent) gefordert wird, befürworten Personen mit niedrigerem Schulabschluss eher Mehrausgaben bei der Gesundheit (70 zu 35 Prozent) sowie Wirtschaft und Arbeit (60 zu 39 Prozent). Letzteres dürfte durch die stärkere Betroffenheit von Arbeitslosigkeit sowie von prekären Beschäftigungsverhältnissen bedingt sein.

Der Blick auf die Landesverbände zeigt ebenfalls ein differenziertes Bild (vgl. Tab. 4.70 und 4.71). So wird eine Erhöhung des Wirtschaftsetats in den Neuen Bundesländern erneut überdurchschnittlich häufig gefordert. In Thüringen plädieren dafür 64 Prozent der Befragten, in Sachsen-Anhalt 68 Prozent, in Sachsen 63 Prozent und in Berlin-Brandenburg 53 Prozent. Auch bei der Familienpolitik wird in diesen Ländern übrigens überdurchschnittlich häufig eine Budgeterhöhung gefordert.

4.5.4 Keine Bereitschaft zu Zugeständnissen

Eine Sanierung des Staatshaushaltes kann nur gelingen, wenn sich alle gesellschaftlichen Gruppen daran beteiligen. Deshalb wurden die Befragten auch in diesem Jahr gebeten, diejenigen Zugeständnisse zu benennen, zu denen sie zu diesem Zweck bereit wären. Die Maßnahmen wurden gegenüber dem letzten Jahr in Teilen verändert, so dass kein direkter Vergleich im Zeitverlauf möglich ist.

Eins jedoch zeigt sich ganz klar: Von den fünf möglichen Maßnahmen konnte auch in diesem Jahr keine einen überwiegenden Teil der Befragten überzeugen (vgl. Abb. 4.20). Vielmehr hat sich der Anteil derjenigen, die keines der angebotenen Zugeständnisse erbringen wollten, um 8 Prozentpunkte erhöht (2006: 33 Prozent). Hier wird erneut deutlich, wie schwierig es ist, trotz der weit verbreiteten Forderungen nach einer Haushaltskonsolidierung diese auch tatsächlich in die Wege zu leiten. Darüber hinaus dürfte die gute Konjunktur über die weiterhin bestehenden Problemlagen hinweg täuschen.

Die „populärste“ Maßnahme zur Sanierung des Staatshaushaltes ist in diesem Jahr der Verzicht auf Urlaubs- und Feiertage (27 Prozent). Danach folgt der Verzicht auf eine Lohnerhöhung (22 Prozent). Alle anderen Maßnahmen stoßen kaum noch auf Gegenliebe. Interessant ist dabei, dass der Verzicht auf Sozialleistungen, der im Vorjahr in etwas modifizierter Formulierung gestellt wurde, in diesem Jahr relativ schlecht wegkommt (13 Prozent). Nachvollziehbar ist jedoch, dass eine zusätzliche Abgabe sowie Steuererhöhungen wenig beeindrucken (8 bzw. 10 Prozent).

Insgesamt sind Männer wieder etwas häufiger zu Zugeständnissen bereit als Frauen (keine Zugeständnisse: Männer 39 Prozent, Frauen 43 Prozent). Am deutlichsten ist dieser

Unterschied beim Verzicht auf Sozialleistungen sowie dem Verzicht auf Urlaubs- oder Feiertagen zu erkennen (vgl. Tab. 4.72). Während dies 32 bzw. 18 Prozent der männlichen Befragten befürworten, tun dies nur 24 bzw. 9 Prozent der weiblichen.

Die Bereitschaft zur Selbstbeteiligung ist auch über die Altersgruppen hinweg unterschiedlich stark ausgeprägt (vgl. Tab. 4.73). So ist sie in der Gruppe der 30- bis 39-Jährigen am stärksten (nichts davon: 34 Prozent) und in der jüngsten sowie ältesten Gruppe deutlich am schwächsten (45 Prozent). Die am häufigsten werktätigen Altersgruppen zwischen 30 und 49 Jahren würden überdurchschnittlich häufig auf eine Lohnerhöhung verzichten (26 bzw. 27 Prozent). Am meisten wird dort auch der Verzicht auf Urlaubs- und Feiertage befürwortet (33 bzw. 30 Prozent). Die Zahlung einer einmaligen Abgabe ist hingegen ebenso wie Steuererhöhungen vor allem in der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen populär (21 bzw. 16 Prozent).

Generell steigt die Befürwortung der Maßnahmen mit zunehmendem Bildungsgrad (vgl. Tab. 4.74). Während 53 Prozent der Volks- und Hauptschüler (POS 8. Klasse) gegen jede der fünf vorgeschlagenen Varianten stimmten, taten dies nur 30 Prozent der Abiturienten. Entsprechend verteilen sich auch die Zustimmungswerte für die einzelnen Maßnahmen.

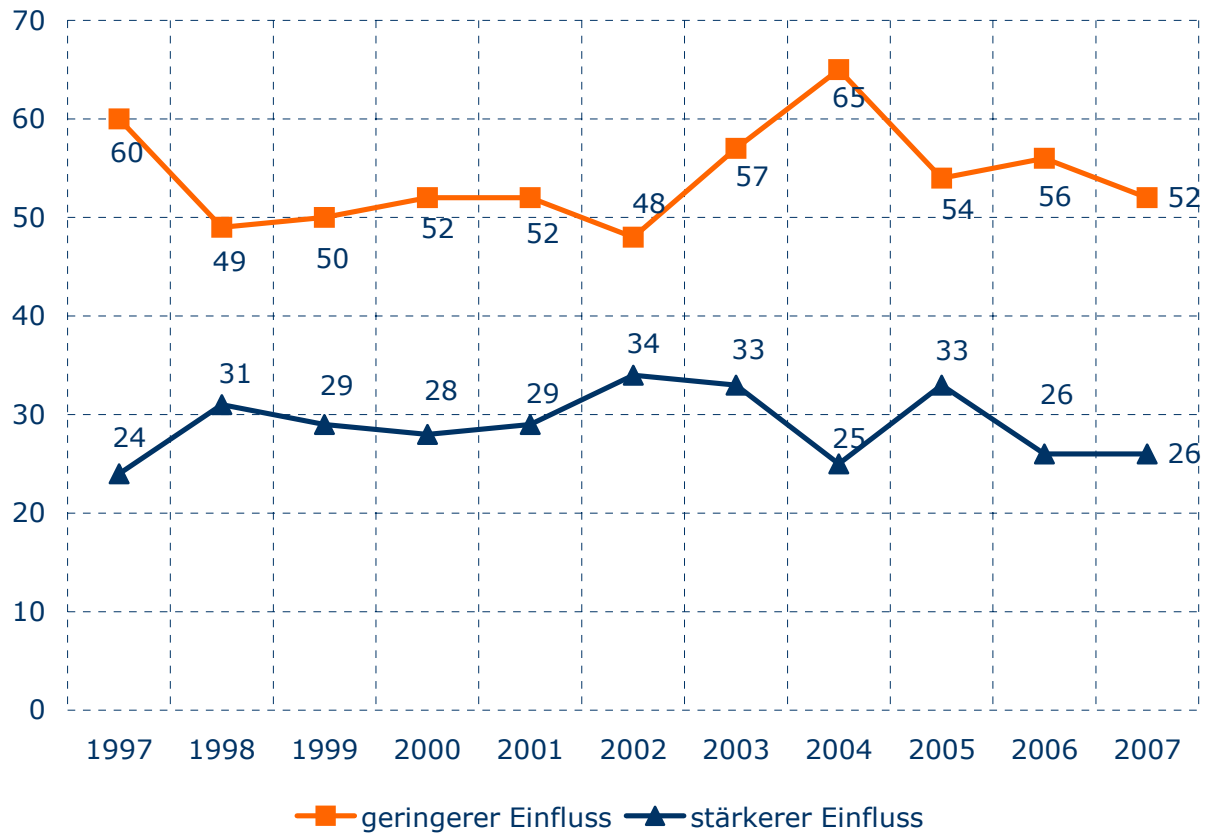
Die Ost-/West-Trennung bei der Bewertung der Maßnahmen aus dem letzten Jahr ist in 2007 nicht uneingeschränkt ablesbar. Zu unterschiedlich ist die Einschätzung in den einzelnen Bundesländern. Am wenigsten für eine dieser fünf Maßnahmen zur Sanierung des Staatshaushalts zu begeistern sind in diesem Jahr jedoch die Befragten in Sachsen (keins davon: 55 Prozent).

4.5.5 Bürger wollen einfacheres Steuersystem

Die Umgestaltung des Steuersystems ist ein Dauerthema in der deutschen Politik. Wir baten deshalb die Befragten auch in diesem Jahr, aus sechs häufig diskutierten steuerpolitischen Maßnahmen die drei für sie wichtigsten zu benennen (vgl. Abb. 4.21). Die überwiegende Mehrzahl der Antworten entfiel erneut auf die „Vereinfachung des Steuersystems“ (87 Prozent), das in diesem Jahr sogar noch neun Prozentpunkte zulegen konnte. Auf Rang zwei liegt – ebenfalls unverändert – der Subventionsabbau (52 Prozent). Mit deutlichem Abstand folgen die Senkung der Einkommenssteuer (31 Prozent), die Ausgabenkürzung über alle Ressorts (21 Prozent) sowie Steuererhöhungen (7 Prozent). Interessanterweise plädiert fast kein Befragter dafür, keine dieser Maßnahmen umzusetzen. Zum Teil deutliche Unterschiede gab es in dieser Frage erneut zwischen den Geschlechtern (vgl. Abb. 4.79). So wird eine Vereinfachung des Steuersystems – Rang 1 in der Gesamtliste – von deutlich mehr Männern als Frauen gefordert (82 zu 73 Prozent). Dies trifft ebenso auf eine Ausgabenkürzung über alle Ressorts (21 zu 16 Prozent) sowie vor allem auf den Abbau von Subventionen (52 zu 34 Prozent) zu.

Eine Vereinfachung des Steuersystems wird für die Befragten mit zunehmendem Alter immer wichtiger (vgl. Tab. 4.80). Während dies in der Altersgruppe der 16- bis 17-Jährigen nur 41 Prozent für dringend notwendig halten, sind es bei den 50- bis 64-Jährigen 83 Prozent. Danach sinkt die Quote wieder leicht auf 79 Prozent. Dieser Effekt ist sicherlich mit der höheren Involviertheit der älteren Befragten in Steuerangelegenheiten zu erklären. In die selbe Richtung tendieren die Meinungen in Bezug auf den Abbau von Subventionen (14 Prozent bei den 16- bis 17-jährigen, 49 Prozent bei den über 64-Jährigen) sowie bei den Ausgabenkürzungen über alle Ressorts (10 zu 25 Prozent). Genau entgegengesetzt gestaltet sich hingegen das Meinungsbild zum Thema Steuererhöhungen. Dieser Maßnahme stimmen jüngere Befragte eher zu als ältere – wenn auch auf niedrigem Niveau (14 zu 4 Prozent). Hierfür scheint die noch relativ geringe Steuerbelastung der jüngeren Altersgruppen ein Auslöser zu sein. Die Senkung der Einkommenssteuer sowie der Unternehmenssteuern sind den Befragten der überwiegend arbeitstätigen Jahrgänge von 18 bis 49 Jahren überdurchschnittlich wichtig.

Abb. 4.17: Gewünschter Einfluss der Politik auf die Wirtschaft
(N=9.415)



Tab. 4.59: Gewünschter Einfluss der Politik auf die Wirtschaft nach Geschlecht
(N=9.415)

	Geschlecht		Gesamt
	männlich	weiblich	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Politik sollte stärkeren Einfluss haben	23,0%	29,5%	26,2%
Politik sollte geringeren Einfluss haben	54,2%	50,4%	52,3%
gut so wie es ist	22,8%	20,0%	21,5%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.60: Gewünschter Einfluss der Politik auf die Wirtschaft nach Alter
(N=9.415)

	Alter						Gesamt
	16 bis 18 Jahre	18 bis 29 Jahre	30 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 bis 64 Jahre	über 64 Jahre	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Politik sollte stärkeren Einfluss haben	30,4%	21,0%	21,6%	27,1%	29,8%	28,7%	26,2%
Politik sollte geringeren Einfluss haben	35,7%	50,8%	55,4%	53,7%	51,7%	52,6%	52,3%
gut so wie es ist	33,9%	28,2%	23,0%	19,2%	18,6%	18,7%	21,5%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.61: Gewünschter Einfluss der Politik auf die Wirtschaft nach Bildungsabschluss
(N=9.415)

	höchster allgemeinbildender Schulabschluss						Gesamt
	noch Schüler/in	Hauptschul- abschluss/ POS 8./9. Klasse	Mittlere Reife/POS 10.Klasse	Fachhoch- schulreife	Abitur/EOS 12. Klasse	anderer/kein Schul- abschluss	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Politik sollte stärkeren Einfluss haben	31,9%	34,2%	28,2%	24,2%	20,2%	26,4%	26,2%
Politik sollte geringeren Einfluss haben	33,8%	48,1%	50,5%	56,8%	54,8%	51,8%	52,3%
gut so wie es ist	34,3%	17,8%	21,2%	19,1%	25,0%	21,8%	21,5%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

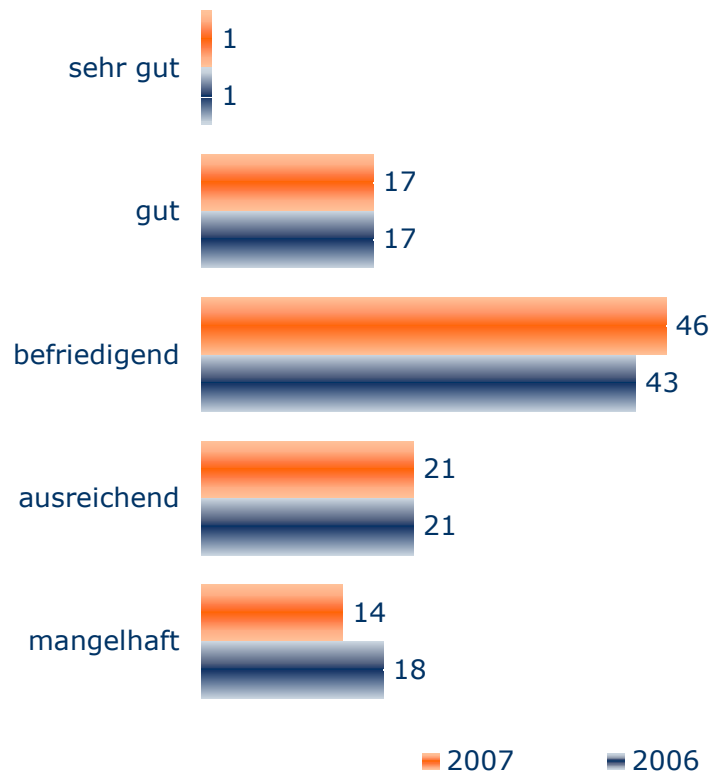
Tab. 4.62: Gewünschter Einfluss der Politik auf die Wirtschaft nach Landesverband

(N=9.415)

	Landesverband						Gesamt
	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin- Brandenburg	Hanseraum	Hessen	Nordrhein- Westfalen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Politik sollte stärkeren Einfluss haben	24,9%	25,7%	35,2%	22,7%	21,2%	24,8%	26,2%
Politik sollte geringeren Einfluss haben	53,6%	52,0%	44,6%	56,9%	57,2%	51,4%	52,3%
gut so wie es ist	21,5%	22,3%	20,2%	20,4%	21,6%	23,7%	21,5%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

	Landesverband					Gesamt
	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Politik sollte stärkeren Einfluss haben	19,6%	33,6%	59,1%	34,8%	34,2%	26,2%
Politik sollte geringeren Einfluss haben	58,7%	50,8%	29,3%	46,5%	45,6%	52,3%
gut so wie es ist	21,7%	15,7%	11,6%	18,7%	20,2%	21,5%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Abb. 4.18: Bewertung der Arbeit der Bundesregierung
(N=10.321)



Tab. 4.63: Bewertung der Arbeit der Bundesregierung nach Geschlecht
(N=10.321)

	Geschlecht		Gesamt
	männlich	weiblich	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%
sehr gut	1,4%	1,2%	1,3%
gut	18,5%	15,4%	17,0%
befriedigend	45,5%	46,8%	46,0%
ausreichend	20,6%	22,1%	21,3%
mangelhaft	14,0%	14,5%	14,3%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.64: Bewertung der Arbeit der Bundesregierung nach Alter
(N=10.321)

	Alter						Gesamt
	16 bis 18 Jahre	18 bis 29 Jahre	30 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 bis 64 Jahre	über 64 Jahre	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
sehr gut	4,1%	1,3%	1,3%	,7%	1,0%	1,8%	1,3%
gut	16,9%	14,7%	15,6%	13,5%	15,6%	24,5%	17,0%
befriedigend	42,8%	47,7%	46,8%	47,6%	46,6%	42,8%	46,0%
ausreichend	21,7%	24,2%	22,9%	22,4%	21,0%	17,2%	21,3%
mangelhaft	14,4%	12,2%	13,4%	15,8%	15,8%	13,7%	14,3%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.65: Bewertung der Arbeit der Bundesregierung nach Schulabschluss

(N=10.321)

	höchster allgemeinbildender Schulabschluss						Gesamt
	noch Schüler/in	Hauptschul- abschluss/ POS 8./9. Klasse	Mittlere Reife/POS 10.Klasse	Fachhoch- schulreife	Abitur/EOS 12. Klasse	anderer/kein Schul- abschluss	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
sehr gut	3,7%	1,5%	1,0%	1,2%	1,5%	3,9%	1,3%
gut	15,9%	17,7%	14,4%	18,9%	17,8%	18,5%	17,0%
befriedigend	46,3%	41,4%	46,6%	47,8%	48,5%	35,0%	46,0%
ausreichend	20,5%	21,1%	22,7%	20,0%	21,3%	20,1%	21,3%
mangelhaft	13,7%	18,3%	15,4%	12,1%	10,8%	22,6%	14,3%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

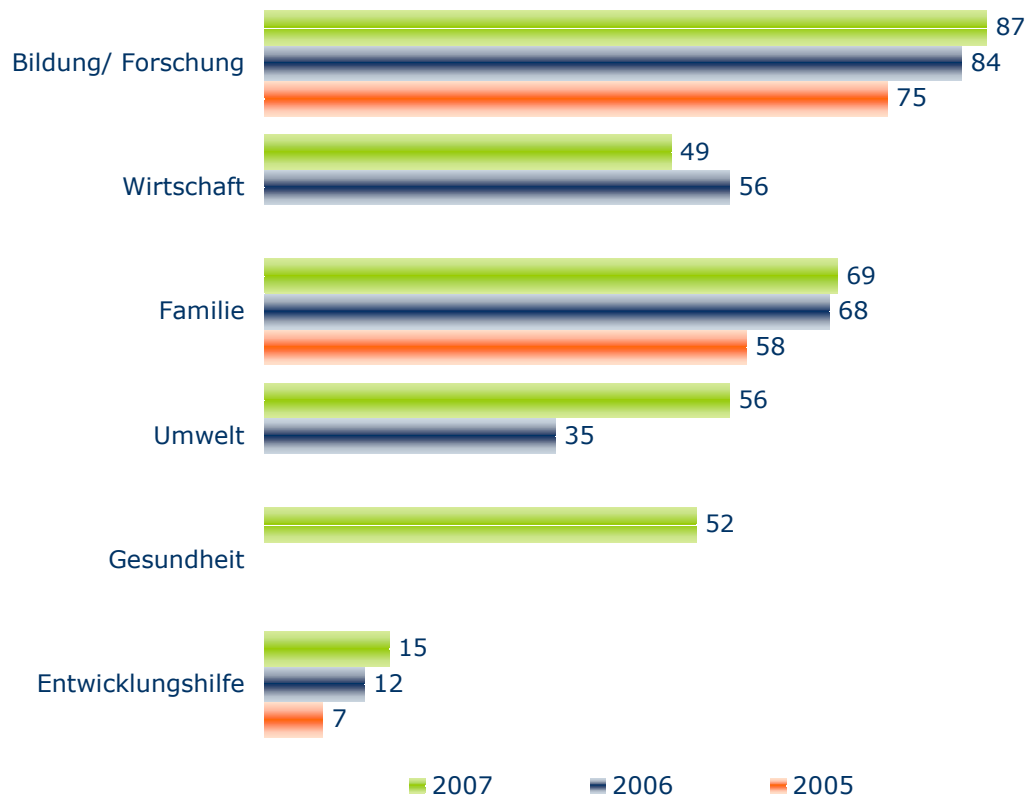
Tab. 4.66: Bewertung der Arbeit der Bundesregierung nach Landesverband

(N=10.321)

	Landesverband						Gesamt
	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin- Brandenburg	Hanseraum	Hessen	Nordrhein- Westfalen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	
sehr gut	1,3%	2,1%	,6%	,9%	,3%	1,4%	1,3%
gut	16,9%	16,0%	16,1%	16,3%	15,9%	17,1%	17,0%
befriedigend	47,3%	46,0%	47,1%	41,1%	44,7%	46,8%	46,0%
ausreichend	20,5%	20,2%	19,3%	27,4%	22,4%	23,3%	21,3%
mangelhaft	13,9%	15,8%	16,9%	14,3%	16,7%	11,4%	14,3%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

	Landesverband					Gesamt
	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	
sehr gut	1,9%		3,8%	1,5%	,7%	1,3%
gut	22,8%	15,9%	15,3%	15,4%	21,5%	17,0%
befriedigend	41,2%	43,9%	56,2%	47,4%	45,4%	46,0%
ausreichend	23,1%	30,0%	11,2%	15,9%	19,3%	21,3%
mangelhaft	11,0%	10,2%	13,5%	19,8%	13,0%	14,3%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Abb. 4.19: Bereiche, in denen die Bundesregierung mehr Geld ausgeben sollte
(Mehrfachnennungen möglich, N in Reihenfolge der Nennungen = 10.256 / 9.537 / 9.895 / 9.721 / 10.049 / 9.244)



Tab. 4.67: Gewünschte Ausgabenentwicklung der Bundesregierung nach Geschlecht
(N in Reihenfolge der Nennungen = 9.895 / 10.256 / 10.049 / 9.244 / 9.537 / 9.721)

		Geschlecht		Gesamt
		männlich	weiblich	
		Spalten%	Spalten%	Spalten%
Familienpolitik	mehr	66,1%	71,6%	68,9%
	weniger	5,6%	4,2%	4,9%
Bildung/Forschung	mehr	87,4%	86,2%	86,8%
	weniger	1,9%	2,1%	2,0%
Gesundheit	mehr	41,9%	61,4%	51,7%
	weniger	14,7%	6,5%	10,6%
Entwicklungshilfe	mehr	13,9%	16,1%	15,0%
	weniger	44,8%	40,9%	42,8%
Wirtschaft/Arbeit	mehr	46,5%	52,4%	49,4%
	weniger	15,9%	11,1%	13,5%
Umwelt	mehr	53,4%	58,7%	56,2%
	weniger	11,2%	8,0%	9,6%
Gesamt		100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.68: Gewünschte Ausgabenentwicklung der Bundesregierung nach Alter

(N in Reihenfolge der Nennungen = 9.895 / 10.256 / 10.049 / 9.244 / 9.537 / 9.721)

		Alter						Gesamt
		16 bis 18 Jahre	18 bis 29 Jahre	30 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 bis 64 Jahre	über 64 Jahre	
		Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Familienpolitik	mehr	64,6%	71,3%	76,6%	68,9%	68,9%	60,0%	68,9%
	weniger	7,4%	3,3%	2,8%	5,0%	4,6%	8,4%	4,9%
Bildung/Forschung	mehr	77,9%	85,3%	87,2%	87,4%	89,4%	86,3%	86,8%
	weniger	4,5%	2,4%	1,5%	1,7%	1,5%	2,5%	2,0%
Gesundheit	mehr	64,9%	50,2%	41,9%	48,6%	54,9%	59,3%	51,7%
	weniger	7,7%	9,1%	15,2%	12,4%	9,2%	7,8%	10,6%
Entwicklungshilfe	mehr	42,3%	19,2%	13,1%	12,5%	13,8%	11,6%	15,0%
	weniger	23,5%	37,6%	41,6%	44,5%	43,5%	50,3%	42,8%
Wirtschaft/Arbeit	mehr	52,6%	53,0%	44,0%	49,6%	49,8%	50,0%	49,4%
	weniger	12,1%	10,8%	16,1%	14,1%	13,3%	13,4%	13,5%
Umwelt	mehr	54,1%	54,0%	52,7%	56,8%	58,4%	58,5%	56,2%
	weniger	16,4%	10,9%	9,4%	8,2%	9,0%	9,4%	9,6%
Gesamt		100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.69: Gewünschte Ausgabenentwicklung der Bundesregierung nach Schulabschluss

(N in Reihenfolge der Nennungen = 9.895 / 10.256 / 10.049 / 9.244 / 9.537 / 9.721)

		höchster allgemeinbildender Schulabschluss						Gesamt
		noch Schüler/in	Hauptschul- abschluss/ POS 8./9. Klasse	Mittlere Reife/POS 10.Klasse	Fachhoch- schulreife	Abitur/EOS 12. Klasse	anderer/kein Schul- abschluss	
		Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	
Familienpolitik	mehr	67,8%	65,9%	67,3%	68,8%	72,8%	65,8%	68,9%
	weniger	6,3%	7,0%	3,9%	5,2%	4,3%	9,3%	4,9%
Bildung/Forschung	mehr	79,8%	83,9%	84,2%	89,2%	90,6%	82,9%	86,8%
	weniger	4,1%	2,1%	2,3%	1,9%	1,2%	2,8%	2,0%
Gesundheit	mehr	68,1%	70,1%	60,4%	44,3%	35,0%	64,0%	51,7%
	weniger	6,1%	4,5%	6,0%	12,7%	17,7%	10,2%	10,6%
Entwicklungshilfe	mehr	45,3%	12,7%	12,7%	14,7%	16,7%	17,9%	15,0%
	weniger	19,0%	50,8%	47,4%	42,4%	35,4%	46,3%	42,8%
Wirtschaft/Arbeit	mehr	49,2%	60,1%	54,7%	49,1%	38,8%	44,1%	49,4%
	weniger	12,9%	8,5%	10,2%	14,4%	18,2%	27,5%	13,5%
Umwelt	mehr	60,3%	60,2%	55,6%	55,3%	56,2%	46,5%	56,2%
	weniger	10,3%	9,4%	9,0%	9,6%	8,8%	27,2%	9,6%
Gesamt		100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.70: Gewünschte Ausgabenentwicklung der Bundesregierung nach Landesverband - Teil 1

(N in Reihenfolge der Nennungen = 9.895 / 10.256 / 10.049 / 9.244 / 9.537 / 9.721)

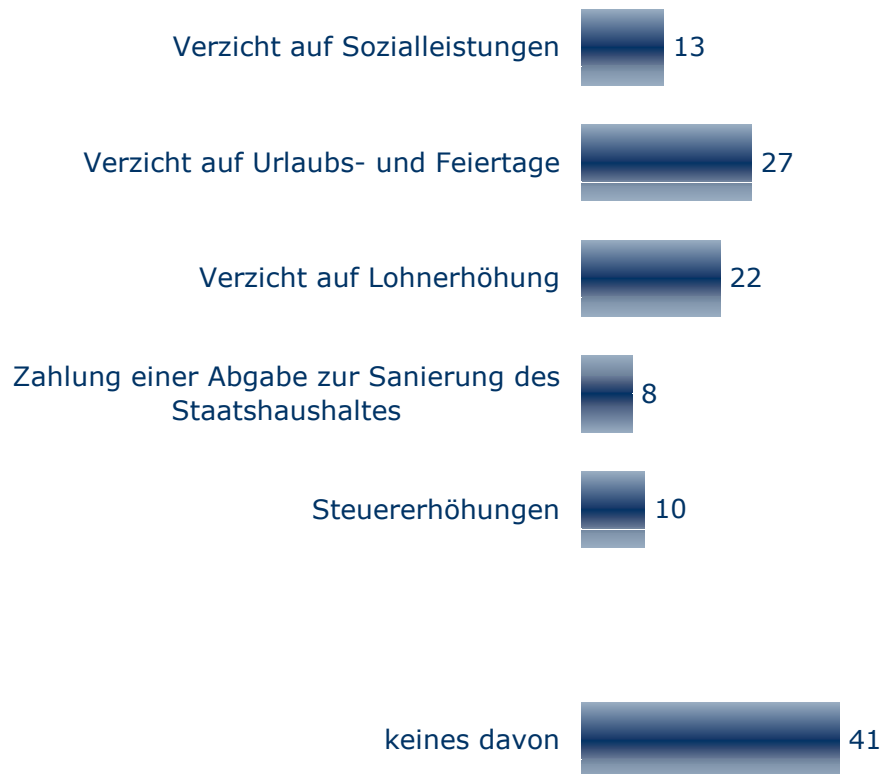
		Landesverband						Gesamt
		Baden- Württemberg	Bayern	Berlin- Brandenburg	Hanseraum	Hessen	Nordrhein- Westfalen	
		Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	
Familienpolitik	mehr	68,8%	68,9%	73,9%	66,1%	71,9%	66,2%	68,9%
	weniger	5,5%	4,4%	3,2%	6,1%	5,2%	4,7%	4,9%
Bildung/Forschung	mehr	86,9%	85,4%	86,9%	89,9%	89,7%	87,5%	86,8%
	weniger	2,2%	2,3%	1,3%	1,3%	1,3%	1,5%	2,0%
Gesundheit	mehr	51,2%	52,9%	55,9%	47,6%	54,1%	48,3%	51,7%
	weniger	11,9%	10,5%	7,4%	10,6%	9,3%	10,7%	10,6%
Entwicklungshilfe	mehr	16,7%	15,6%	14,6%	13,6%	11,8%	12,9%	15,0%
	weniger	40,5%	42,8%	44,2%	42,3%	46,9%	41,2%	42,8%
Wirtschaft/Arbeit	mehr	47,7%	48,6%	52,7%	44,4%	47,4%	47,3%	49,4%
	weniger	13,9%	14,6%	12,3%	14,0%	18,5%	11,4%	13,5%
Umwelt	mehr	60,0%	56,9%	51,8%	53,2%	57,5%	51,8%	56,2%
	weniger	7,6%	11,0%	9,7%	8,3%	11,5%	10,6%	9,6%
Gesamt		100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.71: Gewünschte Ausgabenentwicklung der Bundesregierung nach Landesverband - Teil 2

(N in Reihenfolge der Nennungen = 9.895 / 10.256 / 10.049 / 9.244 / 9.537 / 9.721)

		Landesverband					Gesamt
		Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	
		Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Familienpolitik	mehr	62,3%	77,8%	74,2%	71,9%	73,8%	68,9%
	weniger	7,6%	4,3%	4,9%	2,8%	3,0%	4,9%
Bildung/Forschung	mehr	86,2%	87,1%	86,0%	88,7%	73,1%	86,8%
	weniger	3,2%	2,2%		1,8%	4,7%	2,0%
Gesundheit	mehr	51,9%	51,4%	69,4%	53,4%	55,6%	51,7%
	weniger	13,8%	5,5%	8,7%	7,5%	7,0%	10,6%
Entwicklungshilfe	mehr	10,3%	20,8%	15,6%	16,4%	19,5%	15,0%
	weniger	53,1%	40,1%	35,8%	48,4%	33,8%	42,8%
Wirtschaft/Arbeit	mehr	48,4%	56,1%	62,8%	67,7%	64,2%	49,4%
	weniger	14,0%	16,5%	6,6%	10,1%	7,3%	13,5%
Umwelt	mehr	57,1%	66,1%	47,0%	47,9%	47,7%	56,2%
	weniger	10,9%	7,4%	3,9%	11,8%	12,8%	9,6%
Gesamt		100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Abb. 4.20: Zugeständnisse, um die Lage des deutschen Staates zu verbessern
(Mehrfachnennungen möglich, N=10.894)



Tab. 4.72: Zugeständnisse, um die Lage des deutschen Staates zu verbessern nach Geschlecht

(N=10.894)

	Geschlecht		Gesamt
	männlich	weiblich	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Verzicht auf Lohnerhöhung	21,7%	22,9%	22,2%
Zahlung einer Abgabe zur Sanierung des Staatshaushaltes	8,4%	6,8%	7,5%
Verzicht auf Sozialleistungen	17,5%	9,0%	13,1%
Verzicht auf Urlaubs- und Feiertage	31,6%	23,5%	27,3%
Steuererhöhung (z.B. Ökosteuer)	10,2%	9,4%	9,7%
keines davon	38,5%	43,4%	40,9%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.73: Zugeständnisse, um die Lage des deutschen Staates zu verbessern nach Alter

(N=10.894)

	Alter						Gesamt
	16 bis 18 Jahre	18 bis 29 Jahre	30 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 bis 64 Jahre	über 64 Jahre	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Verzicht auf Lohnerhöhung	18,2%	21,6%	26,0%	27,1%	22,6%	15,8%	22,2%
Zahlung einer Abgabe zur Sanierung des Staatshaushaltes	10,3%	11,5%	8,2%	6,3%	6,3%	5,7%	7,5%
Verzicht auf Sozialleistungen	13,7%	13,2%	18,9%	13,0%	11,5%	10,0%	13,1%
Verzicht auf Urlaubs- und Feiertage	7,2%	16,7%	33,3%	29,5%	29,8%	30,6%	27,3%
Steuererhöhung (z.B. Ökosteuer)	18,6%	13,2%	10,6%	10,7%	7,3%	6,7%	9,7%
keines davon	44,8%	42,5%	34,1%	39,0%	43,2%	44,7%	40,9%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.74: Zugeständnisse, um die Lage des deutschen Staates zu verbessern nach Schulabschluss
(N=10.894)

	höchster allgemeinbildender Schulabschluss						Gesamt
	noch Schüler/in	Hauptschulabschluss/ POS 8./9. Klasse	Mittlere Reife/POS 10.Klasse	Fachhochschulreife	Abitur/EOS 12. Klasse	anderer/kein Schulabschluss	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	
Verzicht auf Lohnerhöhung	18,1%	17,7%	21,4%	21,7%	27,2%	12,0%	22,2%
Zahlung einer Abgabe zur Sanierung des Staatshaushaltes	9,5%	5,6%	6,7%	8,7%	9,0%	3,8%	7,5%
Verzicht auf Sozialleistungen	10,2%	7,4%	9,8%	15,7%	19,1%	10,0%	13,1%
Verzicht auf Urlaubs- und Feiertage	7,0%	16,5%	24,8%	32,7%	34,7%	25,0%	27,3%
Steuererhöhung (z.B. Ökosteuer)	16,6%	7,8%	6,6%	9,7%	14,7%	3,1%	9,7%
keines davon	50,1%	53,4%	45,1%	37,1%	30,3%	58,2%	40,9%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

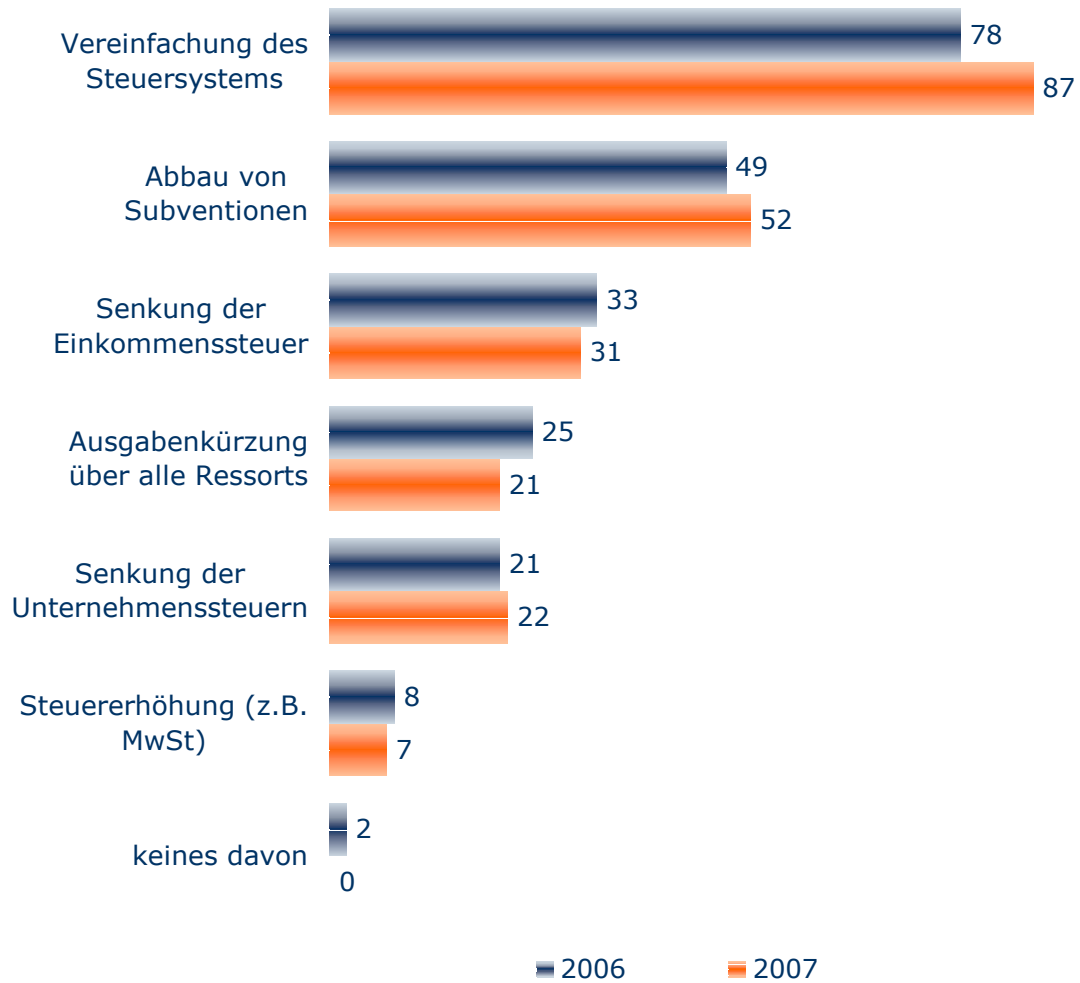
Tab. 4.78: Zugeständnisse, um die Lage des deutschen Staates zu verbessern nach Landesverband

(N=10.894)

	Landesverband						Gesamt
	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin- Brandenburg	Hanseraum	Hessen	Nordrhein- Westfalen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Verzicht auf Lohnerhöhung	21,6%	23,5%	18,2%	21,1%	21,1%	24,4%	22,2%
Zahlung einer Abgabe zur Sanierung des Staatshaushaltes	8,1%	5,9%	7,2%	8,7%	9,6%	7,8%	7,5%
Verzicht auf Sozialleistungen	13,9%	12,8%	11,2%	11,5%	13,6%	13,4%	13,1%
Verzicht auf Urlaubs- und Feiertage	27,5%	27,7%	23,9%	27,4%	25,9%	29,6%	27,3%
Steuererhöhung (z.B. Ökosteuer)	11,1%	9,5%	11,0%	8,6%	8,5%	9,0%	9,7%
keines davon	39,4%	41,0%	47,2%	45,0%	38,8%	38,8%	40,9%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

	Landesverband					Gesamt
	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Verzicht auf Lohnerhöhung	21,4%	22,9%	11,5%	25,5%	22,4%	22,2%
Zahlung einer Abgabe zur Sanierung des Staatshaushaltes	6,7%	6,8%	1,4%	7,5%	8,1%	7,5%
Verzicht auf Sozialleistungen	13,4%	14,3%	8,9%	12,0%	14,5%	13,1%
Verzicht auf Urlaubs- und Feiertage	32,3%	22,4%	24,1%	20,7%	25,9%	27,3%
Steuererhöhung (z.B. Ökosteuer)	7,3%	9,4%	5,9%	6,8%	10,6%	9,7%
keines davon	40,8%	42,0%	55,4%	43,4%	37,3%	40,9%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Abb. 4.21: Die wichtigsten steuerpolitischen Maßnahmen
(nur drei Nennungen möglich, N=10.707)



Tab. 4.79: Die wichtigsten steuerpolitischen Maßnahmen nach Geschlecht

(N=10.707)

	Geschlecht		Gesamt
	männlich	weiblich	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Vereinfachung des Steuersystems	81,5%	73,4%	77,3%
Senkung der Einkommenssteuer	42,7%	43,8%	43,2%
Senkung der Unternehmenssteuern	22,9%	21,0%	21,8%
Steuererhöhung (z.B. Mehrwertsteuer)	5,0%	5,7%	5,3%
Abbau von Subventionen	52,4%	34,4%	43,2%
Ausgabenkürzungen über alle Ressorts	20,7%	15,5%	18,0%
keines davon	1,6%	2,1%	1,9%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.80: Die wichtigsten steuerpolitischen Maßnahmen nach Alter

(N=10.707)

	Alter						Gesamt
	16 bis 18 Jahre	18 bis 29 Jahre	30 bis 39 Jahre	40 bis 49 Jahre	50 bis 64 Jahre	über 64 Jahre	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Vereinfachung des Steuersystems	40,5%	67,2%	79,4%	83,1%	83,3%	79,3%	77,3%
Senkung der Einkommenssteuer	35,5%	49,3%	47,1%	47,2%	42,9%	33,3%	43,2%
Senkung der Unternehmenssteuern	19,2%	26,8%	27,0%	24,2%	19,4%	14,2%	21,8%
Steuererhöhung (z.B. Mehrwertsteuer)	13,7%	8,6%	5,7%	4,4%	3,7%	3,5%	5,3%
Abbau von Subventionen	14,2%	26,9%	45,3%	47,9%	50,4%	48,5%	43,2%
Ausgabenkürzungen über alle Ressorts	9,8%	10,9%	14,9%	16,9%	21,6%	25,4%	18,0%
keines davon	4,0%	2,1%	1,7%	1,3%	1,5%	2,4%	1,9%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.81: Die wichtigsten steuerpolitischen Maßnahmen nach Schulabschluss

(N=10.707)

	höchster allgemeinbildender Schulabschluss						Gesamt
	noch Schüler/in	Hauptschul- abschluss/ POS 8./9. Klasse	Mittlere Reife/POS 10.Klasse	Fachhoch- schulreife	Abitur/EOS 12. Klasse	anderer/kein Schul- abschluss	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	
Vereinfachung des Steuersystems	34,9%	73,8%	76,8%	83,2%	80,6%	61,3%	77,3%
Senkung der Einkommenssteuer	31,5%	43,6%	45,7%	44,9%	40,8%	37,9%	43,2%
Senkung der Unternehmenssteuern	20,2%	15,0%	22,3%	24,9%	23,7%	18,1%	21,8%
Steuererhöhung (z.B. Mehrwertsteuer)	14,2%	4,1%	5,0%	5,0%	6,3%	2,7%	5,3%
Abbau von Subventionen	12,8%	37,6%	39,1%	50,5%	50,3%	19,5%	43,2%
Ausgabenkürzungen über alle Ressorts	5,1%	18,9%	17,5%	18,6%	19,3%	11,9%	18,0%
keines davon	4,9%	2,5%	1,6%	1,7%	1,6%	4,6%	1,9%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tab. 4.82: Die wichtigsten steuerpolitischen Maßnahmen nach Landesverband

(N=10.707)

	Landesverband						Gesamt
	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin-Brandenburg	Hanseraum	Hessen	Nordrhein-Westfalen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Vereinfachung des Steuersystems	78,9%	76,0%	74,9%	81,2%	76,5%	76,0%	77,3%
Senkung der Einkommenssteuer	44,3%	40,4%	48,1%	42,4%	39,4%	41,2%	43,2%
Senkung der Unternehmenssteuern	19,7%	21,7%	24,1%	22,7%	20,9%	24,4%	21,8%
Steuererhöhung (z.B. Mehrwertsteuer)	5,8%	4,8%	7,0%	3,7%	7,0%	4,6%	5,3%
Abbau von Subventionen	44,1%	41,0%	35,6%	46,1%	49,6%	46,9%	43,2%
Ausgabenkürzungen über alle Ressorts	19,6%	16,2%	14,9%	22,0%	18,6%	18,3%	18,0%
keines davon	1,9%	2,9%	2,3%	,7%	2,0%	1,7%	1,9%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

	Landesverband					Gesamt
	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	
	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%	Spalten%
Vereinfachung des Steuersystems	76,2%	75,2%	90,3%	81,0%	70,2%	77,3%
Senkung der Einkommenssteuer	44,4%	45,1%	29,3%	50,1%	40,2%	43,2%
Senkung der Unternehmenssteuern	20,6%	20,9%	20,2%	26,9%	21,2%	21,8%
Steuererhöhung (z.B. Mehrwertsteuer)	4,4%	4,8%		5,4%	4,9%	5,3%
Abbau von Subventionen	47,9%	49,3%	34,3%	35,4%	23,7%	43,2%
Ausgabenkürzungen über alle Ressorts	20,7%	20,5%	3,3%	13,9%	8,0%	18,0%
keines davon	,6%	,6%		1,3%	2,5%	1,9%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%



Bevölkerungsbefragung 2007 der Wirtschaftsjunioren Deutschland



01 Welche Entwicklung der deutschen Wirtschaft erwarten Sie in den nächsten 12 Monaten?

- Konjunkturaufschwung Konjunkturrückgang keine Veränderung weiß nicht

02 Wie, denken Sie, wird Ihre finanzielle Situation in 12 Monaten im Vergleich zu heute aussehen?

- besser schlechter gleich weiß nicht

03 Werden Sie in den nächsten 12 Monaten für folgende Bereiche im Vergleich zu 2006 mehr Geld, weniger Geld oder ungefähr gleich viel Geld ausgeben?

	mehr	weniger	gleich viel	weiß nicht		mehr	weniger	gleich viel	weiß nicht
a) Urlaub	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	e) Gesundheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b) Freizeit / Hobbies	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	f) Auto	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c) Wohnung / Haus	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	g) Sparen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
d) kurzfristiger Konsum (z.B. Bekleidung, Elektronik)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	h) Altersvorsorge	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

04 Welchen Beruf üben Sie aus?

- Arbeiter/in Angestellte/r Beamte/r Selbständige/r (→ 08)
 Rentner/in (→ 10) In Ausbildung Hausmann/-frau (→ 06) z. Zt. arbeitslos (→ 06)
 Student/in (→ 06) Sonstiges

05 Schätzen Sie Ihren Arbeitsplatz / Ausbildungsplatz als sicher ein?

- ja nein weiß nicht

06 Welche der folgenden Zugeständnisse würden Sie machen, wenn Sie dafür eine Arbeitsstelle annehmen könnten bzw. Ihren Arbeitsplatz behalten könnten? (Mehrfachnennungen möglich)

- Lohnneibußen längere Arbeitszeiten unregelmäßige Arbeitszeiten überhaupt keine
 weiß nicht

07 Haben Sie schon einmal ernsthaft daran gedacht, sich selbständig zu machen?

- schon sehr oft (→ 09) manchmal (→ 09) einmal (→ 09) noch nie (→ 09)

08 Haben Sie schon einmal ernsthaft daran gedacht, Ihre Selbständigkeit aufzugeben?

- schon sehr oft manchmal einmal noch nie

09 Wenn Sie arbeitslos sind oder wären: Wo würden Sie eine Arbeitsstelle annehmen?

- im Umkreis von 50 km im Umkreis von 51-200 km überall in Deutschland in Europa
 weltweit weiß nicht

10 Finden Sie, dass es sich in Deutschland lohnt, besonders viel zu leisten?

- ja nein weiß nicht

11 Welche Maßnahmen halten Sie für geeignet, um die Arbeitslosigkeit in Deutschland effektiv zu senken? (Mehrfachnennungen möglich)

- Senkung der Lohnzusatzkosten Schaffung eines Niedriglohnsektors Lockerung des Flächentarifes Lockerung des Kündigungsschutzes
 Senkung des Arbeitslosengeldes Verbesserung der Bildung Verpflichtung Arbeitsloser zur Gegenleistung effektivere Familienpolitik
 keines davon

12 Welche dieser häufig diskutierten steuerpolitischen Maßnahmen halten Sie in Deutschland derzeit für die drei wichtigsten? (bis zu drei Nennungen möglich)

- Vereinfachung des Steuersystems Senkung der Einkommensteuer Senkung der Unternehmenssteuern Steuererhöhungen (z.B. Ökosteuer)
 Abbau von Subventionen Ausgabenkürzungen über alle Ressorts keines davon weiß nicht

13 Gehört Deutschland eher zu den Gewinnern oder eher zu den Verlierern der Globalisierung?

- eher zu den Gewinnern eher zu den Verlierern weiß nicht

14 Aus welchem Land werden in Zukunft die härtesten Wettbewerber Deutschlands kommen? (Mehrfachnennungen möglich)

<input type="checkbox"/> USA	<input type="checkbox"/> Japan	<input type="checkbox"/> China	<input type="checkbox"/> sonstiges Asien
<input type="checkbox"/> Russland / GUS	<input type="checkbox"/> alte EU-Länder	<input type="checkbox"/> neue EU-Länder	<input type="checkbox"/> weiß nicht

15 Wie schätzen Sie die Ausbildungsreife der deutschen Schulabgänger ein?

<input type="checkbox"/> sehr gut	<input type="checkbox"/> gut	<input type="checkbox"/> befriedigend	<input type="checkbox"/> ausreichend
<input type="checkbox"/> mangelhaft	<input type="checkbox"/> weiß nicht		

16 Wie schätzen Sie die Qualifikation der deutschen Arbeitnehmer im internationalen Vergleich ein?

<input type="checkbox"/> sehr gut	<input type="checkbox"/> gut	<input type="checkbox"/> befriedigend	<input type="checkbox"/> ausreichend
<input type="checkbox"/> mangelhaft	<input type="checkbox"/> weiß nicht		

17 Sollte die Politik mehr oder weniger Einfluss auf die Wirtschaft nehmen?

<input type="checkbox"/> Politik sollte stärkeren Einfluss nehmen	<input type="checkbox"/> Politik sollte geringeren Einfluss nehmen	<input type="checkbox"/> gut so, wie es ist	<input type="checkbox"/> weiß nicht
---	--	---	-------------------------------------

18 Welche Note würden Sie der Bundesregierung für ihre bisher geleistete Arbeit geben?

<input type="checkbox"/> sehr gut	<input type="checkbox"/> gut	<input type="checkbox"/> befriedigend	<input type="checkbox"/> ausreichend
<input type="checkbox"/> mangelhaft	<input type="checkbox"/> weiß nicht		

19 Wofür sollte die Bundesregierung im Vergleich zu heute mehr, weniger oder ungefähr gleich viel Geld ausgeben?

	mehr	weniger	gleich viel	weiß nicht		mehr	weniger	gleich viel	weiß nicht
a) Familienpolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	d) Entwicklungshilfe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b) Bildung / Forschung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	e) Wirtschaft / Arbeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c) Gesundheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	f) Umwelt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20 Zu welchen Zugeständnissen wären Sie bereit, um die Lage Deutschlands langfristig deutlich zu verbessern? (Mehrfachnennungen möglich)

<input type="checkbox"/> Verzicht auf Lohnerhöhung	<input type="checkbox"/> Zahlung einer Abgabe zur Sanierung des Staatshaushalts	<input type="checkbox"/> Verzicht auf Sozialleistungen	<input type="checkbox"/> Verzicht auf Urlaubs- und Feiertage
<input type="checkbox"/> Steuererhöhungen (z.B. Ökosteuer)	<input type="checkbox"/> keines davon		

21 Welches Geschlecht haben Sie?

<input type="checkbox"/> männlich	<input type="checkbox"/> weiblich
-----------------------------------	-----------------------------------

22 Wie alt sind Sie?

<input type="checkbox"/> 16 bis 17 Jahre	<input type="checkbox"/> 18 bis 29 Jahre	<input type="checkbox"/> 30 bis 39 Jahre	<input type="checkbox"/> 40 bis 49 Jahre
<input type="checkbox"/> 50 bis 64 Jahre	<input type="checkbox"/> über 64 Jahre		

23 Welchen höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss besitzen Sie?

<input type="checkbox"/> noch Schüler/in	<input type="checkbox"/> Hauptschulabschluss, POS 8./9. Klasse	<input type="checkbox"/> Mittlere Reife, POS 10. Klasse	<input type="checkbox"/> Fachhochschulreife, Abschluss Fachoberschule
<input type="checkbox"/> Abitur, EOS 12. Klasse	<input type="checkbox"/> anderer / kein Schulabschluss		